1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8 vom 25. Februar 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM



Abdallah Frangi:

Die Palästinensische Befreiungs-Organisation PLO

Seiten 8 und 9

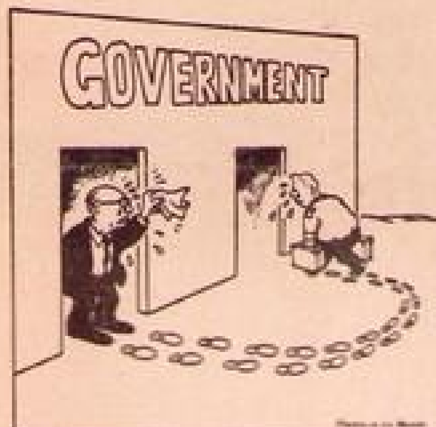
„Robin Wood"

Am 21.2. haben Mitglieder der neuen Umweltschutzorganisation „Robin Wood" in einer spektakulären Aktion bundesweit gegen das Waldsterben und den sauren Regen demonstriert. Mit Besetzungen von Schornsteinen Schwefeldioxyd produzierender Kraftwerke und anderen Aktionen wollten die Umweltschützer auf die Gefahren für die Umwelt aufmerksam machen. In Hamburg wurde der „Michel" zum Träger eines Transparents, zu ähnlich spektakulären Aktionen kam es in Bremen, Westberlin, Köln und Kiel.

Mörder an der Macht

Wer glaubte, die Enthüllungen über die direkte Verantwortung des israelischen Kriegsministers an den Massakern in den Palästinenserlagern von Sabra und Shatila in Beirut hätte ernsthafte Konsequenzen, sah sich schon nach Sharons erzwungenem Rücktritt getäuscht. Sharon blieb im Kabinett, wurde Minister für Sonderaufgaben seines Chefs Begin.

Er gehört dem sogenahnten Verteidigungskabinett an, dem Kriegsplanungsausschuß der Regierung, sowie dem „Führungskomitee" der Regierung. Damit hat Sharon wieder direkte Aufgaben für die israelische Politik gegenüber dem Libanon.



Bisher hat er diese Politik mit Feuer und Schwert durchgeführt — eine Änderung ist nicht zu erwarten. Israelische Bürger, die seine Entfernung aus der Regierung forderten, wurden von Sharons Freunden mit Handgranaten beworfen! Kontinuität der Politik Begins und Sharons!

Politiker fragen — antworten Bürger?

Die für Ende April geplante Volkszählung gerät immer mehr unter Beschuß. Und es sind beileibe nicht nur Linke, die sich vor der Datensammelei fürchten. Die gewaltige Speicherung aller möglichen Daten der Bürger, ihre offensichtliche Verwendbarkeit für alle möglichen Behörden, hat jetzt auch eine Gruppe Westberliner Wissenschaftler zur öffentlichen Kritik veranlaßt. In einer „Gutachterlichen Stellungnahme" erklären sie die geplante Datensammlung für gefährlich, weil sie „einseitig macht- und ordnungspolitisch mißbraucht werden" könne.

Es scheint eine Menge dran zu sein, an der Losung, die immer mehr Bürgerinitiativen in Westdeutschland und Westberlin ausgeben: Politiker fragen — Bürger antworten nicht.

Am 6. März:

Keine Stimme der Reaktion

Wir rufen auf: Wählt KPD und BWK!

Die Neuwahl zum Bundestag findet am nächsten Wochenende statt. Eine Wahl, von der die Bonner Propaganda sagt, sie sei „historisch". Eine Wahl, bei der die Unternehmer und ihre Verbände, bei der die Reichen und Superreichen unseres Landes alles getan haben, um vom Wähler eine Bestätigung für ihre Politik der „Wende" zu bekommen, zu erschleichen, zu erpressen. Die Bonner Wunschregierung des Großkapitals soll an diesem 6. März bestätigt werden. Helft mit, dem einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Die Bonner Regierungsparteien haben in der gesamten Zeit ihrer — von F.J. Strauß so genannten — „Übergangsregierung" immer deutlicher gemacht, wohin der Weg führen soll: Der Kahlschlag im gesamten Sozialwesen soll immer schneller und mit System betrieben werden, nicht nur Kürzungen sondern grundsätzliche und systematische Verschlechterungen sind auf die Tagesordnung gesetzt. Lohnverzicht wird gefordert, Arbeitsplätze sollen — beispielsweise mit der Steigerung des Baus von AKWs — vernichtet werden, der Polizeiknüppel soll wird geschwungen, linke Organisationen sollen verboten werden, damit wurde schon begonnen.

Die SPD, aus der Regierung gehebelt, führt einen Wahlkampf als Verteidiger sozialer Besitzstände und des Friedens. So wenig ihre Politik in die aktuellen Pläne des Großkapitals paßt, so wenig ist sie aber auch in der Lage, eine Widerstandsfront gegen diese Pläne zu organisieren. Den Vorwürfen der Unternehmer und ihrer Regierung, sie „schüre den Klassenkampf", sei „neutralistisch"



Wahlplakat aus NRW

usw. begegnet sie ausschließlich mit Verteidigungsreden, mit empörtem von sich weisen solch „böser Vorwürfe", mit der Forderung nach Fortsetzung der Politik der „Sozialpartnerschaft".

Die Grünen, die ihren Wahlkampf zunehmend weiter rechts von ihren programmatischen Aussagen gemacht haben, immer unpolitischer und diffuser wurden, desto näher die Wahl rückte, haben in diesem Prozeß selbst ihre eigenen „klassischen" Forderungen immer weiter in den Hintergrund treten lassen, wie beispielsweise die Abschaffung der Atomkraftwerke. Bei den entscheidenden Fragen der Arbeiter heute, wie dem Kampf um die Sicherung von Arbeitsplätzen bleiben sie diffus bis ablehnend.

Ein linkes Wahlbündnis, das auf der Basis des Kampfes gegen die Politik der Reichen kandidiert hätte, kam nicht zustande, obwohl es, unserer Ansicht nach, genau die richtige Antwort auf die gegenwärtige Bonner Politik und die Haltung der etablierten Parteien gewesen wäre. Das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten, das unsere Partei mit dem BWK geschlossen hat, soll beides signalisieren: Sowohl das Einstehen für eine Politik, die sich unter der Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" zusammenfassen läßt, die die Perspektive des Sozialismus vertritt, als auch die Notwendigkeit eines möglichst breiten, klassenkämpferischen Zusammenschlusses.

Eben deshalb setzen die Wahlstimmen für dieses Bündnis auch dieses Signal, eben deshalb rufen wir unsere Leser dazu auf, in den betreffenden Bundesländern KPD und BWK zu wählen!

Konkrete Fusionspläne in Bremen rufen Widerstand hervor

Werftarbeiter bereiten Aktionen vor

Nur die Entlassung von 1000 Arbeitern bei der Bremer Vulkan-Werft und ihre sofortige Fusionierung mit der AG Weser kann die Bremer Werften noch retten — sagen die Vorstände. In der Presse wird bereits die Zahl von 2000 Arbeitsplätzen „gehandelt", die diese Fusion kosten soll. Damit ist, wenn man so sagen will, die Werftkrise „offiziell ausgerufen", nach verschiedenem Hin und Her.

Die IG Metall bereitet für den 3. März offensichtlich regionale Protestaktionen vor. Dem Kapital geht es jetzt offensichtlich darum, die Stillegungspläne der lange vorliegenden „Werftenquete" zügig zu Ende zu bringen. Und natürlich fordern sie für ihre Kahlschlagpläne millionenweise Steuergelder.

Immer wieder hatten in der letzten Zeit die Werftarbeiter mit Protestaktionen und Streiks in Bremen, Kiel und Hamburg gezeigt, daß sie bereit sind, für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Das steht den Plänen der Gruppe Thyssen/Krupp, des größten privaten Werfteigners entgegen, die offensichtlich den Kurs steuern, immer mehr Kapital aus der Werftbranche abzuziehen und sich das Dichtmachen durch Subventionen und Übertragung von Verlusten an die Staatskasse versüßen zu lassen.

Dabei sind schon über 5 Milliarden Mark in die Kasse der Eigner geflossen, in einem Zeitraum von rund 10 Jahren.

In einem zu Beginn der Woche in Bremen verbreiteten Flugblatt der KPD heißt es dazu: „Das Ziel der Anteilseigner ist es also gar nicht, die Werften „gesund" zu machen. Konzerne und Banken wollen möglichst viel aus unserer Arbeit herausholen und langfristig alles dichtmachen." Dem müssen die Werftarbeiter einen Strich durch die Rechnung machen!

Frauendemonstration in Karlsruhe

Geißler lügt!

Die „sanfte Macht der Familie" als Knüppel der CDU

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat in dieser Woche behauptet, die CDU wolle den § 218 nicht antasten. Damit wollte er offensichtlich vor der angekündigten Demonstration der Frauen in Karlsruhe lediglich eins: abwiegeln. Denn gleichzeitig unterstrich er, daß es natürlich „Sache des Bundesverfassungsgerichts" sei, über die Finanzierung von Abtreibungen zu entscheiden.

Genau darum geht es aber doch — zunächst zumindest. Soll Abtreibung wieder das Klassenprivileg der Reichen werden oder nicht — darüber wird vom BVG entschieden. Von einem Gericht, das in seiner Zusammensetzung und seiner bisherigen Tätigkeit die Nähe zur CDU weder verleugnen kann noch will. Mit dem Urteil über die Klage, die der organisierte Klerikalismus in Zusammenarbeit mit der CDU organisiert hat.

Und das soll dann ein Markstein sein, mit dem die CDU die Thesen des Herrn Blüm über die „sanfte Macht der Familie" verwirklichen will. Ein Heiligtum des Klerus, der Reichen und der politischen Reaktion. Weil diese Familie, wie sie sie wollen, die wirtschaftliche Abhängigkeit, sowohl der Familie als auch in der Familie (mit nur einem Verdiener und einer Frau ohne Einkommen) und die Anerkennung „gottgewollter" (oder von sonstwem) angeblich „natürlicher" Autorität (in Familie und Staat) beinhaltet.

Deshalb ist es nicht nur eine Forderung der Frauen, sondern aller fortschrittlichen, aufgeklärten Menschen, die Abtreibung auf Krankenschein zu verteidigen!

(Siehe dazu auch ausführlichen Artikel auf Seite 10).



Seit über hundert Jahren: Kampf um Frauenbefreiung

Demonstrationen gegen Dev-Sol-Verbot

DORTMUND. — In verschiedenen Städten fanden in den vergangenen Tagen Demonstrationen gegen das Verbot von Dev Sol und Halk Der statt. Weitere sind angekündigt.

Antifaschisten — deutsche wie ausländische — haben das Verbot der türkischen Organisation so verstanden, wie es in der Tat gemeint ist: als Kampfansage gegen alle fortschrittlichen ausländischen Organisationen, gegen das Recht unserer ausländischen Mitbürger auf politische Betätigung — und als Drohung auch gegen deutsche Revolutionäre, gegen die deutsche Linke insgesamt.

Am 19. Februar fand in Hamburg eine Demonstration von mehr als 1000 Menschen statt, zu der ein breites Aktionsbündnis zahlreicher Organisationen aufgerufen hatte. Die Demonstranten forderten die Zurücknahme des Verbots, keine Abschiebung der Mitglieder der Organisationen, die Freilassung der inhaftierten Konsulatsbesetzer und die freie politische Betätigung für alle demokratischen Ausländer sowie das Verbot der faschistischen Grauen Wölfe. In Mannheim fand ebenfalls eine Demonstration statt, bei der die Polizei willkürlich ausländische Antifaschisten verhaftete. Am 26. Februar wird in Dortmund eine Demonstration stattfinden. An allen diesen Aktionen ist die KPD beteiligt.

Die Erklärung des Sekretariats der KPD zum Verbot der türkischen Organisationen, die im letzten „Roten Morgen" abgedruckt war, kann beim Verlag Roter Morgen in kleiner Auflage als Flugblatt bezogen werden.

Bombenanschläge auf US-Einrichtungen:

Die Attentäter waren Nazis

Zimmermann spielt falsch

FRANKFURT. — Die Bombenanschläge auf Wohnheime und Autos von US-Soldaten in Westdeutschland, die Zimmermann und Co. bisher den Revolutionären Zellen oder anderen „Linksterroristen" zuordnen ließ, sind von Nazi-Terroristen verübt worden. Fünf führende Verbrecher wurden bisher verhaftet. Die notwendigen Maßnahmen zur Unterbindung faschistischer Umtriebe in unserem Land unterbleiben aber weiterhin.

Die Verhafteten sind bekannt und für verschiedene Gewalttaten und Verbreitung faschistischen Propagandamaterials berüchtigt. Von den Behörden wurden sie bisher mit Samthandschuhen angefaßt. Sie gehörten allesamt den inzwischen verbotenen Organisationen VSBD und/oder Wehrsportgruppe Hoffmann an und konnten eben trotz der Vereinsverbote weiter tätig sein, und das unter Wahrnehmung der alten Organisationsverbindungen. Es handelt sich um:

Walter Kexel, Vertrauter des Doppelmörders Frank Schubert und stellvertretender Landesvorsitzender der VSBD Hessen, und seinen Kumpan **Ulrich Tillmann** (beide bei London im Haus eines rechten Fallschirmspringer-Majors festgenommen) sowie **Dieter Sporleder**, früher Landesvorsitzender der VSBD Hessen, und seine Kumpane **Hans-Peter Fraas** und **Karl-Wulf Blasche** (alle in Frankfurt-Ostend festgenommen).

Fraas ist mit Hoffmann im Libanon tätig gewesen und hat sich dort für Terroreinsätze ausbilden lassen. Das verbindet ihn mit dem bekannten Odfried Hepp, nach dem jetzt wieder gefahndet wird. Hepp war nach seiner Rückkehr aus dem Libanon bereits in den Händen der deutschen Behörden, wurde jedoch wieder laufengelassen.

Es bestätigt sich, was von uns und vielen anderen Antifaschisten schon früher eindeutig nachgewiesen wurde: Die Verbote faschistischer Organisationen wurden nie zum Ausgangspunkt einer wirklichen Unterbindung der Umtriebe ihrer Mitglieder, auch nicht ihrer terroristischen Umtriebe, genommen. Sie dienten den Behörden als Alibi, während sie das Gedeihen faschistischen Gedankenguts duldeten und förderten und damit auch immer neue Todesopfer in Kauf nahmen. Hatten doch nicht einmal die Toten des Oktoberfestes einen wirksamen Schlag gegen die Nazi-Szene zur Folge. Gewisse Kreise waren nur böse darüber, daß sich durch den Tod und die Identifizierung eines Attentäters dieser Anschlag nicht mehr den Linken in die Schuhe schieben ließ. Allerdings läßt es sch mit der bundesdeutschen Politik nicht vereinbaren, die Verletzung zweier Soldaten der US-Truppen genauso gleichmütig hinzunehmen wie den Tod von dreizehn Oktoberfest-Besuchern.

Es spricht alles dafür, daß die Nazi-Anschläge auf US-Anlagen mit dem Ziel erfolgten, sie irgendwelchen angeblichen Linken anzulasten. Die Behörden, vor allem Zimmermann, reagierten genau in diesem Sinne. In Zeiten, wo ein Einschreiten gegen die braunen Mörderbanden dringend geboten wäre, beschwor er das Gespenst der RAF und der Revolutionären Zellen und nahm unter anderem diese Anschläge zum Anknüpfungspunkt. Es zeigt sich: Er hat einen Popanz aufgebaut. Es sei hier daran erinnert, daß der „Rote Morgen" schon damals die von Zimmermann beschworene „Gefährdung amerikanischer Kinder" durch Bomben in Wohnhäusern als Verbrechen gekennzeichnet hatte, aber der Regierungspropaganda entgegenhielt, daß nichts für die These der „linken Terroristen" spreche und daß andererseits Zimmermanns Loblied auf unsere amerikanische „Schutzmacht" angesichts ihrer Verbrechen in aller Welt in höchstem Maße zynisch und geheuchelt ist, und daß die KPD beständig Maßnahmen gegen die lange bekannten rechten Terroristen fordert.

So ist auch jetzt absolut nichts davon zu halten, wenn Zimmermann seine Entschlossenheit zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus unterstreicht und die neuesten Verhaftungen dabei als Argument anführt. Sie waren lange überfällig, und wir drängen allerdings darauf, daß endlich weitere Schritte folgen. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die Regierung dieses Innenministers durch ihre eigene Politik weiterhin die Nazis ermuntert, zum Beispiel zur Terrorisierung unserer ausländischen Mitbürger, gegen die die Unionsparteien hetzen, die sie weiter entrechten und zum großen Teil loswerden wollen, und von denen bereits einige den Mordanschlägen der Faschisten zum Opfer gefallen sind.



Walter Kexel, in SA-Aufmachung vor der Frankfurter Hauptwache fotografiert

Kommentiert

Sichere Renten?

Die Renten sind, wieder einmal, gesichert. Sagt die Regierung. Im Wahlkampf. Sagt auch die Opposition. Sie wird sie erst noch sichern, versteht sich.

Unter der Hand sagen sie alle etwas ganz anderes. Da geht das Schlagwort von der „Harmonisierung" um. Klingt eigentlich gut, harmonisch eben. Fängt auch meistens gut an, in der Begründung. Da heißt es richtigerweise, daß die wirkliche Rentenlage eigentlich ein Skandal sei, den nur niemand durchschaue. Da wird auf solche mehr als unverdienten Einkünfte verwiesen wie die des FDP-Kurzzeitministers Hoffie in Hessen, der jetzt, bis an sein Lebensende, schon mal 4000 Mark im Monat sicher hat. Er nennt es ein Trinkgeld.

Mit solchen Beispielen garniert wird dann eben die Harmonisierung, sprich Angleichung der Renten gefordert. Aber nicht etwa in dem Sinne der Besserstellung der Versicherten der Arbeiterschaft und der Angestellten. Und eben auch nicht in dem Sinn des Verzichts dieser Supereinkünfte der Spitzenbeamten, Politiker und Militärs. Sondern die Stoßrichtung geht gegenwärtig, wieder einmal, in die andere Richtung. Allgemeine Rentensenkung — da hat ja soeben die neue Regierung schon den ersten Schritt zum Rentenklau getan. Und dann sollen die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes nochmals besonders „vorgenommen" werden. Das ist dann harmonisch: alle Kleinen kriegen weniger. Und die Großbezieher von Staatspensionen? Davon spricht keiner. Vielleicht, weil das die Harmonie stören würde? Jedenfalls: Die Parole heißt auch dies: wieder einmal, Achtung! Der Rentenklau geht um!

Rückzieher

Die CDU/CSU malte ganz schnell und feuerrot den Enteignungsteufel an die Wand. Da setzte der Vogel vor Schreck zur Landung an. Es geht, um was wohl, um Steuern. Genauer: um die „Quellensteuer".

Daß Kapitalgewinne, Zinserträge dort zur Steuer kommen, wo sie ausbezahlt werden, in den Banken zum Beispiel.

Diese neue Art der Besteuerung war im letzten Jahr vom NRW-Finanzminister Posser vorgeschlagen worden, als er eine Dokumentation über Steuerrückstände — Hinterziehung und -betrug veröffentlichte. Eine Forderung, die für jeden, der jeden Monat die „Steuerfrage" ohne eigenes Zutun erledigt „bekommt," unschwer einsichtig ist.

Nun ist die CDU ja auf keinen Fall etwa deswegen gegen eine solche Steuer, weil auf solchem Wege jährlich 7 Milliarden Mark Steuern nicht bezahlt werden, sondern weil sie so ganz besonders sozial ist. Das ginge gegen den kleinen Sparer. Deshalb seien die Unionsparteien dagegen. Sagte die CDU. Strauß sagte es anders, der sah „sozialistische Umverteilungsparolen" darin.

Nun war ja der ursprüngliche Vorschlag so gehalten gewesen, daß es überhaupt nicht um die 5 Mark Zinsen auf dem Girokonto oder das bißchen Geld auf dem Sparkonto ging, sondern um hohe Beträge, Anlageerträge und so weiter — alles Dinge, mit denen der vielgerühmte „kleine Sparer" herzlich wenig zu tun hat.

Das sah sozusagen n[illegible] einem erstaunlichen Höhenflug der SPD in Sachen Sozialpolitik aus. Aber das CDU-Echo erschreckte den Vogel dann doch zu sehr. Daß er den Reichen was wegnehmen wolle, daß wollte er sich nun wahrlich nicht nachsagen lassen. Deshalb: Sturzflug nach Höhenflug. Oder: Bauchlandung?

Mister 10 Prozent

Die Maßnahmen zur Sanierung der Krankenkassen, so vermutete manch einer, würden halt auch endlich mal den Pharmakonzernen ein bißchen schaden. Aber: Pustekuchen.

Die Herrschaften in den Vorstandsetagen wissen, wie man so etwas behandelt. Man setze einfach — zum wievielten Male, weiß keiner — die Preise vor allem für die Medikamente hoch, die die Betroffenen über lange Zeit benötigen (bzw. verschrieben bekommen). Und zwar innerhalb von zwei Monaten, im Dezember und Januar, in zwei Etappen um runde 10 Prozent. Ergebnis: Krankenkassen planen neue Beitragsanhebung ...

DOKUMENTATION

Im folgenden geben wir den niedersächsischen Aufruf zum Ostermarsch 83 wieder. Wir meinen, daß hier der politische Fehler vieler anderer Aufrufe zu dieser Aktion, nämlich die Politik der Bundesregierung sozusagen außen vor zu lassen, vermieden wird. Sicher: Auch dieser Aufruf beschränkt sich auf die Frage der Nachrüstung, stellt keine weitergehenden Forderungen. Aber für eine gemeinsame Aktion ist dies so auch nicht nötig. Nötig ist es aber, das zu tun, was eben in diesem Aufruf, im Gegensatz zu anderen getan wird: Klar die politischen Fronten aufzuzeigen.

Aufruf zum Ostermarsch

Keine Raketenstationierung 1983! Gegen Aufrüstung und Sozialabbau! Für Abrüstung in Ost und West!

Im Herbst 1983 soll die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen beginnen. Allein in der Bundesrepublik sollen mehr als 200 Raketen (Pershing II und Marschflugkörper) stationiert werden. So sieht es der NATO-Rats-Beschluß vom Dezember 1979 vor. Mit den Vorarbeiten für die Stationierung wurde bereits begonnen.

Die neuen Raketen sind technisch zu nichts anderem tauglich als für einen atomaren Erstschlag gegen militärische und politische Zentren der UdSSR. Nach Ansicht der Regierung der USA wird damit ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Die Vernichtung der Bundesrepublik und ganz Europas wird in Kauf genommen.

Wir wollen leben!

Europa und die ganze Erde muß frei werden von atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmitteln. Jede neue Atomrakete entfernt uns weiter von diesem Ziel. Deshalb ist unsere erste Forderung: es dürfen keine neuen Atomraketen in unserem Land aufgestellt werden! Nur so kann der Weg freigemacht werden für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Die Bundesrepublik spielt eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung um die Raketen-Stationierung.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen". (Krefelder Appell)

Die kommunalen Parlamente fordern wir auf,

- in diesem Sinn auf die Bundesregierung einzuwirken und
- Stationierung, Lagerung und Transport von atomaren Waffen in ihrem Zuständigkeitsbereich strikt zu verweigern.

Rüstung tötet schon jetzt! 1982 wurden weltweit mehr als 1000 Milliarden Mark für Rüstung ausgegeben und den Millionen hungernder und verhundernder Menschen auf dieser Erde weggenommen. Rüstungsexporte in Ländern der Dritten Welt verschärfen deren Entwicklungsprobleme.

In der Bundesrepublik sind die Rüstungsausgaben mitverantwortlich dafür, daß bei wichtigen öffentlichen Ausgaben der Rotstift regiert, die Arbeitslosigkeit steigt und erreichte Reformen zurückgenommen werden. Dies wird deutlich bei den drastischen Kürzungen im Sozialhaushalt und dem Heraufsetzen der Rüstungslasten im Bundeshaushalt 1983. Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Steigende Rüstung bewirkt zugleich eine innere Militarisierung: Es wird versucht, die Friedensbewegung zu verleumden und Einzelne und Gruppen einzuschüchtern — z. B. durch Einschränkung des Demonstrationsrechts und durch Berufsverbote.

Wir fordern:

- **Kürzung des Rüstungshaushaltes!**
- **Verteidigung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften!**

Nehmen wir den Frieden in unsere eigenen Hände!

Immer größer wird die Zahl derer, die den Frieden als ihre Sache begreifen. So ist die Friedensbewegung — trotz vieler Angriffe gegen sie — zu einem gewichtigen Faktor geworden. Aber die Bundesregierung und die USA zeigen sich fest entschlossen, die Stationierung der neuen Raketen durchzuführen. Deshalb ist es zur Durchsetzung der Forderungen der Friedensbewegung notwendig, daß wir mehr und stärker werden und weitere öffentliche Aktionen durchführen. Wir rufen darum auf zum

Ostermarsch am Ostermontag, dem 4. April in Hannover

Wir rufen auf, den Ostermarsch durch vielfältige und ideenreiche Aktionen zu bereichern. Laßt uns gemeinsam zur Verbreiterung der Bewegung gegen die Stationierung neuer Atomraketen und für die Entfernung der alten beitragen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit fast zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt in den Gefängnissen der DDR. Sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie für Frieden und Demokratie eingetreten sind, weil sie aktive Solidarität mit ihren polnischen Klassenbrüdern betrieben haben.

Je acht Jahre in den Gefängnissen sollen sie kaputtmachen, soll auf andere abschreckend wirken. Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt haben ihren politischen Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR geführt. Einer Partei, die dort das durchsetzen will, was die SED und ihr Bonzenstaat schon lange verraten haben: Arbeitermacht, Frieden und Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die die Gefangenen erreicht, erleichtert ihnen das Durchhalten im Gefängnis. Und es ist so einfach, von Versammlungen, aus dem Urlaub, von einer Reise oder einfach mal so eine Karte, einen kurzen Brief rüberzusenden. Selbst wenn der eine Brief oder die eine Karte mal nicht an die Gefangenen ausgehändigt wird, immerhin merken dann die Behörden, daß die Genossen, Freunde, Bekannte haben, die nicht aufhören werden, mit den beiden solidarisch zu sein, die den Fall überall und immer wieder bekanntmachen werden, bis die Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeld
Strafvollzugsanstalt
Bauzen
Postschließfach 100-2
8600 Bauzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Man kann soviel tun ...

Es müssen nicht immer spektakuläre Aktionen sein, wie die Besetzung des ADN-Büros in Bonn, die Sperrung der Transitautobahnen oder das Anketten auf dem Alexanderplatz.

Jedes Gespräch, das die Tatsachen über die Verfolgung der Genossen der KPD in der DDR geht, jede Weitergabe der Informationen ist wichtig. In Dortmund hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, bei dem man verschiedene Materialien bekommen kann. Eine Broschüre über die politische Verfolgung, ein Plakat, Kleber, ein Informationsflugblatt. Das ganze Material, mit Ausnahme der Broschüre (Solidaritätspreis 2,— DM) ist kostenlos und kann bestellt werden bei H.D. Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund.

DDR: Noch 15 Bürger Jenas in Haft

Haftgrund: Friedenskampf

Niemand würde wegen seines Engagements für den Frieden in der DDR angeklagt oder gar verhaftet, verlautete aus Berlin von offiziellen SED-Stellen. Formal stimmt das auch, allerdings bekommt derjenige Schwierigkeiten, der sich nicht der offiziellen „Friedenspolitik" des Honecker-Regimes anpaßt. „Frieden schaffen ohne Waffen", „Macht Schwerter zu Pflugscharen" oder gar Parolen wie „Raus aus dem Warschauer Pakt" sind verboten. Diejenigen, die sie verbreiten, sehen sich wachsenden Repressalien ausgesetzt. Der Friedensbewegung in der DDR begegnet der Staatsapparat mit Bespitzelungen, Verhören, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen.

Anklagepunkte sind dann natürlich nicht „Eintreten für den Frieden", sondern „Rowdytum", „Staatsfeindliche Hetze", „Verbotene Kontaktaufnahme" und ähnliches.

So erging es auch vielen Bürgern Jenas, vor allem Jugendlichen, die sich im vergangenen Jahren zu mehreren „inoffiziellen" Friedensmanifestationen zusammenfanden. Als die Friedensbewegung Jenas immer breiter wurde, auch außerhalb der Grenzen der DDR Aufsehen erregte, machte der Staatssicherheitsdienst Druck in der thüringischen Stadt eher noch zu.

Seit Ende vergangenen Jahres sitzen nun nachweislich mindestens 15 Bürger im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten im Gefängnis. Natürlich auch nicht wegen „Eintretens für den Frieden", sondern den üblichen Unterstellungen.

Endlich ist auch in der westdeutschen Friedensbewegung die aktive Solidarität mit den Oppositionellen aus der DDR auf die Tagesordnung gesetzt worden. Zu den Verhaftungen in Jena hat sich ein Kreis Prominenter in einer öffentlichen Erklärung geäußert. Professor Walter Jens, Petra Kelly, Gerd Bastian und andere haben die Freilassung aller Verhafteten gefordert, haben kritisiert, daß Friedensarbeit in der DDR mit dem Entzug der Freiheitsrechte bedroht würde und damit die gesamte Friedensbewegung eingeschüchtert werden soll. Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat einen solchen Appell an die Regierung der DDR geschickt.

In diesem Appell wird die Regierung der DDR auch aufgefordert, Delegierten aus der Friedensbewegung der DDR die Ausreise zu einem für Mai in Westberlin geplanten Treffen von Friedensbewegungen aus ganz Europa zu gestatten.



Matthias Domaschk, der nach seiner Verhaftung am 10. April 1981 das Untersuchungsgefängnis nicht lebend verlassen konnte. Die offizielle „Selbstmordversion" des Staatssicherheitsdienstes glaubt in Jena keiner.

Mit verschiedenen Repressalien wollte man die „Szene austrocknen". Ein Jugendlicher, der zu den oppositionellen Kreisen gehörte, Matthias Domaschk, überlebte eine kurze Untersuchungshaft nicht. Die offizielle Selbstmordversion der Behörden kaufte in Jena niemand ab. Von da an nahmen die oppositionellen Bestrebungen in

Wahlkampfmunition



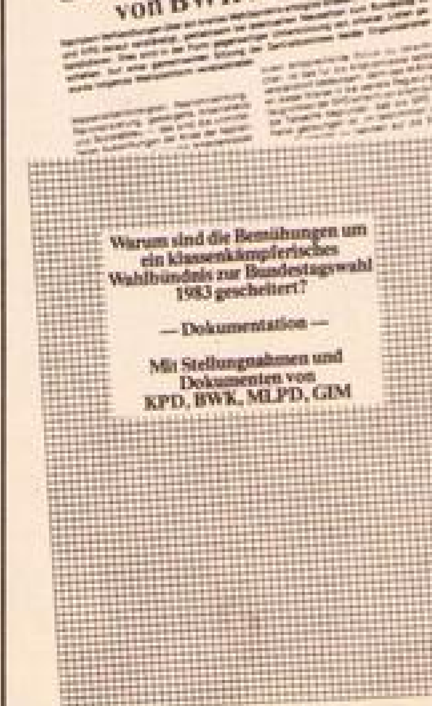




Plakate und Kleber des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten



Drei Wahlinfos im A3-Format zur
- **Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik**
- **zur Rechtspolitik und zum antifaschistischen Kampf**
- **und zur Friedenspolitik**





Die gemeinsame Wahlplattform des BWK und der KPD, Flugblatt

Wahlflugblatt der KPD: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen"

Broschüre zu den Bemühungen, ein linkes Wahlbündnis zu schaffen

Alle Materialien verschickt der Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 46 Dortmund 30. Bis auf die Broschüre zu den Verhandlungen über das Wahlbündnis (1,— DM) und den Kohl-Kleber (0,50 DM) sind alle Wahlwerbemittel kostenlos.

Besucht die Veranstaltungen zur Bundestagswahl '83

Schleswig-Holstein (KPD)

KIEL:
Dienstag, 1. März, 20 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Schule, Ziegelstraße,
„Gemeinsame Wahlveranstaltung der KPD und des BWK"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Hamburg (KPD)

HAMBURG:
Samstag, 5. März, 15 Uhr
Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße 78, Hamburg 13,
„Für das revolutionäre Wahlbündnis — Wählt KPD"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Hessen

FRANKFURT:
Samstag, 5. März, 16 Uhr
Bürgertreff Bornheim, Saalburgallee
„Gegen die schwarze Reaktion"
Mit Redebeitrag, Diskussion und Auftritt der „Hobelbühne"

Bremen (KPD)

BREMEN:
Freitag, 4. März, 20 Uhr,
„Roter Falter", Westerdeich 100, Woltmershausen
„Die Wende in Bonn — Eine Wende in Richtung Faschismus?"
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Niedersachsen (BWK)

CELLE:
Sonntag, 27. Februar, 13.30 Uhr,
In der „Schmiede", Auf dem Kampe 2

HANNOVER:
Freitag, 4. März, 19.30 Uhr
Im „Haus der Jugend", Maschstraße
Es spricht Genosse Cravillon, Kandidat der Landesliste

WOLFSBURG:
Freitag, 25. Februar, 19.30 Uhr
Im „Kulturzentrum", Hörsaal 8
Es spricht Genosse Räcke, Kandidat der Landesliste

Nordrhein-Westfalen (KPD)

LEVERKUSEN:
Sonntag, 27. Feburar, 18 Uhr
Gaststätte Burghof, Rathenaustr. 145, Leverkusen-Manfort
Es spricht: Achim Brand, Kandidat der Landesliste NRW, anschließend Diskussion.
Programm: Das Kabarett „Zeitzünder"

DORTMUND:
Samstag, 5. März, 16 Uhr bis 22 Uhr
„Zum Zeppelin", Mallinckrodtstraße, Am Nordmarkt
„Die Wende in Bonn und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten"
Es sprechen: Kandidaten der Landesliste NRW
Auftritte: Kabarett „Zeitzünder", „Bremer Stadtquerulanten", „Elbe 1", Gruppe „Gegenlicht"

DUISBURG:
Freitag, 25. Februar, 20 Uhr
„Hamborner Ratskeller", Duisburger Straße 213, Hamborn

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Mahlein liest Niggemeier die Leviten

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, äußerte sich jetzt „in eigener Sache" zu den hetzerischen Anwürfen der Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie „einheit" (Chefredakteur ist der Major der Reserve und Oberbürgermeister von Datteln, horst Niggemeier) und des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe. Bekanntlich hatten besagte Rechtsausleger den Kollegen Mahlein und andere prominente Gewerkschafter öffentlich beschimpft, weil diese einen Aufruf zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nazis unterzeichnet hatten, der unter anderem auch von einigen führenden Vertretern der DKP unterschrieben worden ist. In Mahleins Stellungnahme, die im ersten Februarheft der IG-Druck-Zeitung „druck und papier" veröffentlicht wurde, heißt es am Schluß:

„Die entscheidende Frage ist, ob wir zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden, um Gefahren, die uns gemeinsam bedrohen, gemeinsam abzuwehren, oder ob wir etwa die Hände in den Schoß legen und auf die Politiker vertrauen.

Insofern bedeutet für mich Einheitsgewerkschaft nicht nur die Heimat für Mitglieder verschiedener politischer Herkunft, sondern auch die Einheit gegen rechts — gegen die politische Reaktion.

Dies alles mag der über 40jährige Cefredakteur einer Gewerkschaftszeitung und Major der Reserve anders beurteilen als ein über 60jähriger und rund 15 Jahre amtierender Gewerkschaftsvorsitzender. Er hat sicher einen besseren Lebens- und Bildungsweg gehabt als ich, der Sohn einer Arbeiterfamilie, dessen Vater zu den politisch Verfolgten gehörte."



Leonhard Mahlein

Gemessen an der Hetze, die Niggemeier und Rappe über linke Gewerkschafter ausgegossen haben, sind diese scharfen Worte des IG-Druck-Vorsitzenden sicherlich noch als maßvoll und zurückhaltend zu bezeichnen. Leonhard Mahlein hat unsere Solidarität.

Betriebliche Lohnkürzungen häufen sich

Stoppt die Lohnräuber!

In immer mehr Betrieben versuchen die Unternehmer der Belegschaft direkte Lohnkürzungen aufzuzwingen. Dabei nutzen sie skrupellos die Lage der abhängig Beschäftigten aus, unter denen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes grassiert. Für die Gewerkschaftsbewegung ist es lebenswichtig, diese Welle von Lohnraub mit aller Kraft zu bekämpfen.

Geld her oder Arbeitsplatz! Das ist die Ganstermethode der Lohnräuber. Im folgenden nur eine Auswahl der neuesten Fälle, die bekannt geworden sind:

Der Dortmunder Schreibgeräte-Hersteller Brause & Co. wollte die Löhne der Belegschaft ab 1. Februar 1983 um 10 Prozent kürzen. Die Brutalität dieses Vorstoßes wird sehr deutlich, wenn man weiß, daß die bei Brause hauptsächlich beschäftigten Frauen ohnedies für einen Hungerlohn schuften. Ihr Stundenlohn beträgt 8,38 DM.

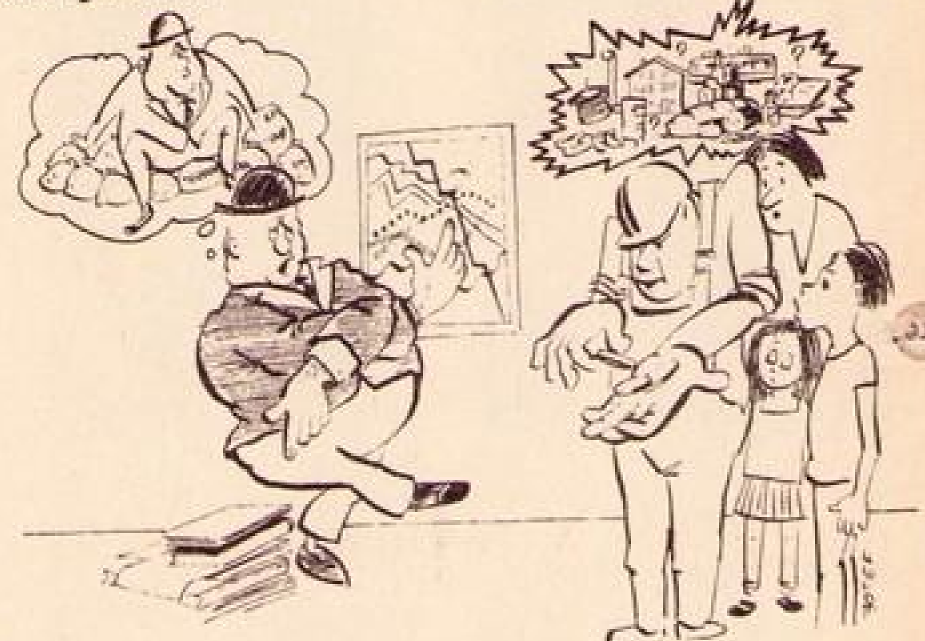
Bei der Rendsburger Nobiskrug-Werft sollen die 1400 Belegschaftsmitglieder in den nächsten zwei Jahren der Firma 5 v.h. ihres Lohnes als „Rücklage" zur Verfügung stellen. Das Geld soll auf ein Sperrkonto gezahlt und verzinst werden. Bei Ausscheiden aus dem Unternehmen werde es — so die Versprechung der Bosse — voll ausgezahlt.

Bei der New-York-Hamburger Gummiwarencompanie (600 Beschäftigte) sollen in der gleichen Weise 4,5 Prozent des Lohnes einbehalten werden.

Glaubt man der Berichterstattung der bürgerlichen Presse, dann sind die Belegschaften bereit, diese Opfer „freiwillig" zu bringen. Über die Erpressermanier allerdings, mit der dieser „Freiwilligkeit" seitens der Unternehmer auf die Sprünge geholfen wird, schweigt des Sängers Höflichkeit. Die Tatsache, daß ein Unternehmer mit seiner Verfügungsgewalt über Produktionsmittel auch Gewalt über das Schicksal „seiner" Arbeiter und Angestellten hat, wird in den Redaktionsstuben dieser Presse nicht weiter beachtet. Schließlich sind die Massenmedien hierzulande nicht dazu da, das kapitalistische System zu entlarven, sondern dazu, es zu beschönigen!

Im Falle von Brause & Co in Dortmund konnte der skandalöse Lohnraubversuch verhindert werden. Die Ortsverwaltung der IG Metall brachte den Fall an die Öffentlichkeit und löste damit Empörung unter der werktätigen Bevölkerung in Dortmund aus.

Auch im Fall der Rendsburger Nobiskrug-Werft hat sich — folgt man den Zeitungsberichten — die IGM-Bezirksleitung scharf gegen das Lohnverzichts-Modell gewandt.



Jedoch den verantwortlichen Funktionsträgern der IG Chemie scheint die gewerkschaftliche Widerstandskraft nicht viel wert zu sein. Bei der erwähnten New York-Hamburger Gummiwarencompagnie war die IG Chemie — laut Pressemeldungen — selbst am Abschluß einer entsprechenden Betriebsvereinbarung beteiligt.

In einer Broschüre, die die ÖTV-Kreisverwaltung Augsburg als Argumentationsleitfaden für die Tarifrunde '83 herausgegeben hat, heißt es:

„Die Arbeitgeber und ihnen nahestehende Kreise wollen mit ihren Forderungen nach Öffnung der Tarifverträge und nach einer Verminderung der Löhne und Gehälter gewerkschaftlichen und tarifvertraglichen Schutz unterlaufen und die Arbeitnehmer wieder zu beliebig einsetzbaren, schutzlosen und eingeschüchterten Arbeitskräften machen. Einausreichendes Einkommen bedeutet über die Entwicklung des Lebensstandards nämlich auch ein entsprechendes Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer.. Die dadurch erreichten Erfolge und die Stärke der Gewerkschaften sollen zurückgedreht werden."

Genau hier liegt der Hase im Pfeffer! Unter dem verlogenen (aber aus verständlichen Gründen häufig nicht wirkungslosen) Vorwand, es gehe um die Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze, versuchen die Unternehmer auf einzelbetrieblicher Ebene in die Stellungen der Arbeiterschaft einzubrechen. So können sie den Generalangriff auf das Lohnniveau, das die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten durchdrücken konnten, unter Ausschaltung des organisierten gewerkschaftlichen Widerstands vorantreiben.

Dagegen müssen die Gewerkschaften mit allen möglichen Mitteln vorgehen.

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Kreisdelegiertenversammlung fordert 180 DM Festgeld

Leserbericht aus Hannover

Am 11.12.83 fand in Hannover die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV zum Thema „Tarifrunde '83" statt. Leider war die Versammlung nicht beschlußfähig, sodaß wir nur ein Meinungsbild herstellen konnten. Der Zeitpunkt der Versammlung war ungüstig gewählt.

Einige Kollegen klagten darüber, daß die Propaganda der Arbeitgeber bei vielen Kollegen fruchtete, die deshalb bereit seien, wegen ihres angeblich sicheren Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst auf eine ausreichende Lohnerhöhung zu verzichten. Daraufhin berichteten Kollegen aus dem Kreisvorstand, daß auf Kreisvorstandsbeschluß vor drei Monaten ein Flugblatt druckfertig vorbereitet worden sei, das Argumente gerade zu diesem Fragenkomplex enthalte. Das Flugblatt wurde aber vom Kreisgeschäftsführer, der sich ständig als Statthalter des Geschäftsführenden Hauptvorstandes aufführt, zurückgehalten.

Der Kreisgeschäftsführer faselte auf diese Vorwürfe hin nur etwas von Richtlinien usw., nannte aber keinen wirklichen Grund für die Blockade. Wahrscheinlich ist ihm das Flugblatt politisch nicht angenehm.

Sicher sind solche Zustände nicht die alleinige Erklärung dafür, daß unter einigen Kollegen eine wenig kämpferische Stimmung herrscht. Aber wir vertraten den Standpunkt, daß sich bei aktiver Überzeugungsarbeit der betrieblichen Funktionäre durchaus etwas erreichen ließe. So wurde dann auch ohne Gegenstimmen die folgende Forderung verabschiedet:

180 DM Festbetrag; 30 Tage Urlaub für alle.

Ein ermutigendes Beispiel berichteten Kollegen aus dem Fuhramt der Stadt Hannover. Dort hat die geschlossene Solidarität von 240 Müllwagenfahrern die schon ausgesprochene Kündigung eines Kollegen verhindert. Die Kollegen gingen solange nicht an die Arbeit, bis die Kündigung zurückgenommen wurde.

Neue-Heimat-Rechtsstreit: „Wenn man im Sumpf rührt..."

Wann endlich wird der Saustall ausgemistet?

Die Herren Vietor, Iden und Vormbrock, Ex-Spitzenmanager der Neuen Heimat, haben —laut Untersuchungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit — einen finanziellen Schaden angerichtet, der sich auf mehrere hundert Millionen Mark beläuft. Es sind letzten Endes die sogenannten kleinen Leute, die dafür bluten müssen: Lohnsteuerzahler, Mieter und, nicht zu vergessen, Gewerkschaftsmitglieder. Denn zur Sanierung des maroden Baukonzerns werden jetzt mehrere hundert Millionen Mark aus den Gewerkschaftskassen mißbraucht. Das sind letztlich Mitgliedsbeiträge.

Allein Vietor hat sich um mindestens 100 Millionen Mark persönlich bereichert. Und Iden und Vormbrock sind sicher auch nicht leer ausgegangen. Die eine oder andere Million haben die sich mit Sicherheit unter den Nagel gerissen.

Würden wir in einem Staat leben, in dem auch nur ein bißchen Gerechtigkeit existiert, dann säßen diese Millionenbetrüger längst hinter Gittern (Zelle an Zelle mit anderen ehrenwerten Herren und Damen aus der „ganz normalen" Privatwirtschaft), gar nicht davon zu reden, daß ihr ergaunertes Vermögen beschlagnahmt wäre.

Aber wir leben in einem System, das sich „freie Marktwirtschaft" und „demokratischer Rechtsstaat" nennt und dessen grundlegendes Prinzip darin besteht, daß eine kleine, in Saus und Braus lebende, reiche Oberschicht sich an der Arbeit der lohnabhängigen Massen mästet. Wo käme man da hin, würde man ernstlich damit beginnen, mit der Elle der Gerechtigkeit zu messen?

So leben also Vietor und Konsorten vollkommen unangefochten ihr Leben in Luxus und Reichtum, der zusammengestohlen ist, und kein Staatsanwalt kommt auf die Idee, diesen Ganoven zu nahe zu treten.

Ja, sie können sich sogar erdreisten, vor Gericht zu ziehen, um gegen ihre Entlassung bei der Neuen Heimat Klage zu erheben! Mehr noch. Die „Waage der Gerechtigkeit" unserer blinden Justitia neigt sich — wie dem nebenstehend dokumentierten Artikel aus dem „Handelsblatt" zu entnehmen ist — tatsächlich zu ihren Gunsten!

Gerichtsvorsitzender Urban schlägt einen Vergleich vor! Die Neue Heimat soll den beiden Millionenbetrügern Iden und Vormbrock insgesamt nochmal fast anderthalb Millionen Mark an Gehaltszahlungen in den Rachen stopfen! Die einfachen Beschäftigten der Neuen Heimat, denen man zur Zeit gerade die Sozialleistungen zusammenstreicht, werden es im Kopf nicht aushalten!

Ein sauberes Recht herrscht in diesem Staat. Man vergleiche einmal diesen Fall mit den Fällen der armen Teufel, die immer wieder von bundesdeutschen Gerichten zu Gefängnisstrafen verknackt werden, weil sie aus Not beispielsweise ein Paket Kaffee im Supermarkt haben mitgehen lassen; oder weil sie etwa mehrfach in der Straßenbahn beim Schwarzfahren erwischt wurden.

Aber von alledem einmal abgesehen. Für unsere Gewerkschaft ist ein anderer Aspekt der Sache wirklich fatal: Die süffisant formulierten Drohungen des Richters Urban bezüglich der „Schmutzpartikel des trüben Wassers", die sich auf prominente Gewerkschaftsführer wie Eugen Loderer niedersenken würden, falls die Neue Heimat dem Vergleich die Zustimmung verweigere (auch dieser Erpressungsversuch wirft — nebenbei gesagt — ein bezeichnendes Licht auf unsere Justiz). Hat der DGB also wichtige und mächtige Leute an seiner Spitze, die erpreßbar sind?

Was sich da im Landgericht Hamburg abspielt, ist das traurige Resultat dessen, daß der Neue-Heimat-Skandal im DGB mehr oder weniger unter den Tisch gekehrt worden ist. Die von der Gewerkschaftsbasis vor einem Jahr so massiv erhobene Forderung wurde mißachtet: Der Schweinestall ist bis heute nicht wirklich ausgemistet worden ...

NEUE HEIMAT/Rechtsstreit

Einigung vorgeschlagen

HANDELSBLATT, Mittwoch, 2.2.1983

dk HAMBURG. Im Rechtsstreit der beiden ehemaligen Neue Heimat-Vorstandsmitglieder Harro Iden und Wolfgang Vormbrock, die gegen ihre fristlosen Kündigungen vom Februar 1982 Klagen und rückwirkende Gehaltszahlungen von der Neuen Heimat verlangen, hat die Kammer für Handelssachen des Landgerichts Hamburg erwartungsgemäß den Parteien Vergleichsvorschlag gemacht.

Der Vorsitzende Richter Gerhard Urban, der die Prozeßchancen zugunsten der Kläger hervorhob und das formelle Verfahren der außerordentlichen Kündigungen durch die Neue Heimat als „bedenklich" bezeichnete, wies mit den Worten „wenn man im Sumpf rührt, wird das Wasser trübe" auf die Risiken einer strittigen Verhandlung hin, die dann auch in der Öffentlichkeit Kreise ziehen würde.

Er verlas in diesem Zusammenhang eine vom Rechtsvertreter Vormbrocks eingereichte Liste von 31 Zeugen mit prominenten Namen wie Loderer, Sperner, Vetter, Vietor, usw. Für Urban kann es nicht im Interesse der Parteien liegen, wenn „Schmutzpartikel des trüben Wassers" sich auf Personen und Institutionen absetzen. Deshalb halte das Gericht eine gütliche Beilegung für dringlich.

Als Substanz der beiden Vergleichsvorschläge, die nach kurzen Beratungen in getrennten Verhandlungen vorgetragen wurden, ist festzuhalten: die bis Ende 1985 laufenden Dienstverträge Idens und Vormbrocks werden um ein Jahr zurückdatiert. Die vom Gericht als „etwas hoch" bezeichneten Gehälter der Kläger bei der Neue Heimat gemeinnützig (rund 28 000 DM monatlich für Iden und etwa 24 000 DM für Vormbrock) werden um 20 % gekürzt, während der auf ihre Tätigkeit im Vorstand der Neue Heimat Städtebau entfallende Gehaltsanteil in voller Höhe erhalten bleibt.

Danach würde sich für Harro Iden, der stellvertretender Vorstandsvorsitzer war, eine monatliche Zahlung von rund 30 250 DM für den Zeitraum 1. März 1982 bis 31. Dezember 1984 und für Wolfgang Vormbrock ein Betrag von knapp 22 000 DM ergeben. Wahlweise schlug das Gericht einmalige Abfindungszahlungen (unter Berücksichtigung eines Zinsabschlags) in Höhe von 600 000 DM für Vormbrock und von 800 000 DM für Iden vor. Den Parteien wurde vom Gericht eine Frist bis zum 4. März gesetzt, um sich zu diesen Vorschlägen zu äußern.



Symbolische Grundsteinlegung für ein neues Stahlwerk bei Hoesch-Westfalenhütte: „Hier entsteht das erste Stahlwerk der Deutschen Stahl Gesellschaft".

Gegen Moderatorenkonzept — für Verstaatlichung

Proteststreik auf den drei Hoesch-Hüttenwerken

DORTMUND. — Am vergangenen Freitag (18.2.) kam es bei Hoesch in Dortmund erneut zu einem Proteststreik gegen das sogenannte Moderatoren-Konzept. Diesmal legten die Kollegen auf allen drei Dortmunder Standorten der Hoesch-Hüttenwerke die Arbeit nieder. Zu dem von vielen Kollegen erhofften bundesweiten Streik aller Stahlbelegschaften aber kam es leider nicht.

Rund 5000 Stahlarbeiter der Hoesch-Werke Phoenix, Union und Westfalenhütte beteiligten sich am Freitagvormittag an der Streikaktion, die etwa zwei Stunden dauerte. Stärker noch als 14 Tage vorher, als nur auf der Westfalenhütte gestreikt worden war (vgl. RM 6/83, S. 5), stand diesmal die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie im Vordergrund.

„Stahlstandorte sichern, Stahlindustrie verstaatlichen", hieß es auf einem großen Transparent der Kollegen auf der Westfalenhütte. Auf der Westfalenhütte demonstrierten die Kollegen außerdem mit einer symbolischen Grundsteinlegung für den Bau des neuen Stahlwerkes, ohne den von einer Sicherung des Stahlstandortes Dortmund keine Rede sein kann. Dazu hatten sie ein Schild anfertigen lassen, auf dem zu lesen war: „Hier entsteht das erste Stahlwerk der Deutschen Stahl-Gesellschaft, gebaut von der Tochtergesellschaft Hoesch Werke AG zur Sicherung des regionalen Stahl-Standortes Dortmund."

Aufgerufen hatten zu der Streikaktion die Vertrauenskörper-Leitungen der drei Hoesch-Werke mit einem gemeinsamen Flugblatt, das am Freitagmorgen an den Werkstoren verteilt wurde. Darin heißt es unter anderem:

„Die Absicht des Thyssen-Vorstandes, morgen in der Aufsichtsratssitzung den Massenstahl- und Schmiedebereich auszugliedern, bedeutet die Durchsetzung des Moderatorenpapiers. Die Absicht des Thyssen-Vorstandes, morgen den Stahlbereich auf der Grundlage des Papiers der Kapitalvertreter neu zu ordnen, bedeutet das „Aus" aller Stahlstandorte, auch des Stahlstandortes Dortmund. Der Thyssen-Vorstand will 60 bis 70 Prozent der deutschen Stahlproduktion am Rhein konzentrieren. Der Thyssen-Vorstand will durch Ausgliederung der Weiterverarbeitung Fakten schaffen, die das Ende der Montanmitbestimmung bedeuten. Der Thyssen-Vorstand will durch den dann zustandekommenden Konzentrations- und Wettbewerbsvorteil die anderen Stahlstandorte vernichten. Der Thyssen-Vorstand will diesen Konzentrationsprozeß durch die Vernichtung von 20000 Stahlarbeitsplätzen einleiten und somit für andere Stahlbetriebe Fakten schaffen."

Und weiter unten heißt es in dem Flugblatt:

„Das Dortmunder Papier mit der ‚Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum' sowie der Standorterhaltung, wird heute in allen Stahlstandorten von den Belegschaften und Betriebsräten gefordert. Aus diesem Grund wollen an allen Stahlstandorten der Bundesrepublik Deutschland die Belegschaften gegen das Moderatorenpapier und somit gegen die Absicht von Spethmann/Thyssen demonstrieren. Mit dieser Aktion am 18. Februar 1983, 10 Uhr bei Klöckner in Bremen, der Max-Hütte, Peine-Salzgitter, Mannesmann, Krupp, Thyssen, Arbed und Hoesch wollen gleichzeitig alle Stahlarbeiter den Kampf um ihre Arbeitsplätze aufnehmen."

Zu dieser von den Vertrauenskörper-Leitungen bei Hoesch angekündigten und von Tausenden Stahlarbeitern erhofften bundesweiten Aktion ist es nicht gekommen. Die IGM-Führung war gegen eine solche Aktion. Und die Funktionäre und zuständigen Gremien der IG Metall in den anderen Stahlkonzernen und regionalen Standorten waren offenbar nicht genügend entschlossen, die Belegschaften trotzdem zum Streik aufzurufen und zu mobilisieren.

Ein bundesweiter Proteststreik der Stahlarbeiter hätte ein großer Schritt zur Geschlossenheit und Einigkeit der Belegschaften im gemeinsamen Kampf gegen die Kahlschlagsanierung, für die Verteidigung der Arbeitsplätze, werden können. Er hätte auf jeden Fall die Kampfkraft der Stahlarbeiter und der IG Metall gestärkt. Und er hätte die in dieser Woche (24. Februar) stattfindende Stahlkonferenz der IG Metall zugunsten jener Kräfte beeinflußt, die die Gewerkschaft auf eine konsequente Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze im Kampf gegen die Stahlbarone und das Finanzkapital verpflichten wollen.

Meldet Klöckner den Vergleich an?

ESSEN. — Anfang dieser Woche wurden Mutmaßungen laut, daß ohne eine schnelle Realisierung des Moderatoren-Konzeptes der Klöckner-Konzern gezwungen sein könnte, das Vergleichsverfahren zu beantragen.

In seiner Montag-Ausgabe berichtet das „Handelsblatt":

„Während die Banken mit der Unternehmensleitung der Klöckner-Werke AG über die Deckung des inzwischen auf 400 Millionen Mark geschätzten Finanzbedarfs verhandelten, haben die deutschen Kreditversicherer den Versicherungsschutz für künftige Lieferungen an das Duisburger Unternehmen erneut drastisch reduziert."

Ebenfalls am Montag brachte die auflagenstärkste Zeitung des Ruhrgebietes, die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) einen Bericht über Äußerungen von Rudolf Judith, der im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall für die Stahlindustrie verantwortlich ist:

„Wie Judith weiter sagte, deuten alle bisherigen Gespräche daraufhin, daß die Klöckner-Werke das Vergleichsverfahren beantragen müssen, wenn die Bundesregierung, wie sie beabsichtigt, dem Unternehmen keine Vorab-Hilfe gewährt."

Judith spielte, laut WAZ, darauf an, daß die Bundesregierung ohne Durchführung des Moderatoren-Konzeptes keine gesetzliche Handhabe besitze, dem Klöckner-Konzern aus seiner finanziellen Klemme zu helfen.

Das Moderatoren-Konzept sieht vor, daß Klöckner, Hoesch und Salzgitter ihre Stahlproduktion zu einer „Gruppe Ruhr" zusammenlegen.

Soll nun der drohende Vergleich bei Klöckner etwa als Druckmittel gegen den Widerstand gegen das Moderatorenkonzept benutzt werden?!

Rudolf Judiths in der WAZ veröffentlichten Äußerungen ist zu entnehmen, daß die Führung der IG Metall keine Einwände prinzipieller Natur gegen das Moderatoren-Konzept (und damit gegen einen weiteren radikalen Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug in der Stahlindustrie) hat. So sagte Judith wörtlich:

„In der gegenwärtigen Form müssen wir die Modelle der Moderatoren zur Sanierung der deutschen Stahlindustrie ablehnen." (Hervorhebung durch uns — RM)

Mit keinem Wort erwähnte Judith die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie, für die wenige Tage zuvor 5000 Stahlarbeiter bei Hoesch in einen Proteststreik getreten waren und für die sich bis jetzt 11 Vertrauenskörper und drei Vertreterversammlungen der IG Metall in den Zentren der Stahlindustrie ausgesprochen haben.

Stahl muß fließen ...

Sehr geschlossen und kämpferich traten die Lehrlinge des Hoesch-Werks Phoenix beim Streik der Dortmunder Stahlarbeiter am vergangenen Freitag auf. *„Stahl muß fließen, sonst sind wir nach der Lehre arbeitslos, und die Banken machen noch mehr Moos!"*, lautete eine der Parolen der jungen Stahlarbeiter.

Mit Sprechchören sorgten sie am Burgtor in Hörde, wo die streikenden Kollegen von Phoenix sich versammelten, für die richtige Stimmung. Ein dicker Mercedes, mit dem ein Hoesch-Manager glaubte, das Werkstor passieren zu können, war im nu von den Jungarbeitern eingekeilt. Im Hintergrund in Bereitschaft gehaltene Polizeikräfte mochten angesichts der kämpferischen Stimmung der Jungarbeiter nicht eingreifen.

Die Empörung der Jungarbeiter und Lehrlinge ist nur zu berechtigt. Die Auszubildenden bei Hoesch erhalten nur noch Arbeitsverträge, die auf 18 Monate befristet sind. Ähnlich ist die Situation auch in den anderen Stahlkonzernen. Jugendvertreter aus den verschiedenen Stahlkonzernen haben deshalb einen Aufruf verfaßt, der helfen soll, den Protest gegen Ausbildungsabbau, Nichtübernahme und Entlassungen in den Stahlbetrieben zusammenzufassen.

Der Aufruf trägt die Überschrift: *„Stahl muß fließen — Heute an unsere Zukunft denken"*. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Die Facharbeiterprüfungen 82 und 83 stehen vor der Tür. Der größte Teil der Ausgebildeten soll nach der Lehre mit oder ohne ‚Abfindung' rausgeschmissen werden. Übernahmeregelungen werden gekippt und durch befristete Arbeitsverträge ersetzt. Gleichzeitig bleiben freiwerdende Arbeitsplätze durch ‚Sozialpläner' unbesetzt."

Gefordert wird in dem Aufruf u. a.: *„Erhaltung aller Ausbildungskapazitäten und deren volle Nutzung und Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Stahlindustrie! Übernahme aller ausgebildeten Kollegen!"* Auch die Verstaatlichung der Stahlindustrie wird gefordert. Ebenso die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre.

Für den Aufruf wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Wer den Aufruf bestellen oder weitere Informationen anfordern will, soll sich an folgende Kollegen wenden: Hartmut Schink, Mönnighofstr. 19, 4600 Dortmund 30.

Aufsichtsratsbeschluß bei Thyssen

Weichenstellung für Moderatoren-Konzept

DUISBURG. — Am letzten Samstag wurde bei der Aufsichtsratssitzung der Thyssen AG in Duisburg der vom Konzernvorstand verlangte Beschluß zur Ausgliederung des Massenstahl- und Schmiedebereichs gefaßt.

Nach diesem Beschluß wird die Massenstahlproduktion aus der Thyssen AG ausgegliedert und in eine neu zu gründende „Thyssen-Stahl-AG" eingebracht. Damit sind die Voraussetzungen für den im Moderatoren-Konzept vorgesehenen Zusammenschluß der Stahlbereiche von Krupp und Thyssen geschaffen.

Gleichzeitig bedeutet der Beschluß, daß die Montanmitbestimmung bei der Thyssen AG gekippt wird. Da der überwiegende Teil der Stahlproduktion bei der Thyssen AG infolge der Ausgliederung nicht mehr gegeben ist, wird gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nach einer sechsjährigen Übergangszeit die Montanmitbestimmung bei der Thyssen AG bis zum 31.3.1989 auslaufen.

Der Beschluß wurde gegen die Stimmen der sogenannten Arbeitnehmerbank im montanmitbestimmten Aufsichtsrat gefaßt. Den Ausschlag zugunsten der Vorstandsvorlage gab die Stimme des angeblichen „neutralen Mannes" im Aufsichtsrat, nämlich des FDP-Politikers und früheren Bundespräsidenten Walter Scheel.

„Soziale Abfederung oder konsequenter Kampf um jeden Arbeitsplatz?"

Am Freitag (dem Tag als bei Hoesch gestreikt wurde) verteilte die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition bei Hoesch ein Flugblatt mit der Überschrift: „Kahlschlag verhindern! Stahlindustrie verstaatlichen!" Wir geben hier einige Auszüge wieder.

Über ein Viertel aller Arbeitsplätze in der Stahlindustrie wurden seit 1975 von den Unternehmern ein für allemal vernichtet. Die Hälfte von uns arbeitet z. Z. kurz. Wenn der IGM-Vorstand in seinen Vorschlägen zur „Strukturpolitik in der Stahlindustrie" vom 8. 2. 1983 fordert: „Fortführung der Sozialpolitik ohne materielle Abstriche" — so halten wir dem entgegen:

Einen Sozialplan abschließen bedeutet doch, daß wir den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze verloren haben. Gerade die Erfahrungen der Stahlkrise zeigen doch: Wer ausgeht von der „Rentabilität der Betriebe", wer auf dieser Basis zum angeblichen „gemeinsamen Interesse" von Unternehmern und Beschäftigten zwar noch über die Bedingungen des Sozialplans verhandelt, gibt doch den Kampf gegen den Arbeitsplatzabbau auf. (...)

Deshalb meinen wir:

Jegliche Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen muß eingestellt werden. Weder in den Aufsichtsräten noch in den Betriebsräten dürfen Gewerkschaftsvertreter der Vernichtung von Arbeitsplätzen, geschweige denn Entlassungen zustimmen bzw. diese hinnehmen. Nicht die „soziale Abfederung", sondern die konsequente Verteidigung unserer Arbeitsplätze muß zur Leitlinie gewerkschaftlichen Handelns werden!

Vertröstung auf Ersatzarbeitsplätze oder kompromißlose Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze?

In den während der letzten Wochen verabschiedeten Resolutionen der Vertrauensleute aller großen Stahlkonzerne wird immerhin noch gefordert: „Kein Arbeitsplatzabbau, solange nicht die Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind". Der IGM-Vorstand (hat) in seinen Forderungen zur Strukturpolitik in der Stahlindustrie" vom 8. 2. 83 nur gefordert: „Bei Fortfall von Arbeitsplätzen müssen in größtmöglichem Umfange Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden."

Mal Klartext geredet: Wo sollen denn eigentlich diese Ersatzarbeitsplätze herkommen? Alle Forschungsinstitute — vom DGB-Institut bis hin zu denen der Kapitalistenverbände — sagen doch übereinstimmend aus: Durch die bisherige Entwicklung, noch verschärft durch die Robotereinsätze und andere Anwendungsmöglichkeiten der Mikrokomputertechnologie werden Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Bereits 1982 wurden über 80 Prozent aller Investitionen zur Rationalisierung und Ersatzbeschaffung ausgegeben — mit dem Ziel und der Folge der massiven Arbeitsplatzvernichtung nicht nur in der Stahlindustrie, sondern in allen Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft. Arbeitslosenzahlen von vier bis fünf Millionen werden für die nächsten Jahre vorhergesagt. Da ist doch wohl eher der Glaube als die Tatsachen der Vater des Gedankens beim Hoffen auf Ersatzarbeitsplätze.

Wir meinen:

Dem Rationalisierungsfeldzug der Stahlkonzerne und der hinter ihnen stehenden Banken muß insgesamt konsequent entgegengetreten werden. Neben der kompromißlosen Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze muß der Kampf für Forderungen entfaltet werden, die geeignet sind, dem Rationalisierungsterror der Unternehmer entgegenzuwirken — dies gilt vor allem für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Auch der Kampf um die gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre gehört dazu. (...)

Gerade die Pläne der Moderatoren zeigen, daß die zu erwartenden Massenentlassungen, die Liquidierung ganzer Konzerne und Standorte als Abschnitte einer zusammenhängenden Front gesehen werden müssen. Der Rationalisierungsstrategie der Monopole kann nicht erfolgreich begegnet werden, wenn man sie nur unter dem engen Blickwinkel der Auseinandersetzung zwischen einer Konzernleitung und einer Belegschaft betrachtet. Gerade bei der Verteidigung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie geht es um ein Problem, das nur durch unseren gemeinsamen Kampf — in allen Stahlbetrieben, in allen Stahlregionen — auf der einen Seite, gegen die Stahlkonzerne, die hinter ihnen stehenden Banken und die sie unterstützenden Regierungen auf der anderen Seite, entschieden werden kann.

Die Verstaatlichung erkämpfen

In diesem Zusammenhang ist der Kampf um die Verstaatlichung der Stahlindustrie eine Möglichkeit um

- **unsere gemeinsame Front gegen die Kapitalisten zu stärken;**
- **die Pläne der Kapitalseite kurzfristig zu durchkreuzen;**
- **gemeinsam auf Regierungen und Parlamente den unbedingt nötigen Druck auszuüben, Gelder für die Sicherung und nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen auszugeben.**

Nur: dies erreichen wir nicht durch das „Verhandeln mit den Vorständen", durch das Warten auf die „Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand", sondern nur durch die Organisierung unseres Widerstandes und unseres Kampfes für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze — die schließlich unsere und unserer Kinder Existenzgrundlage sind. (...)

Der Präsident als Bürger — oder:

Augen zu — CDU!

Bundespräsident Karl Carstens, CDU (früher NSDAP) hat versucht, Druck auf den NDR auszuüben, um eine Zensur kritischer Meinungsäußerungen herbeizuführen.

Am 13. Dezember 1982 brachte das Bonner NDR-Studio nach Meldung der „Frankfurter Rundschau" einen kritischen politischen Kommentar zur Regierungspolitik. Carstens reagierte mit einem Schreiben an NDR-Indendant Räuker, das auf amtlichen Briefbögen abgefaßt war. Er stellte dabei in Frage, „ob das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem seiner Hörerschaft sehr kritische Meinungsäußerungen zumuten dürfe. Der Hörer mit anderen Ansichten werde durch dieses System praktisch gezwungen, diese ihm nicht genehme Meinung mitzufinanzieren." (FR)

Ein Schritt, der dem bundesdeutschen Staatsoberhaupt besonders gut ansteht. Da sich seine Partei nun anschickt, im Geiste vergangener aber unvergessener Zeiten deutscher Größe „gemeinsam (mit der CDU) Deutschland in Ordnung zu bringen", zeigt er, daß er auch noch nichts vergessen hat. Schutz von Minderheiten? Meinungsfreiheit für Leute ohne Kapital? Recht auf Kritik? Zensurverbot? — Wozu denn das? Kann man von einem freiheitlich denkenden Mann wie Carstens auf Dauer verlangen, für eine solche Politik geradezustehen, die doch seinen innersten Überzeugungen widerspricht? Wo er doch selbst an der Gestaltung einer Gesellschaft mitgewirkt hat, wo es ganz ohne ging. „Gleichschaltung" hieß es damals, und schon war Ruhe.

Der Sprecher des Bundespräsidialamtes, Detlef Diehl, versuchte zu beschwichtigen. Der Carstens-Brief sei verfassungsrechtlich ohne Bedeutung. Der Präsident habe „ganz spontan als Bürger reagiert".

Die Journalistengewerkschaften RFFU und dju in der IG DruPa sehen das richtiger. Sie sprachen von einem „skandalösen Eingriff in die Freiheit der journalistischen Meinungsäußerung"; Carstens' Vorgehen stelle einen Beweis „für sein gebrochenes Verhältnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem" dar.

Carstens erweist sich damit als würdiger Repräsentant. Nicht des Bürgers, sondern seiner Partei. Die hat ja seit dem Regierungsantritt ihre Angriffe gegen angeblich linkslastige Kommentare verschärft. Und sie strebt die absolute Kontrolle an.

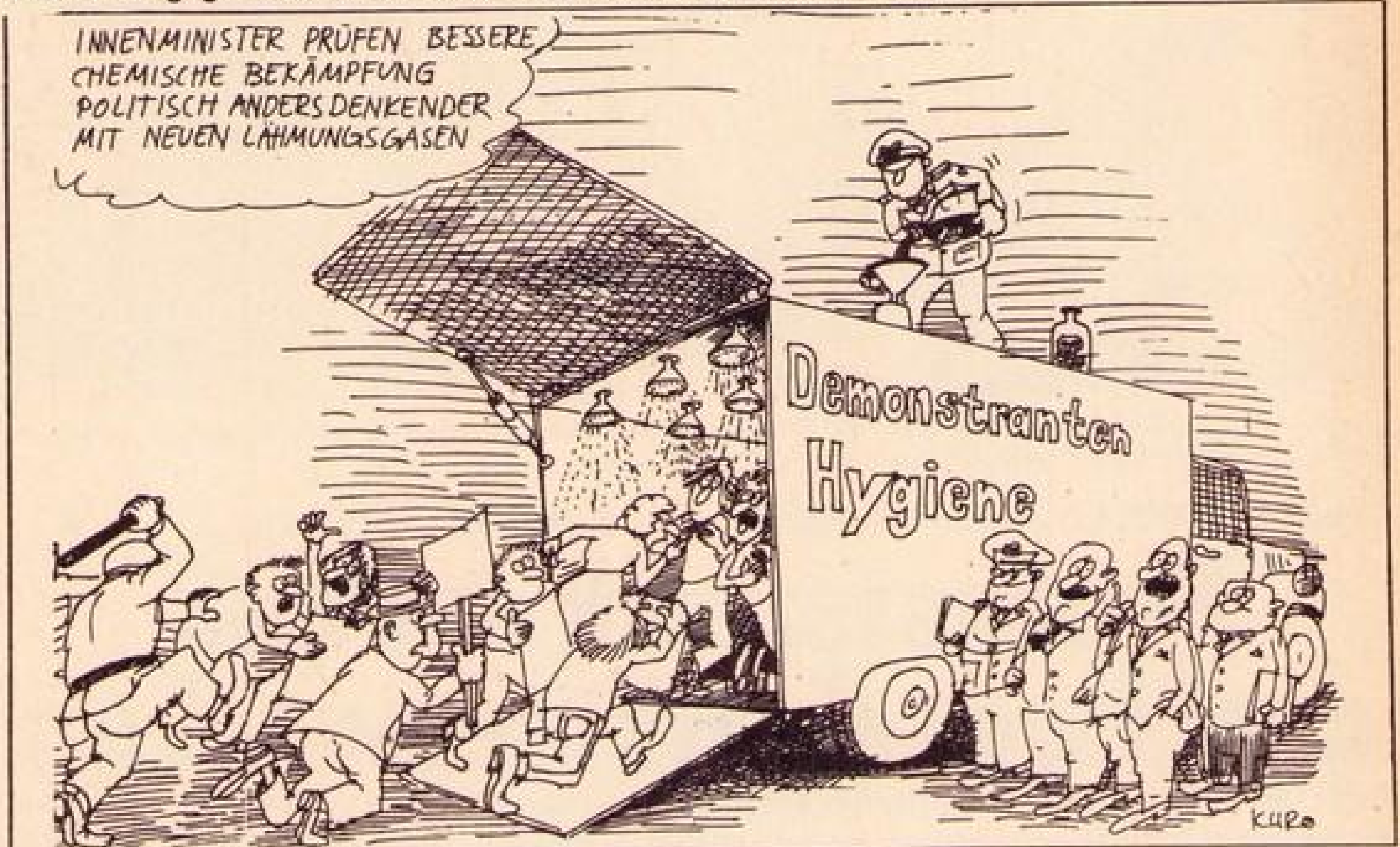
Der Propagandaapparat der Union, der direkt parteieigene Apparat, ein Computerzentrum mit einem Jahresetat von 30 Millionen Mark, ist leistungsfähig. Darauf sind die CDU-Führer stolz. So stolz, daß der Referent von Generalsekretär Geißler sagt: „Das einzige, was wir noch nicht können, ist der direkte Zugriff auf die Nachrichtensendungen des Fernsehens!" („Stern" 8/83)

Noch nicht, noch nicht (ganz) direkt ... Immerhin: Das ZDF ist doch fast schon ein Propagandasender der Union. Die schon vor dem Regierungswechsel deutliche Mehrheit von Unionsleuten in den Aufsichtsgremien wurde noch erhöht. Und bei der ARD, die im Mittelpunkt der Anwürfe von Unionspolitikern steht, werden sechs der neuen Sendeanstalten von Mitgliedern oder engen Sympathisanten der Union als Intendanten geleitet.

Der weitestmögliche Einsatz der Medien zur Propagierung seiner Politik, die Ausschaltung der Kritiker in den Medien — das gehört auch zu den Mitteln, mit denen die Unionsparteien die von Kohl beschworene „Mobilisierung der geistig-moralischen Kraft" bewerkstelligen will. Und wo die Rechtsparteien gerade so optimistischer Stimmung sind, da ist das Versprechen, die „spontane Reaktion des Bürgers Carstens, doch nur zu verständlich. Oder?

Prozeß gegen „Deutsche Volkszeitung"

In der „Deutschen Volkszeitung" (DVZ) erschien am 2. Juni 1981 eine „Karikatur beleidigenden Inhalts" — so jedenfalls befand der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt Fälker. Und strengte einen Prozeß an gegen den Chefredakteur der Zeitung, Helmut Busch.



Bei der verfolgten Karikatur handelt es sich um die hier abgebildete Zeichnung Walter Kurowskis. Den Antrag zur Klage hatten die Innenminister aller Bundesländer außer Bayern und Nordrhein-Westfalen gestellt. Daß Tandler nicht dabei ist, verwundert deshalb, weil der Anlaß für die Zeichnung ein Vorgang in Bayern war — die von ihm in Dachau inszenierte Erprobung des CS-Giftgases nämlich. Dieses Demonstration des Polizeistaates auf ehemaligem KZ-Gelände war damals auf bundesweiten Protest gestoßen. Vielleicht schien Tandler die Zeichnung selbst so berechtigt, wie sie es in der Tat ist.

Der Prozeß mußte in der vergangenen Woche verschoben werden, weil bestimmte Unterlagen nicht rechtzeitig eingegangen waren. In der DVZ vom 17.2. äußert sich Helmut Bausch zu dem Prozeß unter anderem so:

„Genaugenommen handelt es sich nicht um eine Karikatur, sondern um eine Zeichnung. Sie ist ohne Spur von Humor, noch nicht einmal des schwarzen. Sie ist bitter und transportiert eine Mahnung. Sie will jene warnen, die — unter dem Vorwand der Gewährleistung innerer Sicherheit — in unserem Land wieder mit Gas hantieren. Sie besagt: Die Spuren schrecken. Beim Umgang mit Giftgas im Lande der Erfinder des Zyklon B und jener Gaswagen, deren Konstrukteur, der Massenmörder Obersturmbannführer Rauff, heute unangefochten im Exil bei General Pinochet lebt, mahnt sie, sollten die Innenminister vorsichtig sein. Und dies auch deshalb, weil die Herren oft von sich selbst mit großer Ergriffenheit meinen, in der Nachfolge eines niemals untergegangenen Deutschen Reiches zu stehen."

Wir solidarisieren uns in dieser Sache mit Helmut Bausch. Er muß freigesprochen werden!

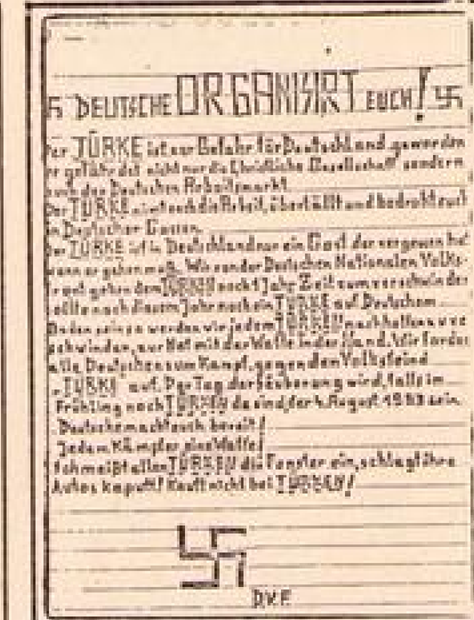


Am 6. März: Keine Stimme der schwarzen Reaktion! Wählt KPD oder BWK, kämpft gemeinsam mit uns gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates, gegen Reaktion und Faschismus!

Braune Front droht mit Mord an Türken

Mit Mordparolen gegen Türken trat Ende Januar/Anfang Februar eine faschistische Gruppe mit dem Namen „Deutsche Nationale Volksfront" (DVF) an die Öffentlichkeit.

Vornehmlich in Duisburg-Rheinhausen kursieren die Flugblätter der Nazis (siehe Faksimile auf dieser Seite). Einigen türkischen Mitbürgern wurden sie gezielt zugestellt. So auch dem Arbeiterverein DIDF. Die DIDF setzte sich daraufhin mit der Rheinhauser Friedensinitiative in Verbindung, Strafanzeige wurde erstattet. Die Friedensinitiatve wandte sich an die Duisburger Politiker mit der Aufforderung, Maßnahmen gegen die Nazi-Umtriebe zu ergreifen.


DEUTSCHE ORGANISIERT EUCH!

DVF

Die Unionsregierung hat

Freunde in aller Welt

...und was für welche!

Nicht nur in der Bundesrepublik jubelt die politische Rechte über die Regierungsübernahme der Unionsparteien. Die neue Regierung hat Freunde überall in der Welt. Daß Ronald Reagan dazugehört, weiß man. Dazu gehört aber beispielsweise auch das Rassistenregime Südafrikas, das sich jüngst erfreut über die Verbesserung in der Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Geheimdiensten äußerte.

Die „Pretoria News" schrieb am 28. Januar:

„Quellen, die nicht genannt werden können, weisen darauf hin, daß eine ‚Säuberung' des Bundesnachrichtendienstes (BND) die Enttarnung von Sowjet-Spionen in einigen Ländern, darunter Südafrika, ermöglicht habe. Die Machtübernahme von Kanzler Kohl vor einigen Monaten führte auch zu einer Reorganisation des BND. Sie war eine der ersten Aufgaben für Innenminister Zimmermann.

Zu Zeiten der Kanzlerschaft Willy Brandts waren einige Positionen — sowohl in der Spitze wie auch in den unteren Rängen — des Geheimdienstes mit engen Vertrauten des Kanzlers besetzt worden.

Die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem südafrikanischen Geheimdienst und den deutschen Diensten erlitt einen Rückschlag.

Nach der Machtübernahme durch Kanzler Kohl sind einige Geheimdienstleute aus dem sozialistischen ‚Orden' abgelöst und durch Vertreter der alten Garde ersetzt worden. Sie dienten teilweise noch unter Reinhard Gehlen, jenem Mann, der den BND aufgebaut hat.

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika in Sachen Geheimdienste blühte wieder auf.

In den letzten Jahren haben Südafrika und Deutschland, wie berichtet, eng auf diesem Gebiet zusammengearbeitet."


Pretoria News

US denies existence of Simonstown contingency plans

German tip-off 'led to navy spy capture'

Nazis überfallen türkischen Antifaschisten

KIEL. — Faschisten der NPD haben in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar in Kiel-Gaarden einen türkischen Antifaschisten überfallen, verfolgt und beschossen.

Seit etwa zwei Monaten haben sich die Nazis von der NPD im Kirchweg 20 eingenistet. Das wußte der türkische Antifaschist N. nicht, der in der genannten Nacht ein Plakat der Faschisten entfernen wollte, über das er sich völlig zu Recht empört hatte, weil es ausländerfeindliche Losungen enthielt. Die deutschen Behörden unternehmen ja nichts gegen diese Volksverhetzung.

Die Nazis beobachteten N., zwei stürmten auf ihn zu, einer von ihnen nahm die Verfolgung auf. Da N. herzkrank ist, mußte er eine Pause einlegen und wurde eingeholt. Der NPDler setzte ihm eine Pistole an den Kopf und ging schließlich in eine Telefonzelle, um zu telefonieren. Da löste sich ein Schuß, N. wurde aber nicht getroffen. Glücklicherweise kam in diesem Moment ein Freund vorbei, in dessen Wagen sich N. flüchten konnte. Beim Wegfahren wurde das Auto noch beschossen. Ob es sich bei der Waffe des Faschisten um eine Pistole mit scharfer Munition oder um eine Gaspistole handelte, vermochte N. nicht sicher zu erinnern. Inzwischen wurde Anzeige gegen die Nazis erstattet.

Die Kieler Antifaschisten informierten mit Flugblättern über diesen Fall. In einer Veröffentlichung der *Volksfront* wird gefordert:

Sofortige Bestrafung der Attentäter auf N.!

Verbot der NPD und aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen in der BRD!

Bestrafung jeder faschistischen, rassistischen und kriegshetzerischen Propaganda!

Gemeinsam gegen Reaktion und Faschismus!

Revanchismus an Schulen

Was der Innenminister über die „deutsche Frage" denkt, konnte man bereits im „Roten Morgen" lesen: Er hält sie für „offen", und das heißt bei ihm, die Grenzen nicht nur zur DDR, sondern auch zu Polen und zur Tschechoslowakei in Frage zu stellen und gleichtönend wie die Revanchistenverbände auf die DDR als Ganzes und auf große Teile der beiden anderen Staaten Gebietsansprüche anzumelden. Diese Ansprüche wollten führende CDU/CSU-Leute schon immer „in der Politik ganz deutlich machen", und jetzt haben sie ja die Regierung in der Hand. Man kann also darauf warten, welche Maßnahmen sie zur Erreichung dieses Zieles ergreifen werden.

In Bayern, wo Zimmermanns Partei zu Hause ist, fängt man früh an: bei den Schülern. Da hat das Kultusministerium wieder mal einen **Schülerwettbewerb** ausgeschrieben. Zu welchem Thema? Nun, zu diesem: **„Die deutschen Ostgebiete und Polen"**. So ein Zufall. Schüler der 9. Klassen der Hauptschulen und der 10. Klassen der anderen Schularten sind in der Zeit vom 7. Februar bis zum 11. März aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Was die Politiker hören wollen, haben sie deutlich gemacht. Die Lehrer werden angehalten sein, in diesem Sinne zu unterrichten. Was dabei herauskommt, wird sich zeigen.

Unsere Leser in Bayern bitten wir, uns nach Möglichkeit etwas über den Verlauf dieses Wettbewerbs mitzuteilen.

Wer nicht kuscht, wird ausgewiesen

Am 1. März will Innenminister Zimmermann den Bericht der Bund-Länder-Kommission „Ausländerpolitik" vorlegen, der „Empfehlungen" für die zukünftige Ausländerpolitik der bundesregierung enthält. Vier Unterausschüsse haben die politische Linie bereits abgesteckt — ganz im Sinne der schwarzen Reaktion. Einzelheiten drangen bereits an die Öffentlichkeit. Die „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte am 18. Februar eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Ausschusses 4, der sich besonders mit den Problemen (bzw. der erwünschten Vereinfachung) der Abschiebung unliebsamer Ausländer sowie mit Verhaltensmaßregelungen und Bedrohungen gegen Ausländer in der Bundesrepublik befaßte. Wie nicht anders zu erwarten war, will man die Rechte der Ausländer noch weiter beschneiden, ihre politische Betätigung weitgehend unterbinden und Menschen, die auch nur das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, ausweisen lassen, wenn diese Meinung den Herrschenden nicht paßt. Aber auch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sogar minderjährige Kinder sollen zur Ausreise gezwungen werden. Aus einzelnen Formulierungen spricht der ganze Zynismus, mit dem die Regierungen in Bund und Ländern ihre menschenfeindliche Ausländerpolitik betreiben.

Wir drucken im folgenden zur Information unserer Leser die Zusammenfassung aus der FR im Wortlaut ab. In folgenden Nummern des RM werden wir noch ausführlicher auf dieses Problem eingehen.

Die wesentlichsten Empfehlungen, gegen die die SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen einen allgemeinen Vorbehalt angemeldet haben, sind:

1. Grundsätzlich haben Ausländer bisher das Recht auf politische Betätigung. Nach eigenem Ermessen konnten die Ausländerbehörden in diese Rechte eingreifen. Die einmütige Empfehlung des Zimmermann-Ausschusses: „Es wird empfohlen, das Verbot politischer Betätigung von Ausländern im Einzelfall zu erleichtern."

2. Bisher reichte auch eine als „extremistisch" eingestufte politische Betätigung nicht aus, um einen Ausländer auszuweisen. Das soll geändert werden. Für Ausländer soll es nach den Empfehlungen eine „Ist-Ausweisung", eine „Regelausweisung" und eine „Kann-Ausweisung" geben. Kraft Gesetzes sei die Ausweisung sofort zu vollziehen, wenn

• die Sicherheit oder die Grundordnung der Bundesrepublik gefährdet ist,

• eine Betätigung in verbotenen Vereinigungen stattfindet,

• „politisch motiviert" Gewalt angewendet wird,

• wiederholt gegen das Verbot politischer Betätigung verstoßen wird.

Dieser Empfehlung für eine gesetzliche „Regel-Ausweisung" stimmten der Bund, die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, der Deutsche Städtetag und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zu. Die Länder Berlin und Bayern möchten noch einen Schritt weiter gehen: Sofort auszuweisen sei danach ein Ausländer, der sich in extremistischen Vereinigungen betätigt und der „politisch motiviert" Gewalt androht („also noch nicht anwendet").

Unter die „Kann-Ausweisung" sollen so dehnbare Begriffe fallen wie: „unerlaubte politische Betätigung", politisch motivierte Androhung von Gewalt und „sonstige politisch motivierte Verstöße gegen die Rechtsordnung".

3. Unterhalb der politischen Betätigung, die zum Ausweisungsgrund werden muß oder kann, schlägt der Ausschuß 4 eine Fülle von weiteren „Ausweisungstatbeständen" vor. Zum Beispiel wollen die Länder Bayern, Baden-Württemberg, der Städtetag und die Bundesregierungen in das geltende Recht einen allgemeinen Ausweisungstatbestand „erheblicher oder beharrlicher Verstoß gegen die Rechtsordnung" einführen, obwohl selbst der Ausschuß diesen Gummiparagrafen als eine „wenig praktikable Generalklausel" eingestuft hat. Bettelei (Bayern, Baden-Württemberg) soll ebenso zum Ausweisungsregister zählen wie die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit.

Straffällig gewordenen Ausländern droht nach den Empfehlungen, „daß spätestens nach einer rechtskräftigen Verurteilung unverzüglich über die Ausweisung zu entscheiden ist". Die „Ist-Ausweisung" (zu verstehen als ein Muß) soll bei Schmuggel, Drogenhandel und höheren Freiheitsstrafen erfolgen. In dem Ausschuß wurde mehrheitlich auch erwogen, straffällig gewordene Ausländer schon vor einer rechtskräftigen Verurteilung auszuweisen oder abzuschieben, zumindest vor dem Eintritt der Rechtskraft (Bayern, Städtetag, Niedersachsen, Berlin, Bundesregierung — ohne Justizministerium).

4. Ausländern, die die Sozial- oder Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen, steht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls eine Ausweisung bevor. Insbesondere betroffen sind nach den Vorschlägen des Zimmermann-Ausschusses Ausländer „ohne verfestigten Aufenthaltsstatus". Diese Gruppe soll beispielsweise nach einem Jahr Arbeitslosenhilfe ausgewiesen werden (Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Städtetag und Bund — außer Arbeitsministerium). Die Mehrheit des Ausschusses sah auch keinen Datenmißbrauch in der Empfehlung, die „Leistungsträger" (von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zum Beispiel) gesetzlich zu verpflichten, die Ausländerbehörde sofort zu unterrichten.

5. Ausländische Eltern sollen gesetzlich verpflichtet werden, ihre minderjährigen Kinder in das Ausland zurückzubringen, „wenn diese sich unerlaubt im Bundesgebiet aufhalten". Da der Bundesinnenminister entschlossen ist, das Nachzugsalter auf unter sechs Jahre festzulegen, wären Eltern in der Praxis verpflichtet, ihre nachgereisten sieben- oder achtjährigen Kinder selbst zurückzubringen.

Diese Lösung findet der Ausschuß besonders elegant:

„Deutsche Behörden sind nicht gezwungen, Eltern und Kinder gewaltsam zu trennen.

• Entalstung der Ausländerbehörden durch Wegfall der im Einzelfall zu erlassenden entsprechenden Auflagen.

• Das Aufenthaltsrecht der Eltern wird zunächst nicht in Frage gestellt.

• Die Nichterfüllung der Pflicht, die Kinder in die Heimat zu begleiten, ist ein leicht nachweisbarer Ausweisungsgrund."

Willkür in türkischen Konsulaten

WESTBERLIN — Die Schüler der 1. Staatlichen Fachschule für Erzieher in Westberlin wehren sich gegen die drohende Verhaftung und Abschiebung ihrer türkischen Mitschülerin Berrin Demirel. Unter anderem führten sie vom 6. bis zum 11. Februar rund um die Uhr eine Mahnwache vor der Gedächtniskirche durch und informierten über den Fall.

Ein türkischer Genosse der KJD sprach mit den Schülern. Berrin Demirel kam vor zwei Jahren nach Westberlin. Sie erhielt eine Aufenthaltsgenehmigung für 18 Monate, bewarb sich an der genannten Fachschule, konnte dort aber erst im August 1982 anfangen. Ihre beabsichtigte Ausweisung wird nun damit begründet, sie habe die gesetzte Frist zur Vorbereitung auf eine Ausbildung überschritten! In zwei Instanzen haben Verwaltungsgerichte Beschwerden dagegen zurückgewiesen. Zur Zeit liegt noch eine Eingabe beim Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses vor. Ein Sprecher des Innensenator betonte allerdings bereits, „aus Gründen der Rechtssicherheit" müsse die Behörde auf dem Ausweisungsbeschluß beharren.

So soll Berrin Demirel abgeschoben und damit auch von ihrer Familie, die seit zehn Jahren in Westberlin wohnt, losgerissen werden, obwohl sie sich in der Ausbildung befindet und obwohl in Westberlin ganz dringend türkische Erzieher gebraucht werden. Die Schülervertretung der Fachschule bezeichnete auch aus diesem Grunde eine eventuelle Ausweisung als „katastrophal", sie haben auch die Unterstützung von Lehrern und Schulleitung.

Berrin Demirel darf nicht abgeschoben werden!

Landtagswahl Schleswig-Holstein
Kiel, Lübeck, Neumünster: Links wählen!

Wir setzen hier die im letzten „Roten Morgen" begonnene Vorstellung der Linken Liste Schleswig-Holstein, die zu den Landtagswahlen am 13. März mit Direktkandidaten in Lübeck, Kiel und Neumünster antritt, fort. Abschließend stellen wir noch die restlichen Forderungen des Wahlprogramms vor, um unseren Lesern ein Bild davon zu vermitteln, was in Schleswig-Holstein in der Diskussion und Zusammenarbeit solcher Organisationen wie KPD, Demokratische Sozialisten, MLPD, den verschiedensten Initiativen und Einzelpersonen zur Grundlage gemeinsamen Handelns gemacht werden konnte.

Die Kandidaten der Liste sind vor allem Arbeiter. Deshalb, und weil linke Politik ja grundsätzlich Arbeiterpolitik sein muß, interessiert besonders die Frage, wie der „Wahlkampf" im Betrieb geführt wird.

Wie die Genossen schilderten, versuchen sie die Kandidatur der Linken Liste, ihr persönliches Eintreten dafür — zum Beispiel auf HDW, wo Karl Johannsen arbeitet — auszunutzen, um bei Kollegen, in der Gewerkschaft die Diskussion um ein eigenständiges Auftreten der Arbeiter, voranzubringen, die Frage der Sozialpartnerschaft zu klären, es nicht dabei bewenden zu lassen, einfach der in der Gewerkschaft vorherrschenden Empfehlung zu folgen, das Kreuz „an der richtigen Stelle" — bei der SPD — zu machen und des dabei bewenden zu lassen, den Gedanken einer klassenkämpferischen Politik durchzusetzen. Wir sehen nicht unser Hauptanliegen darin, möglichst viele Stimmen zu ergattern. Ich würde mich natürlich freuen, wenn wir jetzt fünf Prozent hätten, dann würden uns Leute zuströmen schon aufgrund dieser Prozentzahl, aber das ist für uns nicht das allerwichtigste, unsere Sache zielt über die Wahl hinaus, sagt Karl Johannsen. Und fährt fort: „Es gibt eine ganze Reihe von Kollegen, die dadurch, daß linke Gewerkschafter bewußt kandidieren mit diesen Positionen, mit uns in die Diskussion kommen, wir einen Denkprozeß voranbringen können, daß die sich vielleicht auch den Stoß geben, da mitzumachen und sich nicht mehr so sehr von der SPD-Politik, die ja hauptsächlich gemacht wird in den Gewerkschaften, einbinden zu lassen oder auch niederschlagen lassen (daß sie sagen, naja gut, aber da kann man nichts machen)."

Es gäbe noch viel zu sagen, der Platz reicht nicht dafür. Die Linke Liste ist jedenfalls im Gespräch auch außerhalb bestimmter Betriebe, auch über die drei Städte ihrer Kandidatur hinaus bei Initiativen usw. Arbeitslose machen mit. Eine ganze Reihe Frauen, die aktiv die Arbeit mitgestalten und das Programm mitschrieben, in Lübeck besonders sind weitere Treffen zwischen der Linken Liste und Frauengruppen geplant.

Bleibt nur, den Genossinnen und Genossen für die Wahl und ihre weitere Arbeit viel Erfolg zu wünschen.

Forderungen der Linken Liste

4. Gegen den Abbau der demokratischen Rechte

- Schluß mit den Berufsverboten
- Keine Einschränkung des Demonstrationsrechtes und des Rechts auf freie Meinungsäußerung
- Keine Aufrüstung der Polizei mit CS-Gas

Gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschismus

- Wegmit dem Ausländergesetz
- Gleiche soziale und politische Rechte für Deutsche und Ausländer
- Automatische Einbürgerung bei Beibehaltung der Staatsangehörigkeit des Heimatlandes
- Verbot aller faschistischen Organisationen und Bestrafung jeder faschistischen, rassistischen und kriegshetzerischen Propaganda
- Allgemeine und umfassende Aufklärung über den Faschismus und die Bedingungen und Strukturen, die ihm zugrunde liegen

Gegen Einschränkung des Asylrechts

- Rasche Anerkennung der politischen Flüchtlinge, die um Asyl ersuchen
- Auflösung der Sammellage und Abschaffung der Zwangsarbeit

5. Kampf der wachsenden Kriegsgefahr

- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD
- Für ein atomwaffenfreies Europa
- Für das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen
- Abbau der Rüstungsproduktion in Kiel und Ausbau der zivilen Fertigung
- Keine Stationierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen in Schleswig-Holstein
- Weg mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß
- Austritt der BRD aus der NATO

Wir wenden uns dagegen, daß
a) die Bundeswehr die Möglichkeit erhält, durch Jugendoffiziere bzw. bildungspolitische Maßnahmen in den Schulbereich vorzudringen.
b) Das Gesundheitswesen durch Vorbereitung auf den Tag X militarisiert wird

c) Das neue Gesetz über die Wehrdienstverweigerung angewandt wird.

6. Frauen

Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß

- Abschaffung der Unterteilung in Männer- und Frauenberufe
- Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen
- Wiedereingliederung der Frau in den Beruf durch öffentliche Förderung
- Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit, d.h. Schluß mit der Minderbewertung von Berufen, die vorrangig von Frauen ausgeübt werden, wie Verkäuferin, Frisörin usw.
- Weg mit den Leichtlohngruppen
- Integrierte Gesamtschulen als Regelschule und Ganztagsunterricht
- Schaffung von ausreichenden Kinderkrippen und bevorzugte Finanzierung von Babygruppen und ähnlichen Initiativen
- Staatliche Rentenbeitragszahlung während der Ausfallzeiten, die durch Kinderbetreuuung und Haushalt entstehen
- Völlige Veränderung der derzeit gültigen § 177 und 178, die z.Zt. die Mitschuld der Frauen an Vergewaltigungen, sexueller Nötigung festlegen. Außerdem ist die Einbeziehung der ehelichen Vergewaltigung in das Strafrecht notwendig
- Weg mit dem § 218, bedingungslose Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen
- Schaffung von selbstverwalteten Frauenhäusern, Notrufgruppen, Frauengesundheitszentren und bedingungslose Finanzierung von entsprechenden Einrichtungen
- Einrichtung von Frauen-Treffs für ausländische Frauen, deren besonders schwierige Lage in der Bundesrepublik die Aufhebung ihrer Isolation erfordert und ihnen besondere Hilfestellung anbietet
- Keine Frauen in die Bundeswehr

7. Jugend

- Für mehr Lehrstellen in der Großindustrie
- Für Übernahme aller Azubis entsprechend ihrer Ausbildung
- Erweiterung des Berufsbildungsjahrs auf eine vollwertige Berufsausbildung, finanziert durch gesetzliche Lehrstellenabgaben der Unternehmer
- Gegen die Aushöhlung und für die Erweiterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
- Für jeden arbeitslosen Jugendlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit
- Erweiterung der Jugendvertretung auch für über 18jährige und Stimmrecht der Jugendvertreter im Betriebsrat
- Integrierte Gesamtschule als Regelschule
- Gegen Zensuren- und Leistungsdruck, für partnerschaftliche Erziehung

8. Umweltschutz und Energie

- Einführung und Ausbau von wirksamen Umweltschutzmaßnahmen
- Volle Haftung der Unternehmen für die von ihnen verursachten Umweltschäden
- Weg mit dem Bonner Atomprogramm
- Baustopp in Brokdorf
- Stillegung der Kraftwerke in Brunsbüttel und Krümmel
- Volle Nutzung der Abwärme, die in den herkömmlichen Kraftwerken bei der Stromerzeugung entsteht
- Ausbau des Fernwärmenetzes
- Neubau von Heizkraftwerken nach dem neuesten Stand der Technik
- Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen in bestehenden Kohlekraftwerken
- Förderung von Alternativen im Energiebereich

Abdallah Frangi
Die Palästinensische Befre

Seit dem 14. Februar tagt in Algier der Kongreß des Palästinensischen Nationalrats. Der Nationalrat ist praktisch das demokratisch gewählte und vom ganzen, in vielen verschiedenen Staaten lebenden palästinensischen Volk, legitimierte Parlament.

In Algier debattieren und beschließen die Delegierten über die zukünftige Politik der PLO, über den Kampf und die Ziele des Volkes. Bei Redaktionsschluß lagen noch keine Ergebnisse aus Algier vor, wir werden aber sicher in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen" noch ausführlich über den Kongreß berichten.

Wir stellen heute aber in einem ausführlichen Beitrag die Struktur, den Aufbau und die inneren Mechanismen der PLO dar.

Der Beitrag stammt aus einem neuen Buch, das sich in ungewöhnlich guter, ausführlicher Weise mit der Geschichte und den Perspektiven des Kampfes des palästinensischen Volkes befaßt.

Dieses Buch beginnt mit einer historischen Darstellung der Geschichte des palästinensischen Volkes, stellt ausführlich die imperialistische Einmischung in Palästina, die Gründung Israels dar und beschreibt und wertet die Kämpfe der Palästinenser in verschiedenen Phasen. Die Frage, legitimer Widerstand oder Terror wird gestellt, zu den Flugzeugentführungen, den Vorgängen in München 1972 ebenso Stellung genommen, wie zu den Kämpfen in Beirut im vergangenen Sommer und Herbst.

Dazu vermittelt es sehr viele und ausführliche Informationen über das Leben und die Politik der Palästinenser in ihrem eigenen Land und im Exil. Wir empfehlen dieses Buch den interessierten Lesern, und die beste Werbung dafür ist eine Leseprobe.

Mit Genehmigung des Autors drucken wir ein Kapitel ab.

DER AUTOR



Abdallah Frangi, geboren 1943 in Bersheba, Palästina.

Studium der Medizin und Politik in Frankfurt, Algier und Kairo. Mitbegründer der General-Union Palästinensischer Studenten und der General-Union Palästinensischer Arbeiter in Europa. Von 1968 bis 1970 Vorsitzender der Konföderation Palästinensischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Seit 1970 PLO-Vertreter bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn. Mitglied des Revolutionsrates von al-Fatah. Seit 1972 Mitglied des Palästinensischen Nationalrates. Seit Anfang Juli 1982 ständiger PLO-Vertreter in Wien und bei der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO).

DAS BUCH

Abdallah Frangi: PLO und Palästina, Vergangenheit und Gegenwart, R.G. Fischer Verlag, Frankfurt, ISBN 3-88323-350-1, 312 Seiten, DM 39,80.



Wir glauben, daß der Zweck des Buches erfüllt wird, von dem der Autor im Vorwort schreibt: *„Ich hoffe, daß dieses Buch beitragen wird, zu einem besseren Verständnis der Geschichte und der Anliegen des palästinensischen Volkes. Und ich hoffe, daß ein dauerhafter und gerechter Friede in diesem Teil der Welt einziehen wird. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist dieses Buch geschrieben worden.*

Abdallah Frangi."

Die übergroße Mehrzahl der Länder der Welt setzt sich heute für die Verwirklichung der legitimen nationalen Rechte der Palästinenser ein. Und diese Staaten erkennen die PLO als die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an. Daß die PLO einen solchen Status erreicht hat, kommt nicht von ungefähr. In der westlichen Welt wird die PLO zumeist reduziert auf die Existenz der Widerstandsorganisationen, häufig immer noch unter nur militärischem oder politischem Aspekt betrachtet.

Schlechthin unbekannt oder zumindest unbeachtet ist, daß erst die demokratische Legitimation der PLO, die Wahrnehmung der sozialen, medizinischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Interessen des palästinensischen Volkes, die Vertretung der politischen und wirtschaftlichen Aspirationen der palästinensischen Gesellschaft insgesamt durch die Institutionen der PLO diese weltweite Anerkennung ermöglicht hat. Die PLO ist keine Organisation im eigentlichen Sinne. Sie stellt die Struktur des palästinensischen Staates dar; um den palästinensischen Staat zur proklamieren, ist die Beendigung der Besetzung durch Israel notwendig.

Die oberste und verfassungsmäßig höchste Instanz der PLO ist der Palästinensische Nationalrat, der heute 301 Mitglieder zählt. Das palästinensische Volk ist auf breiter Basis in diesem Nationalrat vertreten.

Es gibt acht palästinensische Widerstandsorganisationen, die in Wirklichkeit nichts anderes darstellen als acht politische Parteien. Diese politischen Parteien sind alle nach demokratischen Prinzipien aufgebaut. Sie führen jeweils eine Generalversammlung durch, zu der von den jeweiligen Verbänden Delegierte entsandt werden. Auf dieser Deligiertenversammlung wird dann der Zentralrat oder das Zentralkomitee jeder Organisation gewählt. Dieses Gremium seinerseits wählt dann wiederum das Politische Büro oder das Exekutivkomitee. Dies bedeutet, daß alle Vertreter dieser Organisationen im Nationalrat ein demokratisch legitimiertes Mandat haben. Die bei weitem größte dieser Parteien ist die al-Fatah. Über einen nicht unbedeutenden Einfluß verfügen auch die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Front (FDLP). Zu den anderen fünf Parteien gehörden die al-Saiqa, die Arabische Befreiungsfront (ALF), die Volksfront-Generalkommando (PFLP-GC), die Palästinensische Befreiungsfront (PLF) und die Palästinensische Volkskampffront (PPSF).

Trotz aller blutigen Konfrontationen, trotz des Exils und der politischen Differenzen unter den Organisationen ist es der PLO gelungen, eine Struktur zu schaffen, die stärker und einheitlicher ist als mancher Staat mit Land und Flagge. Und die Palästinenser in aller Welt, ob in den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik oder anderswo, stehen heute loyal zur PLO. Auch die Bindungen der palästinensischen Bevölkerung an Palästina in den 1948 wie auch in den 1967 von Israel besetzten Gebieten sind heute größer denn je. Davon zeugen nicht zuletzt die großen Demonstrationen am „Tag des Bodens". Der „Tag des Bodens" wird seit dem 30. März 1976 in jedem Jahr von den Palästinensern in Israel begangen. Dieser Gedenktag ist entstanden aus Protest gegen die Enteignungen arabischen Bodens, die auch vor jenen Palästinensern nicht halt machen, die offiziell die israelische Staatsbürgerschaft besitzen.

Die breite Identifikation des palästinensischen Volkes mit der PLO ermöglichte ihr, sich in den Gewerkschafts- und Berufsverbänden ein sehr wichtiges zweites Standbein zu verschaffen. Die Ältesten dieser Organisationen sind die Generalunion Palästinensischer Studenten und die Generalunion Palästinensischer Arbeiter, die beide — unter anderem Namen — schon in den 50er Jahren gegründet wurden. Sie waren maßgeblich an der Herausbildung des palästinensischen Widerstandes beteiligt. Aus ihren Reihen stammen viele der heutigen Führungskräfte der PLO. Vor allem auf Initiative von al-Fatah bildeten sich in den 60er und 70er Jahren auch andere Verbände heraus. Heute gibt es ihrer insgesamt zehn. Eine sehr wichtige und bedeutende Aufgabe — gerade in einer arabischen Gesellschaft — kam der Generalunion Palästinensicher Frauen zu, deren Vorläufer bis in die Zeit des britischen Mandats zurückreichen. Über eigene Organisationen verfügen heute auch die palästinensischen Künstler, die Schriftsteller und Journalisten, die Lehrer, die Rechtsanwälte und die Ingenieure. Sie alle sind auch in arabischen und internationalen Gremien und Institutionen vertreten. Marwan Abdel Hamid, Vorsitzender der Union Palästinensicher Ingenieure, wurde für den Zeitraum von 1981 bis 1985 in das Exekutivkomitee der World Federation of Engineers gewählt. Die soziale und politische Bedeutung dieser Verbände kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Palästinensische Ärzteverband beispielsweise stellt nach Ägypten, das indes zehnmal soviel Einwohner zählt, als es Palästinenser gibt, den zweitstärksten Ärzteverband im arabischen Raum.

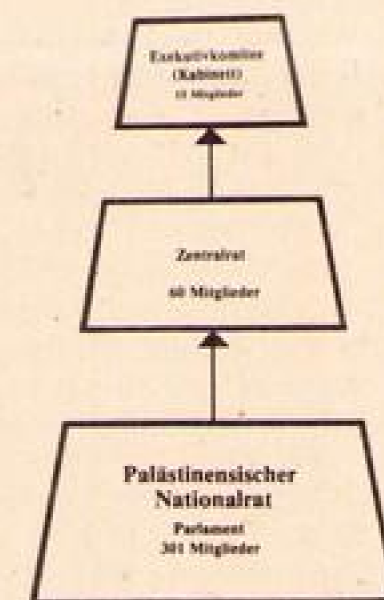
Die palästinensischen Ingenieure haben in der gesamten arabischen Welt Unentbehrliches zum Aufbau der arabischen Wirtschaft und Industrie geleistet und sind auch heute noch in vielen arabischen Ländern an verantwortlicher Stelle tätig. Viele der heutigen Führungskräfte in der Palästinensischen Revolution waren in früheren Jahren von Beruf Lehrer. Heute ist der Palästinensische Lehrerverband mit rund 80000 Mitgliedern eine der größten Organisationen in der PLO.

Alle diese Organisationen haben überall dort, wo Palästinenser in nennenswerter Anzahl leben, Landesverbände aufgebaut. Die Landesverbände wählen ihre Leitungen entsprechend ihren Statuten. Diese wiederum bilden die zentrale Konferenz des Verbandes. Diese Konferenz wählt den Zentralrat oder die Führung der Gewerkschaft, die dann selbst wieder im Palästinensischen Nationalrat, je nach Anzahl der Mitglieder, die Organisation repräsentiert. Auch hier wiederum gilt, daß diese zehn Organisationen alle in demokratischen Verfahren ihre Vertreter im Nationalrat wählen.



Nun gibt es ja, wie in jedem Land, einen großen Teil der Bevölkerung, der nicht Mitglied politischer Parteien oder Gewerkschaften ist. Das ist nichts Außergewöhnliches. Doch auch diese Palästinenser haben ihre Repräsentanten im Nationalrat.

Auf der vorbereitenden Sitzung des Nationalrates wird jeweils ein Komitee gewählt. Dieses Komitee bereist alle Länder, in denen Palästinenser leben. Im jeweiligen Land nominiert es Persönlichkeiten, die eine besondere Stellung in ihrer Gemeinde haben. Über diese Personen wird auf der Sitzung des Nationalrates abgestimmt. Diejenigen, die die Wahl gewinnen, werden Mitglieder im Nationalrat. Dadurch ist auch dieser Teil des palästinensischen Volkes im Nationalrat vertreten.



Ein weiteres Problem stellt die Vertretung jener Palästinenser dar, die unter israelischer Besatzung leben müssen. Die israelische Besatzungsmacht verwehrt jedem, der an einer Sitzung des Nationalrates teilnimmt, die Rückkehr nach Palästina. 50 leere Sitze sind im Nationalrat für die Bevölkerung der besetzten Gebiete reserviert. In den besetzten Gebieten selbst hat die Bevölkerung ihre Bürgermeister und Stadträte zuletzt im Jahr 1976 wählen können. Es gab damals einen überwältigenden Sieg für die Anhänger und Kandidaten der PLO. Mit diesen unterhält das Exekutivkomitee der PLO über ein eigens hierfür eingerichtetes Ressort die Verbindungen mit den besetzten Gebieten aufrecht.

Man darf wohl mit Recht resümieren, daß der Palästinensische Nationalrat als das repräsentative Parlament des Palästinensischen Volkes betrachtet wird. Die Aufnahme dieses Parlaments in die Interparlamentarische Union im Jahre 1974 mag hierfür ein weiterer Beleg sein. Diese bedeutsame politische Aufwertung der PLO ist untrennbar verbunden mit dem Wirken eines ihrer brillantesten und international bekanntesten Diplomaten und Politiker, Khaled al Hassan.

Der Palästinensische Nationalrat wählt seine „Regierung", das Exekutivkomitee, dem 15 Mitglieder angehören. Seit dem letzten Nationalrat (April 1981) wird auch der Vorsitzende der PLO vom Nationalrat gewählt. Einstimmig votierte der letzte Nationalrat für Yassir Arafat.

Das Exekutivkomitee übernimmt alle Verantwortlichkeiten der PLO im Einvernehmen mit den Richtlinien und Beschlüssen, die vom Nationalrat verabschiedet und festgelegt wurden. Es ist zur Umsetzung und Verwirklichung dieser Beschlüsse verpflichtet.

Die Mitglieder des Exekutivkomitees sind jeweils für ein eigenes Ressort verantwortlich und als Einzelperson wie auch als Kollektiv gegenüber dem Nationalrat rechenschaftspflichtig. Da wegen der Zerstreuung der Palästinenser und der langwierigen und schwierigen Wahlprozedur der Nationalrat nicht ständig tagen kann, hat sich der Nationalrat ein Gremium geschaffen, das zwischen den ca. alle zwei bis drei Jahren abgehaltenen Nationalratssitzungen zusammentritt, den Zentralrat der PLO. Ihm gehören 60 Mitglieder an, die vom Nationalrat gewählt werden, darunter das Exekutivkomitee der PLO. Der Zentralrat hat allerdings nur beratende Funktion.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO ist auch Oberbefehlshaber der palästinensischen Streitkräfte und Leiter des Militärischen Departements. Zu den Streitkräften der Palästinensischen Revolution gehören die Guerilla-Einheiten, die Milizen, sowie die Palästinensische Befreiungsarmee (PLA). Direkt dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees unterstellt sind auch das Planungs- und das Forschungszentrum; beide Institutionen erarbeiten Empfehlungen und Gutachten für die Entscheidungen des Exekutivkomitees.

Die dem Exekutivkomitee nachgeordneten Ressorts ind nichts anderes als „Ministerien" im hiesigen Sinne. Davon zeugen schon die Namen: Politisches Departement — verantwortlich für Außenpolitik und Außenbeziehungen der PLO;

ungsorganisation PLO

Erziehungsdepartement; Gesundheitsdepartement; Palästinensische Nationalfonds, also Finanzdepartement; Militärisches Departement, Informations- und nationales Führungsdepartement, dem die Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Radiostationen und weitere Medien unterstehen; Departement für nationale Beziehungen, das quasi als Innenministerium fungiert; das Departement für Angelegenheiten der besetzten Heimat, das beispielsweise das Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen einschließt und die Kontakte und Beziehungen zur Nationalen Front in den besetzten Gebieten aufrechterhält, und schließlich das Departement für Jugend und Kultur, dem die Abteilungen für Jugendorganisationen, Sport, Theater und Volkskunst angehören.

Alle diese Departements haben natürlich noch weitere Untergliederungen. Die Leiter oder Direktoren dieser Departements fungieren als Vertreter der Exekutive. Sie können jederzeit abgewählt oder ersetzt werden.

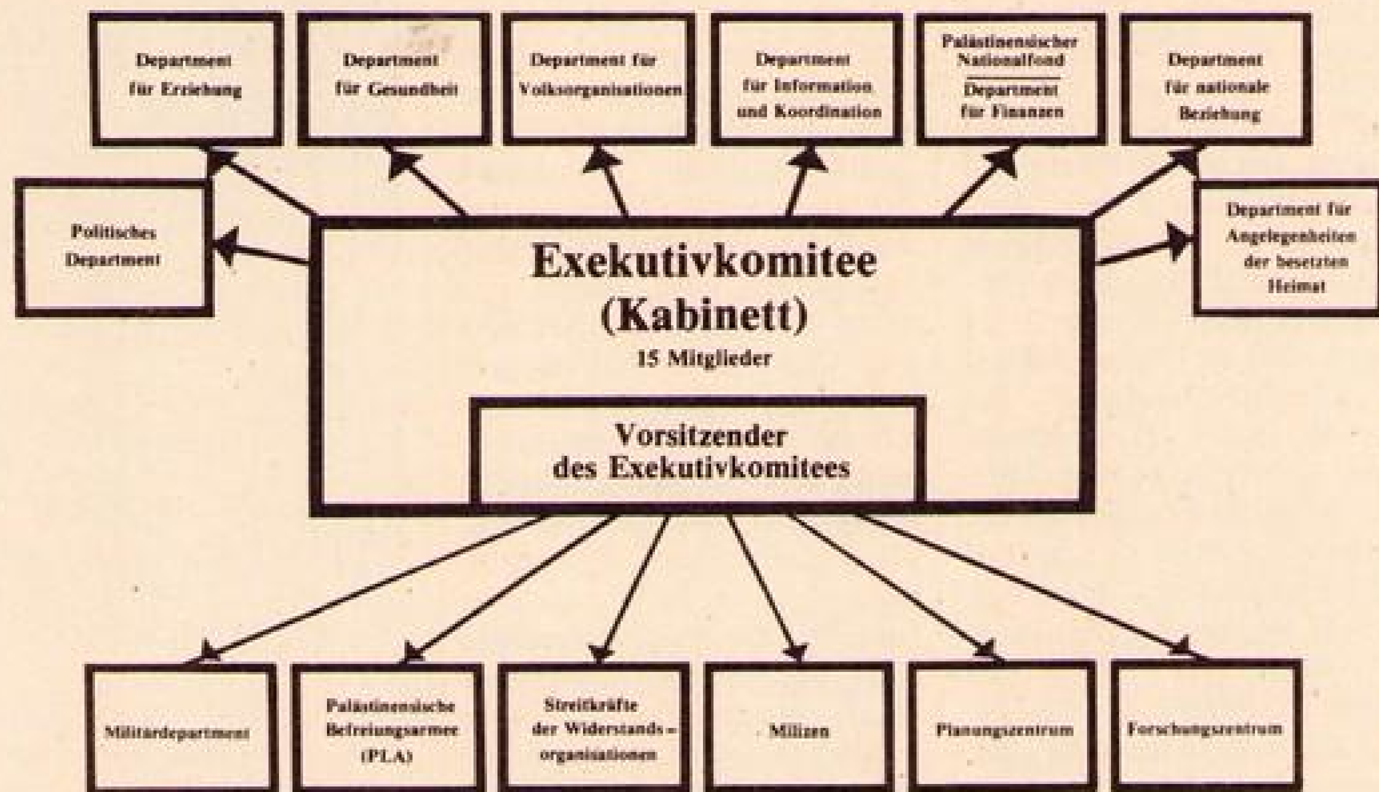
Ein besonderes Augenmerk der Palästinensischen Revolution gilt dem Ausbau des Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesen. Drei Einrichtungen der PLO auf diesem Sektor seien hier exemplarisch vorgestellt: Der Palästinensische Rote Halbmond (PRH), SAMED (Werkstätten der Kinder der Märtyrer der Palästinensischen Revolution) — heute die ökonomische Institution der PLO — und die Waisenhäuser Beit as-Soummud und Suoq al-Gharb.

Der Palästinensische Rote Halbmond wurde im Jahre 1969 in Jordanien gegründet und hatte von Beginn an das Ziel, das palästinensische Volk und die Feddayin medizinisch zu versorgen. In zahlreichen arabischen Ländern, vor allem aber in Beirut und in den palästinensischen Flüchtlingslagern hat der PRH voll eingerichtete Kliniken und Krankenhäuser (insgesamt ca. 130) eingerichtet. Etwa 3000 Patienten täglich werden hier betreut. Außer den Krankenhäusern und Ambulanzen verfügt der PRH heute über eine Krankenpflegeschule, eine Ausbildungsstätte für Medizinisch-Technische Assisent(inn)en, ein zentrales Labor und eine zentrale Blutbank in Beirut. Ein Zentrum zur Herstellung von Prothesen und zur physiotherapeutischen Behandlung Behinderter und Kriegsopfer wurde im Ramleh-Krankenhaus etabliert. Vielfach arbeiten hier vordem Verwundete und geben ihre Erfahrungen und Kenntnisse weiter.

Der PRH unterhält zudem eigene Ausbildungsstätten für Sekretariatsarbeit, Maschinenschreiben und Nähkurse. „Sozialarbeiter" des PRH leisten in den Flüchtlingslagern Vorsorgemedizin. Sie unterrichten und informieren über Hygiene- und Sanitätsvorkehrungen. Da sie zumeist selbst in den Lagern leben, sind diese Programme sehr effektiv.

Die Behandlung in den Kliniken und Krankenhäusern, die die Namen palästinensischer Städte tragen wie Haifa, Jaffa, Nazareth, Ramleh u.a., ist frei für alle Feddayin, für die Familien von Gefallenen und die Opfer israelischer Bombardements oder anderer Kriegshandlungen. Behandelt werden aber nicht nur Palästinenser, sondern jeder, der um Behandlung nachsucht, ungeachtet seiner Religion oder Nationalität.

Der Palästinensische Rote Halbmond hat Beobachterstatus beim Internationalen Roten Kreuz und ist Vollmitglied der arabischen Gesundheitsorganisation.



Das „Haus der Kinder der Standhaftigkeit" (Beit as Soumud) wurde von der Generalunion der Palästinensischen Frauen (GUPF) ins Leben gerufen. Die Gründung geht zurück auf den libanesischen Bürgerkrieg. Während dieses Krieges hielt das Flüchtlingslager Tell Al-Zaatar (Thymianhügel) 53 Tage einer Belagerung durch die Milizen der Falangisten stand. Tausende von Zivilisten verloren ihr Leben oder wurden nach Ende der Belagerung brutal ermordet. Hunderte von Kindern waren ohne Eltern. Für diese Kinder wurde das Haus der Standhaftigkeit geschaffen.

Das Haus selbst entwickelte ein besonderes System in der Betreuung der Kinder; das System der „alternativen Mütter" und der „alternativen Familie". Dies bedeutet, daß jeweils acht Kinder, oft Geschwister, von einer „Mutter" in Form einer „Familie" betreut und versorgt werden. Die „Mütter", die besondere Ausbildungskurse absolviert haben, sind in den meisten Fällen selbst Überlebende aus Tell-Al-Zaatar. Sie sind mit den Problemen der Kinder, ihren traumatischen Erfahrungen und Schocks aus eigenem Erleben vertraut. Im Haus selbst gibt es Kindergärten; die Schulpflichtigen besuchen die UNWRA-Schulen, um nicht von anderen palästinensischen Kindern isoliert zu werden.

Die Aktivitäten der Kinder im „Haus der Standhaftigkeit" sind sehr vielfältig. Unter Anleitung freiwilliger Lehrer treiben die Kinder Sport, lernen Malen oder Sticken, machen Musik, üben folkloristische Tänze und vieles andere mehr. Im Haus selbst arbeiten auch erfahrene Psychologen, Mediziner und Soziologen. Das Haus hat zweifellos auch für hiesige Maßstäbe Modellcharakter.

Neben diesem „Haus der Standhaftigkeit" gibt es in den Bergen über Beirut ein zweites Waisenhaus für Kinder, die ihre Eltern verloren haben: Souq al-Gharb. Souq al-Gharb ist ein großzügig und modern eingerichtetes Internat, in dem mehr als 500 palästinensiche Kinder auf eine neue Zukunft in Palästina hinlernen und arbeiten.

Die „Gesellschaft der Söhne der palästinensischen Märtyrer" (SAMED) wurde im Jahre 1969 gebildet, vornehmlich um den Familien der Gefallenen Arbeit und finanzielle Unterstützung zu geben. Heute ist SAMED der bedeutendste Wirtschaftszweig der PLO und die Keimform der zukünftigen palästinensischen Ökonomie. SAMED untersteht dem Palästinensischen Nationalfonds.

Von den anfänglichen Arbeitszweigen der Stickerei und Schneiderei hat SAMED sich zu einer breit gefächerten Produktionsgenossenschaft entwickelt, in der neben den herkömmlichen Textilarbeiten heute auch Metall- und Holzverarbeitung sowie der Agrarsektor eine immer bedeutendere Rolle einnehmen. Zudem unterhält SAMED eine eigene Filmabteilung. Filme von SAMED wurden bereits mehrfach auf verschiedenen internationalen Festivals ausgezeichnet.

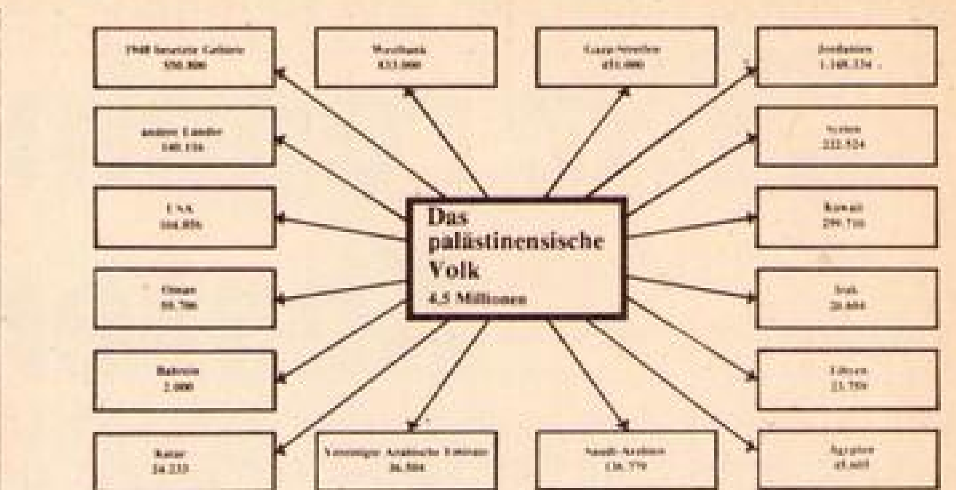
SAMED produziert nicht nur Konsumgüter des täglichen Bedarfs wie Kleidung, Decken, Lederwaren, Möbel, Spielzeug usw., sondern auch Produktionsgüter und Maschinen. Kooperationsabkommen bestehen mit den sozialistischen Ländern, sowie verschiedenen Institutionen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Die Produkte von SAMED, die in den letzten Jahren qualitativ sehr verbessert worden sind, werden in alle arabischen Länder, in die sozialistischen Staaten sowie in die gesamte Dritte Welt exportiert. Kontakte bestehen auch zu Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und zu Norwegen. SAMED ist stimmberechtigtes Mitglied in der Internationalen Arbeiterkonferenz und in der FAO.

Auf dem Agrarsektor hat SAMED enge Beziehungen zwischen der PLO und afrikanischen Ländern geknüpft. Palästinensische Experten führen dort Landwirtschaftsprojekte durch, helfen bei der Ausbildung afrikanischer Fachkräfte und der Entwicklung neuer landwirtschaftlicher Technologien. Diese enge Zusammenarbeit verdeutlicht auch den politischen Charakter von SAMED, das hier eine neue Form gegenseitiger Entwicklungshilfe in der Dritten Welt praktiziert.

Der politische Charakter SAMEDs zeigt sich auch in der Arbeitsorganisation selbst. Die Arbeiter sind nicht nur Arbeiter, sondern zugleich auch Kämpfer der palästinensischen Revolution. Sie entscheiden in allen wichtigen Fragen des Betriebes und der Produktion mit. Die Vertretung der Arbeiter liegt in den Händen gewählter Revolutionskomitees. Diese sind gegenüber den Arbeitern rechenschaftspflichtig, ihre Mitglieder jederzeit abwählbar. Die Revolutionskomitees üben eine

PLO-Vertretungen 83 Büros weltweit
Politisches Department
Schulen und Kindergärten
Höherer Rat für Bildung und Erziehung
Department für Erziehung
Krankenhäuser und Kliniken
Medizinische Zentren
Palästinensischer Roter Halbmond
Department für Gesundheit
Höherer Rat für Jugend und Sport
Verband für Theater und Volkskünste
Palästinensische Jugendorganisation "Löwen und Blumen"
Department für Volks-organisationen
"Falestin Al-Thaura" (Zentralorgan)
Abteilung für Auslandsinformation
"Wafa" Palästinensische Nachrichtenagentur
Palästinensische Film- und Fotoabteilung
Rundfunk
Vereinigte Informationsabteilung
Department für Information und Koordination
Wirtschaftsabteilung der PLO
SAMED - Wirtschaftsabteilung der PLO
Finanz-department
Palästinensische Blindengesellschaft
Soziale Hilfe für Verwundete
Soziale Hilfe für Familien von Gefallenen
Kindertagesstätten
Institut für soziale Angelegenheiten und Wohlfahrt
Komitee zur Verteidigung palästinensischer Gefangener
Palästinensische Nationale Front für die besetzte Heimat
Department für Angelegenheiten der besetzten Heimat



Art Vermittlerrolle aus zwischen den Direktoren der Betriebe und den Arbeitern selbst. Verschiedentlich wurden Direktoren auf Forderung der Arbeiter hin entlassen. Die Revolutionskomitees führen auch selbst politische Kurse durch und leiten so die Qualifizierung als auch die Politisierung der Arbeiter.

Die Identität eines Volkes stellt sich indes nicht nur über politische und soziale Institutionen her. Eines ihrer wesentlichen Merkmale sind Kultur und Tradition. Und diese finden ihren Ausdruck in der Malerei, der bildenden Kunst und der Schriftstellerei. In allen diesen Bereichen sind palästinensische Künstler und Schriftsteller in den vergangenen Jahren auch zu internationalem Ansehen und Auszeichnungen gekommen. In der Bundesrepublik Deutschland bekannt sind die Bilder Ismil Shammouts — insbesondere sein Zyklus Tell Al-Zaatar — oder die Graphiken Burhan Karkutlis. Dichter wie Ghassan Kanafani und Mahmoud Darwisch sind einem breiteren deutschen Publikum vertraut. Studien und Darstellungen von Historikern und Schriftstellern wie Sadam Hadawi, Walid Khalidi und Faris Sayegh haben in ganz Europa große Verbreitung gefunden; für viele Menschen waren diese Werke die ersten authentischen Informationen über den Palästina-Konflikt aus palästinensischer Sicht. Alle diese Künstler und Schriftsteller sind Mitglieder der Generalunion Palästinensischer Maler und Künstler. Sie sind damit Teil der palästinensischen Revolution und der PLO.

Die palästinensische Kultur und Tradition ist sehr alt, vor allem aber ist sie eigenständig. Nach den Jahren der Zerstreuung und des Exils wurde sie in den vergangenen Jahren von der PLO wieder zu neuem Leben erweckt.

In den Werkstätten von SAMED sticken palästinensische Frauen heute wieder Kleider mit traditionellen Ornamenten und Motiven, die sich in Palästina von Stadt zu Stadt und von Landstrich zu Landstrich unterscheiden. Diese Art der Stickerei fand auch auf dem Balkan große Verbreitung. Berühmt ist Palästina auch für seinen Silberschmuck, für die Glasherstellung, die bereits 4000 v. Chr. in Hebron erfunden wurde. Die Keramikproduktion, die Töpferei, Olivenholzschnitzereien und Perlmuttarbeiten — all diese traditionellen Handwerksarbeiten finden sich heute in den Ausstellungsräumen von SAMED wieder. Auf großen arabischen Ausstellungen in Spanien, in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern waren diese Werke zu bestaunen.

Die PLO pflegt diese Tradition und Kultur ebenso wie Tanz und Gesang. Auch heute noch wird bei allen freudigen Anlässen getanzt, bei Hochzeiten sowohl als auch bei offiziellen und religiösen Feiern. Der bekannteste palästinensische Volkstanz ist die Dabka, von der es verschiedene Formen gibt.

Die wichtigsten Volksinstrumente in Palästina sind Saiteninstrumente, Flöten und Rhythmusinstrumente.

In Palästina besteht nicht erst seit der Existenz des Palästina-Problems eine enge Verbindung von Musik, Tanz und Gesang mit politischen und gesellschaftlichen Themen.

Die PLO hat diese traditionelle Verbindung in ihrer Tanz- und Folkloregruppe, die in vielen Ländern gastierte, wiederbelebt. Diese Gruppe, die auch zweimal eine Tournee durch die Bundesrepublik unternahm, wurde bereits mit vielen Preisen und hohen kulturellen Auszeichnungen geehrt.

Die vorgestellten Einrichtungen auf medizinischem, sozialem und erzieherischem Sektor wie auch die hier nur angedeutete Erhaltung und Wiederbelebung der eigenständigen palästinensischen Kultur und Tradition belegen, daß die PLO sich bewußt und mit Erfolg um alle Belange des palästinensischen Volkes bemüht. Sie zeigen ein in der westlichen Welt erst wenig bekanntes Bild der PLO, das aber entscheidend zu ihrer Anerkennung und internationalen Legitimation beigetragen hat.

Für viele Menschen ist die Finanzierng der PLO rätselhaft. Um alle ihre Organisationen und die dazugehörigen Institutionen zu finanzieren, werden etliche Millionen benötigt. Um diese Summen aufzubringen, schuf die PLO ein kompliziertes System, nach dem alle Palästinenser in der arabischen Welt eine 5prozentige Einkommenssteuer an die PLO zahlen. Palästinenser in anderen Ländern entrichten freiwillige Beiträge. Die Liga der Arabischen Staaten verfügt über einen Fonds zur Unterstützung der PLO, in den die Zahlungen der arabischen Staaten eingehen. Verschiedene arabische Staaten leisten auch darüber hinaus noch finanzielle Unterstützung an die PLO. Den entscheidenden Anteil an der Finanzierung der PLO aber tragen die Palästinenser selbst.

Die eingehenden Gelder werden vom Nationalfonds verwaltet und entsprechend den politischen Beschlüssen in den Gremien der PLO verteilt.

Obwohl im Exil, birgt die PLO bereits heute alle Keimformen des zukünftigen palästinensischen Staates in sich. Und diese politischen Institutionen und Organe der PLO beweisen eindeutig, daß dieser zukünftige Staat ein demokratischer Staat sein wird. Die PLO ist die erste Befreiungsorganisation, die — nicht zuletzt aufgrund ihrer Entstehung und Geschichte — in ihren eigenen Reihen demokratische Verhältnisse geschaffen hat. Und es hat sie auch nicht anfechten können, daß die inneren Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten ihr allzu oft als Uneinigkeit oder Schwäche ausgelegt wurden. die PLO ist die erste quasi staatliche Organisation in der Geschichte Palästinas, die Demokratie tatsächlich praktiziert. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß das palästinensische Volk in der PLO seine einzig legitime Vertretung sieht. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes ist politisch, wirtschaftlich und kulturell heute keine Utopie mehr. Dies ist der historische Verdienst der PLO.

Attacken von Kirchen und Unions-Parteien auf die Reform des § 218

„Wir regeln das über die Kostenfrage“

„Wir werden Deutschland wieder in Ordnung bringen“, kündigen CDU/CSU für den Fall an, daß sie auch nach dem 6. März wieder die Regierung bilden werden. Zu den Dingen, die wieder „in Ordnung“ gebracht werden sollen, gehört auch die Reform des § 218, die 1976 gegen den heftigen Widerstand der Kirchen und der Unions-Parteien vom Bundestag verabschiedet wurde.

Die Kirchen, vor allem die katholische Kirche, und CDU/CSU haben ihren Kampf gegen die Reform des §218 nie eingestellt. Aber seit sich der Regierungswechsel in Bonn abzeichnete, wurde eine gezielte Kampagne gegen das sogenannte Indikationsmodell in Gang gesetzt, die den Boden für einschneidende Änderungen bereiten soll — nach dem 6. März versteht sich. Denn, ohne daß eine beträchtliche Zahl von Frauen CDU/CSU am 6. März die Stimme gibt, wird sie die Wahl nicht gewinnen können.

Nahziel der schwarzen Moralapostel ist die Abschaffung des Begleitgesetzes zum §218, das die Finanzierung der legalen Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen regelt. Zur Erreichung dieses Nahziels wird — perfekt koordiniert — der Kampf im gesellschaftlichen juristischen und politischen Bereich geführt.

• Den gesellschaftlichen Part übernahm vor allem die katholische Kirche, die zum Zwecke der Verteufelung der Abtreibung extra die sogenannte Bewegung für das Leben (pro vita) ins Leben rief. Zu den Drahtziehern dieser Bewegung, die gegen die Abtreibung als Massenmord hetzen, gehören Rechtsradikale wie der Rechtsanwalt Wolfgang Philipp, Mitunterzeichner des berüchtigten Heidelberger Manifestes, Mitglied des Schutzbundes für das deutsche Volk usw.

• Um die Sache juristisch ins Rollen zu bringen, strengte eine gewisse Ursula Zöller, Mitglied der Barmer Ersatzkasse, eine Klage vor dem Sozialgericht in Dortmund an, weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könne, durch ihren Krankenkassenbeitrag auch Abtreibungen zu finanzieren. Ursula Zöller ist Mitarbeiterin der katholischen „Neuen Bildpost“. Ihr Anwalt war der schon erwähnte Rechtsanwalt Wolfgang Philipp. Da das Sozialgericht Dortmund sich die Auffassung der „Bildpost“-Redakteurin zu eigen machte und ebenfalls zu dem Schluß kam, daß die Finanzierung der Abtreibungen durch die Krankenkassen verfassungswidrig ist, haben die reaktionären Gegner des Indikationsmodells erreicht, was sie wollten: Das Bundesverfassungsgericht wird nun auf Antrag des Sozialgerichtes Dortmund prüfen, ob das Begleitgesetz zum §218 mit dem Grundgesetz vereinbar ist oder nicht.

• Auch die Politiker sind längst aktiv geworden: Eine „Neuordnung der Beihilfevorschrift“ für Beamtinnen ist bereits formuliert. Danach sollen Beamtinnen nur noch bei Schwangerschaftsabbrüchen aus medizinischen Gründen eine Beihilfe erhalten. Eine Entschließung von 18 Bundestagsabgeordneten, die die „Abtreibung auf Krankenschein“ für alle Frauen abschaffen will, liegt bereits in der Schublade. Und als politische Ergänzung zur katholischen Bewegung „pro vita“ wurde jetzt vom Chef des Kanzleramtes, Waldemar Schreckenberger, eine interministerielle Arbeitsgruppe für den „Schutz des ungeborenen Lebens“ einberufen. Alles, was den Politikern noch fehlt, um schnell gesetzlich aktiv werden zu können, ist also eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Tenor des Dortmunder Urteils.

Das sogenannte Krankenkassen-Urteil

Das Sozialgericht Dortmund kommt, wie schon erwähnt, zu dem Schluß, daß das geltende Begleitgesetz zum § 218, das die Finanzierung **aller** legalen Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen regelt, verfassungswidrig ist. Verfassungskonform ist nach Ansicht der Dortmunder Sozialrichter lediglich die medizinisch indizierte Abtreibung.

Wenn das Bundesverfassungsgericht ebenso entscheiden sollte, dann hätte das zur Folge, daß rund 80 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche von den Frauen selbst bezahlt werden müßten. Denn so hoch ist ungefähr der Anteil der sogenannten Notlagenindikation. (Die eugenisch und kriminologisch indizierten Abtreibungen fallen dagegen prozentual kaum ins Gewicht.)

Die Dortmunder Sozialrichter führen verschiedene Gründe für ihre Entscheidung an. Maßgeblich dafür, daß sie die medizinische Indikation anders bewerten als die anderen drei Indikationen, sind ideologische Gründe. So heißt es auf S. 34 des Urteils: „Ein Verfassungschutzgut, welches die Finanzierung der nicht medizinisch indizierten Abtreibung gegenüber dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes rechtfertigen könnte, ist nicht gegeben. Entgegen einer weit verbreiteten und vielfach publizierten Meinung **ist das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren kein derartig hochstehender Wert.**“ Und folgerichtig heißt es dann auf S. 64: „Es ist kein Anhaltspunkt dafür ersichtlich, daß es den Wertvorstellungen des Grundgesetzes widerspräche, den **Schwangerschaftsabbruch** im Anwendungsbereich der sogenannten sozialen Indikation **als tatbestandlich dem Mord gleichkommende Tötung wehrloser und unschuldiger Menschen zu bewerten.**“ Dabei erkennen die Richter großmütigerweise durchaus an, daß es soziale Notlagen geben kann. Aber auf ein bißchen mehr oder weniger Not kommt es schließlich nicht an, wenn man das Ganze aus der Warte eines höheren Beamten betrachtet. Denn: „Allen diesen Notlagen ist aber gemeinsam, daß die Abtreibung den zugrundeliegenden Konflikt nicht beseitigt, sondern allenfalls eine Verschlimmerung der Ausgangslage im wirtschaftlichen und kommunikativ-sozialen Bereich verhindert.“ (Urteil, S. 38) Hauptsache, die Frauen erfüllen die „natürliche Aufgabe“, die Gott und Staat ihnen gestellt haben: Kinder zu gebären. Wie weit die Richter dabei gehen, wird im Absatz über die kriminologische Indikation (Abtreibung z.B. bei Vergewaltigung) deutlich. Auch hier lehnen die Richter das Recht auf Abtreibung ab. Statt dessen soll „der Frau in jeder nur möglichen rechtmäßigen aber auch grundrechtmäßigen Weise **bis hin zur evtl. Übernahme des geborenen Kindes in öffentliche Verantwortung** geholfen“ werden. (Urteil, S. 37)

Geht es noch zynischer? Ja. Niemand anderes als Marianne Strauß machte in einem Protestbrief an das ZDF wegen einer Sendung zum §218 folgenden geradezu unglaublichen Vorschlag: „Es fehlt überhaupt jede Moral, jeder Aufruf zum Umdenken. Immerhin suchen mindestens 100000 kinderlose Ehepaare verzweifelt ein Baby und können keines bekommen. Gerade manches junge Mädchen könnte aus einer schlechten Sache eine gute machen, die paar Monate (z.B. das Schuljahr) opfern für ein Ehepaar ohne Kinder.“ („Bayernkurier“, 2.1.82) Wie weit ist es von solchen Vorschlägen noch zu Hitlers Zuchtanstalten für reinrassige Deutsche?

Wir können hier nicht auf alle Gründe, die die Dortmunder Sozialrichter für ihre Entscheidung anführen, eingehen. Ein Argument sei noch erwähnt, weil es auch von Politikern wie Norbert Blüm usw. massiv in die öffentliche Debatte getragen wird: die Kostenfrage. Dieses Kostenargument ist gerade dann, wenn es von Funktionären der Kirche und Der CDU/CSU vorgetragen wird, durch und durch verlogen. Denn die Kirche und CDU/CSU-Politiker sind keineswegs unschuldig an der Anzahl der Abtreibungen und an der Höhe der Kosten für Abtreibungen. Ganz im Gegenteil: Nach einer statistischen Erhebung von pro familia in Köln haben 2/3 der Frauen, die wegen einer ungewollten Schwangerschaft in die Beratungsstelle kamen, entweder gar keine Verhütungsmethoden angewandt oder aber sehr unsichere — nämlich die einzigen, auch von der katholischen Kirche erlaubten — sogenannten natürlichen Methoden der Empfängnisverhütung.

Die Zahl der Abtreibungen könnte also ganz erheblich gesenkt werden, wenn Kirchen und reaktionäre Politiker ihre Hetze gegen sichere Empfängnisverhütungsmethoden, gegen Sexualaufklärung an den Schulen usw. endlich einstellen würden. (Dazu kommt, daß auch das Begleitgesetz im § 218 selbst inkonsequent ist, indem es zwar die Abtreibung auf Krankenschein, nicht aber den Bezug von Verhütungsmitteln auf Krankenschein vorsieht.) Künstlich in die Höhe getrieben werden die Kosten für Schwangerschaftsunterbrechungen u.a. dadurch, daß vielerorts — z.B. in ganz Bayern und Baden-Württemberg — Schwangerschaftsabbrüche ausschließlich stationär, im Krankenhaus, durchgeführt werden können, weil entsprechende Verwaltungsvorschriften und reaktionärer Druck ambulant durchgeführte Abtreibungen unmöglich machen.

Abgesehen davon: Die Krankenkassenkosten für 80 bis 90000 Abtreibungen liegen wesentlich niedriger als die Kosten für 80 bis 90000 Geburten. **Das heißt, wer im Zusammenhang mit den Abtreibungen die Kostenfrage aufwirft, der geht gar nicht vom ansonsten vielbeschworenen „Schutz des ungeborenen Lebens“ aus. Er geht vielmehr davon aus, daß weiter abgetrieben wird — nur eben von den Frauen selbst bezahlt!** Aber doppelbödig war die Moral der schwarzen Moralpridiger schon immer.

Wenn es dem reaktionären Dreigestirn Kirche, BVG und CDU/CSU gelingt, die Abtreibung auf Krankenschein wieder abzuschaffen, dann bleibt von der Reform des §218 nicht mehr viel übrig. Dann haben wir wieder einen Klassenparagrafen, der es Reichen erlaubt, Wunschkinder zu haben und Armen nicht. Dann ist aber auch gleichzeitig der entscheidende Durchbruch gelungen, um die „natürliche Ordnung“ der Familie aus Adenauers und des Kaisers Zeiten wieder zu restaurieren. Nicht zufällig wollen ja die gleichen Kräfte, die die Reform des §218 bekämpfen, auch den Mutterschaftsurlaub wieder abschaffen, das Scheidungsrecht wieder verschärfen usw. usf. Setzen wir uns gegen diese Pläne zur Wehr!



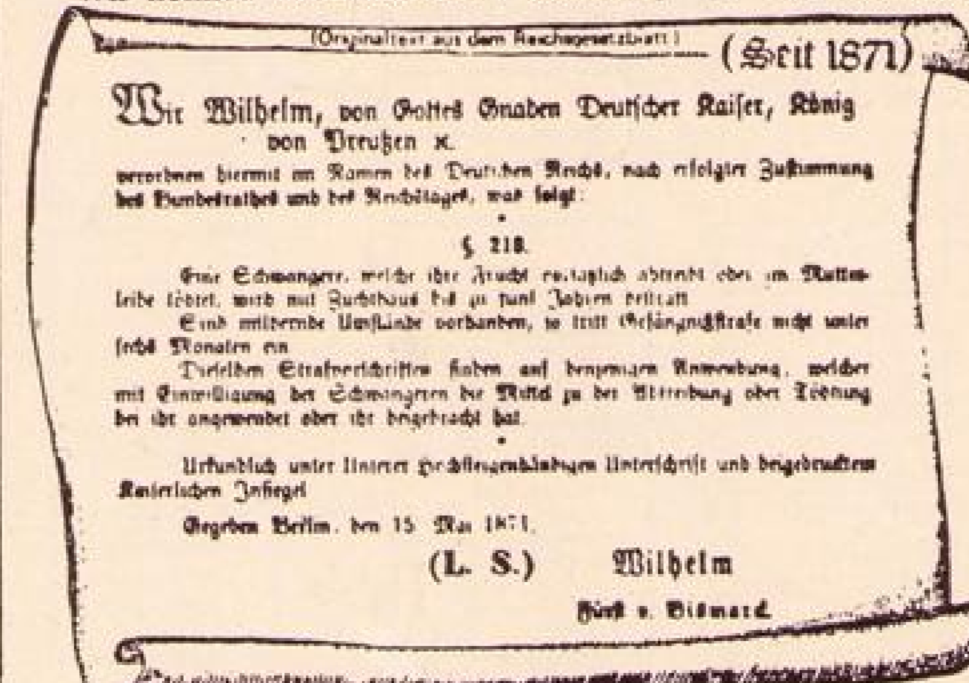
Heimliche Hilferufe aus den Familien der Bonner Minister:

Nie ist Vati für uns da!

Helmut Kohl, Norbert Blüm und Heiner Geißler wissen genau, warum so vieles in unserem Land im Argen liegt: Weil so viele Familien nicht mehr intakt sind. Statt den Kindern biblische Geschichten zu erzählen, geht Mutti arbeiten. Statt mit Mutti und den Kindern zu Hause zu musizieren, ist Vati immer unterwegs. Das kann doch nicht gutgehen! So kommt Deutschland nie in Ordnung!

Bei all dem denken Helmut, Norbert und Heiner nur an uns und nie an sich. Wir meinen: Das geht nicht! Auch die Ehefrauen und Kinder der Bonner Minister haben ein Recht auf eine intakte Familie!

Wir bitten deshalb alle anständigen Deutschen ganz herzlich: Vergeßt die Familien der Bonner Minister nicht! Wir alle haben am 6. März die Chance, diesen Familien ihre Väter zurückzugeben. Nehmen wir sie wahr!



(Originaltext aus dem Reichsgesetzblatt) (Seit 1871)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen x.

verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

§ 218.

Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tödtet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tödtung bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 15. Mai 1871.

(L. S.) Wilhelm

Fürst v. Bismarck.

§ 218 — Dokumentation

März/April 1974: Der Bundestag verabschiedet gegen die Stimmen der CDU/CSU das sogenannte Fristenmodell und das Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz, wonach u.a. die Krankenkasse für legale Eingriffe aufkommen.

Mai/Juni 1974: Der Bundesrat lehnt die Fristenlösung mehrheitlich — mit den Stimmen der CDU/CSU-Landesvertreter — ab. Der Bundestag weist den Einspruch des Bundesrats mehrheitlich zurück. Der Bundespräsident unterschreibt das Gesetz.

Juni 1974: Das Land Baden-Württemberg wirkt beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen das Gesetz. Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags und die Union-regierten Länder rufen das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes nachweisen zu lassen.

Februar 1975: Im „Jahr der Frau“ erklärt das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung für unvereinbar mit dem Grundgesetz.

Februar 1976: Der Bundestag verabschiedet mehrheitlich das sogenannte Indikationsmodell. Auch dieses Gesetz wird vom Bundesrat wieder abgelehnt. Der Einspruch wird jedoch zurückgewiesen. Am 21.6.76 tritt das Gesetz in Kraft.

Der heute gültige § 218 stellt den Schwangerschaftsabbruch generell unter Strafandrohung, sieht aber Straffreiheit für folgende vier Fälle vor:

1) bei „Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren“ (medizinische Indikation).

2) wenn „dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seiner Erbanlagen leiden würde“ (eugenische Indikation);

3) wenn „an der Schwangeren eine rechtswidrige Tat nach den § 176 und 179 begangen worden ist und dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß die Schwangerschaft auf der Tat beruht“ (kriminologische Indikation);

4) „um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und b) nicht auf andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann“ (Notlagenindikation).

Diese Indikation muß schriftlich festgestellt werden und zwar von einem Arzt, der den Schwangerschaftsabbruch nicht selbst vornimmt. Außerdem muß die Beratung durch eine anerkannte Beratungsstelle nachgewiesen werden. Die organisatorische Durchführung des Gesetzes wird durch Verwaltungsvorschriften in den einzelnen Bundesländern geregelt.

Dänischer Hafenarbeiterstreik beendet

Nach mehr als zehn Wochen haben die dänischen Hafenarbeiter ihren Streik beendet. Sie waren Mitte Dezember in den Ausstand getreten, weil die Regierung und die Unternehmer ihnen neben anderen Leistungen die Arbeitsausfallunterstützung kürzen wollten. Da die Hafenarbeiter oftmals Leerlauf beim Entladen der Schiffe haben, spielt diese Ausfallunterstützung eine große Rolle bei der Entlohnung. Obwohl die Gewerkschaft durch Verträge an die Unternehmer gebunden war, der Streik wegen der „Friedenspflicht" nicht offiziell unterstützt wurde, legten die Arbeiter zeitweise sämtliche Häfen still, blockierten Streikbrechertrupps und gewannen viele Kollegen aus anderen Branchen zu Solidaritätsaktionen.

Schon in den ersten Streiktagen kam ein Arbeiter bei einer solchen Aktion ums Leben. Bei der Blockade eines Lagerhauses wurde er von einem Lkw überfahren.

Verlassen fühlten sich die dänischen Arbeiter nicht nur von ihrer eigenen Gewerkschaft, auch international bekamen sie wenig Unterstützung. Vor allem die für die westdeutschen Häfen zuständige Gewerkschaft ÖTV unternahm nichts, um zu vermeiden, daß die dänischen Unternehmer in den Streikwochen ihre Geschäfte über Flensburg und andere westdeutsche Häfen abwickelten. Lediglich ein Solidaritätskomitee Hamburger Arbeiter unterstützte die dänischen Kollegen aus eigener Initiative durch Geldsammlungen und Informationsveranstaltungen.

Auch in Dänemark sammelten viele Arbeiter für die Kollegen aus den Häfen. Denn weil der Streik „illegal" war, wurden viele Arbeiter zu Geldstrafen verurteilt, und die Gewerkschaft durfte keinerlei materielle Unterstützung leisten.

Einige Versprechungen, die jetzt zur Aufgabe des Streiks geführt haben, werden von den Hafenarbeitern kritisch betrachtet. Sie erklärten, den Streik sofort wieder aufzunehmen, wenn sie nicht ausnahmslos erfüllt werden.

Israel Demonstration gegen rechten Terror

Mehr als 5000 Menschen demonstrierten am vergangenen Donnerstag in Tel Aviv vor dem Regierungssitz Begins. Der Protest richtete sich gegen die rechtsradikalen Freunde Begins und des ehemaligen Verteidigungsministers Sharon, die mit Handgranaten gegen Demonstranten vorgegangen waren, als der Rücktritt Sharons verlangt wurde. Sharon und Begin waren von einer unabhängigen Untersuchungskommission angeklagt worden, mitschuldig an dem grausamen Massaker von Shatila und Sabra zu sein.

Bei dem Massenmord waren im vergangenen Spätsommer in Beirut mindestens 1000 Palästinenser regelrecht abgeschlachtet worden. Um ihre Völkermordpolitik gegen die Palästinenser weiterhin durchführen zu können, gehen die rechtsradikalen Gefolgsleute Begins und Sharons jetzt auch mit Terror gegen die israelische Opposition vor.

Gefährliche Provokation

US-Marine vor Libyen

Angebliche Verstärkungen der libyschen Truppen im Süden ihres eigenen Landes haben die USA zum Vorwand genommen, eine gefährliche Provokation in Nordafrika zu starten.

Einheiten der Mittelmeerflotte, der 6. US-Flotte, sind vor die Küsten Libyens verlegt worden, kreuzen teilweise in libyschen Hoheitsgewässern. Dazu haben die USA vier ihrer Spionage- und Aufklärungsflugzeuge vom Typ AWACS nach Ägypten beordert und Reagans „Krisenexperte" General Vernon Walters bereist die Nachbarländer Libyens.

Obwohl Libyens Staatschef Mohammed Ghadafi noch Ende der vergangenen Woche sämtliche von den USA unterstellten Absichten dementierte, setzen die USA ihre offenen Drohungen fort.

Präsident Reagan persönlich hat die AWACS-Einheiten, die jede Bewegung in Libyen kontrollieren können, nach Ägypten beordert. Es sei angebracht, *„unsere Bereitschaft zu demonstrieren"*, hieß es aus Washington. Provokativ ist vor allem die Operation des Flugzeugträgers Nimitz vor Libyen. Hier demonstriert die US-Flotte ihren ungeteilten Anspruch auf das Mittelmeer und den gesamten umgebenden Raum. Die Operationsgebiete der Nimitz, die Bucht „Große Syrte", wird von Libyen als eigenes Hoheitsgebiet betrachtet. Die amerikanische Präsenz dort ist eine offene Herausforderung. Schon einmal haben US-Einheiten hier Libysche Düsenjäger abgeschossen, weil sie sich angegriffen fühlten.

Auf die Washingtoner Darstellung, die Militärpräsenz vor Libyen sei lediglich eine Reaktion auf die *„von Libyen geschürten Spannungen"* entgegnete Staatschef Ghadafi in einem Interview, es seien die USA, die sich ganz offen in innerarabische Angelegenheiten einmischten, die US-Marine vor und in libyschen Gewässern sei eine Aggression, die Politik der USA in dieser Frage sei „internationaler Terrorismus".

Die US-Militärprovokation gegen Libyen ist eine Fortsetzung der schon lange sehr gefährlichen anti-libyschen Politik Reagans und eine Bedrohung aller unabhängigen Länder im Mittelmeerraum.



In der großen Syrte, einer Bucht vor Libyens Küste, kreuzen Schiffe der 6. US-Flotte.

Südafrika auf Kriegskurs

Kämpfe in Namibia

Nur Wochen, nachdem die südafrikanische Regierung die Marionettenregierung der „Turnhallenallianz" in Namibia abgesetzt hat und selbst wieder direkt die Macht ergriffen hat, nehmen die militärischen Auseinandersetzungen wieder zu. Einheiten der SWAPO, der Befreiungsbewegung Namibias sowie Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses, der Bewegung für ein freies Südafrika, sehen sich verstärkten Angriffen der Machthaber aus Pretoria ausgesetzt.

Vor allem in Namibia gehen die „Sicherheitskräfte" Südafrikas in einer militärischen Offensive gegen die SWAPO vor. Mehrere Aktionen gegen Freiheitskämpfer zeigen, daß Südafrika in keiner Weise bereit ist, Namibia aus seinem Machtbereich freiwillig zu entlassen. In Südafrika häufen sich die Repressalien gegen die schwarze Bevölkerung. Die Räumung eines ganzen Viertels der schwarzen Bevölkerung in Kapstadt ist einer von vielen Fällen. Mehr als 3000 Menschen wurden aus ihren Elendsquartieren vertrieben, lediglich 200 sollen in das Viertel zurückkehren dürfen. Alle anderen werden vertrieben, in die Homelands, weitab der Großstädte verjagt. So will die Südafrikanische Regierung den wachsenden Widerstand gegen ihre rassistische und ausbeuterische Politik gegenüber der schwarzen Bevölkerung brechen.

Mit dieser Unterdrückungspolitik gehen immer stärkere Drohungen gegen Südafrikas Nachbarstaaten einher. Der südafrikanische Ministerpräsident, Pieter Botha, erklärte jetzt in einem Interview mit der „New York Times", er werde prüfen, ob Südafrika antikommunistische Guerillaeinheiten im südlichen Afrika unterstützen werde. Botha sagte, der Kommunismus sei *„schlecht für Afrika"*. *„Wenn unsere Mitafrikaner von den Übeln des Kommunismus bedroht werden, sollten wir ihnen helfen, wenn wir darum gebeten werden,"* sagte der Regierungschef.

Diese Pläne richten sich vor allem gegen Angola, Moçambique, Simbabwe und Lesotho. Die Regierung Südafrikas behauptet, die Befreiungsbewegungen, die SWAPO und der Afrikanische Nationalkongreß würden von diesen Ländern gesteuert, und alle Aktionen gegen die südafrikanische Regierung gingen von diesen Staaten aus. Von daher nehmen sie sich das Recht, selber auch Angriffe gegen diese Länder zu führen. Diese, schon oft durchgeführte Praxis der militärischen Angriffe auf diese Nachbarstaaten will Südafrika jetzt offensichtlich forcieren.

CSU zur Sache

„Es ist unerfindlich, mit welchem Recht ausländische Kritiker Südafrikas gerade die Homeland-Politik, eine spezifische, den Verhältnissen angepaßte Form des Föderalismus, als besonders arges Beispiel einer sogenannten Rassenpolitik anprangern. Die einzige Restriktion in bezug auf die Homelands tragen die Weißen: Ihnen ist es untersagt, in den schwarzen Stammesgebieten zu siedeln."

Florian Stumfall in „Südafrikanische Impressionen" im CSU-Organ „Bayernkurier vom 8. Januar 1983

Demonstration der Stärke

Zwei Monate Manöver in Südkorea

Zwei Monate lang werden in Südkorea umfangreiche Militärmanöver abgehalten. Diese Übungen der US-Truppen und der südkoreanischen Streitkräfte sind, nach stolzen Angaben aus Seoul, die bisher größten Manöver des „Westens".

Seit Anfang Februar läuft das Manöver unter dem Namen „Team Spirit 1983" und bricht sämtliche Rekorde an teilnehmenden Soldaten und Waffensystemen.

191000 Soldaten sind im Einsatz, 100 Kampfflugzeuge, zwei Flottenverbände und nicht zuletzt der atomgetriebene US-Flugzeugträger „Enterprise" nehmen an dieser Übung teil. Neben den ständig in Südkorea stationierten 39000 US-Soldaten sind weitere 73000 mit Transportschiffen oder Flugzeugen nach Südkorea gebracht worden.

Diese ungeheuren Machtdemonstrationen der USA und ihrer Verbündeten in Südkorea, die sich unverblümt gegen den Norden Koreas richtet, geht einher mit einer politischen Offensive, die die reaktionäre südkoreanische Regierung aufwerten soll. Nordkorea muß sich bedroht fühlen. Und soll es wohl auch, betrachtet man die ganze Reihe von politischen Aktivitäten im pazifischen Raum.

Zur feierlichen Eröffnung der Manöver in Südkorea kam der amerikanische Außenminister direkt aus Peking angereist, von wo in diesem Jahr keinerlei Kritik an den bedrohlichen Aufmärschen der US-Armee zu hören ist. Daneben bemüht sich auch die japanische Regierung Nakasone, Südkorea vor allem international aufzuwerten und begonnene Kontakte zum Norden abzubrechen. So will Japan nach intensiven Beratungen des Außenministers Shintaro Abe mit Reagan und Shultz eine Offensive aufgreifen, um die Vollmitgliedschaft Südkoreas in der UNO durchzusetzen. Ein alter Streit um japanische Wirtschaftshilfe für Südkorea wurde kurzfristig beigelegt, und die erste Auslandsreise Nakasones führte auch nicht zufällig nach Südkorea.

Die von den westlichen imperialistischen Ländern vorangetriebene Isolierung Nordkoreas, die gewaltigen Manöver am 39. Breitengrad, der Teilungslinie Koreas, haben zu Recht Besorgnis in Pjönjang, der Hauptstadt des Nordens, geführt.

Die Mobilisierung von Teilen der Armee Nordkoreas ist eine notwenidge Antwort auf diese Provokation, die Kritik an den Plänen der USA und Japans, die Teilung Koreas durch eine solche Politik zu verewigen und sämtliche Gespräche unmöglich zu machen, völlig richtig.

Salvadorianische Junta unter Druck

FMLN-Offensive dauert an

Die Offensive der Befreiungskämpfer von El Salvador, der FMLN, die seit Beginn des Jahres weitere Teile des Landes zu befreiten Gebieten gemacht hat, geht weiter. Zuletzt wurde die Stadt Suchitoto eingeschlossen.

Nur 45 Kilometer von der Hauptstadt San Salvador entfernt haben Einheiten der FMLN alle Zufahrtstraßen unter Kontrolle und die dortige Garnison der Regierungstruppen von der Versorgung auf dem Landweg abgeschnitten.

Wie der Kommandant der Stadt zugeben mußte, sind die Guerilleros schon bis in die Außenbezirke der Stadt vorgedrungen. Die Regierung hat 150 Soldaten mit Hubschraubern einfliegen lassen, konnte aber bis Ende vergangener Woche keinerlei Erfolge im Kampf um Suchitoto erringen.

Während in fast allen Provinzen der Kampf gegen die Regierung weiter zunimmt, sucht die reaktionäre Regierung ihr Heil weiterhin in schärferer Unterdrückung.

Der letzte Angriff der Herrschenden galt der eigenen und internationalen Presse. *„Wir haben zu lange die Lügen hingenommen, die man über El Salvador verbreitet. Unter dem Namen der internationalen Agenturen werden meistbietend Lügen versteigert. Es ist an der Zeit, in den Massenmedien eine vollständige Säuberung durchzuführen, vor allem aber bei den internationalen Medien,"* sagte der Innenminister in der vergangenen Woche.

Diese Drohung muß man ernst nehmen, waren doch erst im vergangenen Jahr sechs ausländische Journalisten, darunter vier Niederländer, ermordet worden.

Diese Drohung des Innenministers ist auch eine direkte Aufforderung an die berüchtigten „Todesschwadronen" zum Mord. Erst jetzt hat wieder ein ehemaliges Mitglied der salvadorianischen Nationalgarde ausgepackt und berichtet, daß die „Todesschwadronen" vor allem aus Soldaten bestehen und von der politischen Rechten und von Wirtschaftsgruppen finanziert werden. Die Befehle zum Morden kämem, so der desertierte Soldat immer *„von oben"*.

Sie würden von Kommandanten einzelner Armee-Kompanien persönlich übermittelt, und die Ausführung liege dann bei den „Todesschwadronen". Sie arbeiteten *„planmäßig und auf höheren Befehl"*.

„Waffen für El Salvador"
Postscheck Berlin/West
28859—107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e. V. 1000 Berlin 65

Westdeutsches Geld in aller Welt



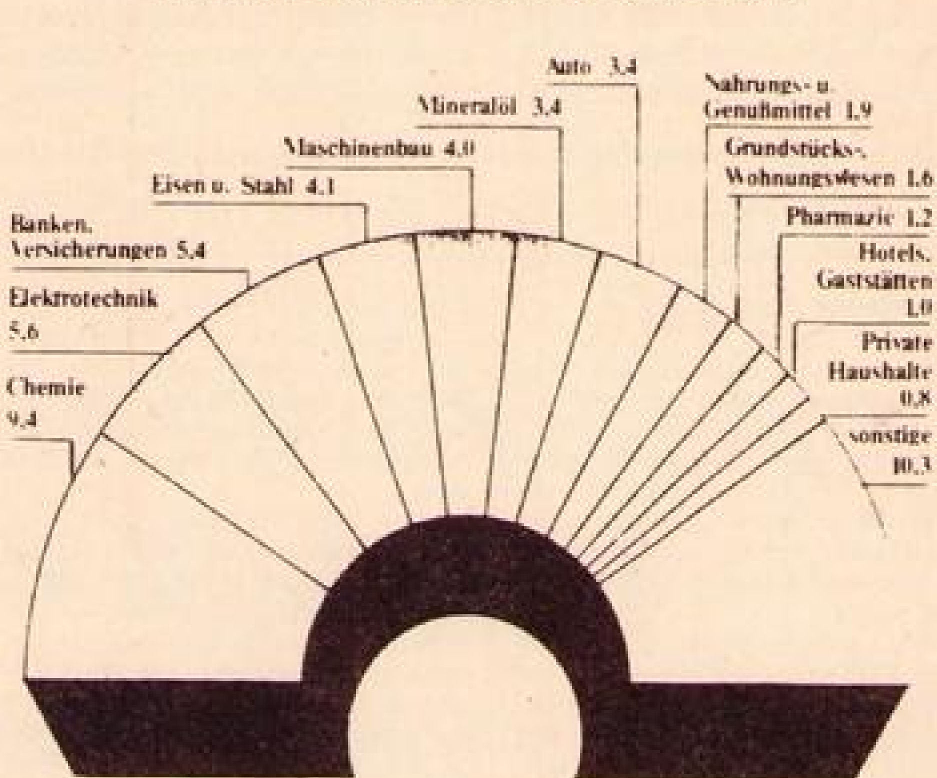
Das nebenstehende Schaubild zeigt die Anteile verschiedener Branchen an den Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne im Ausland.

Absoluter Spitzenreiter ist die Chemieindustrie, vor allem, wenn man noch die hier noch separat aufgeführten Anteile der pharmazeutischen Industrie dazu addiert.

Nach der Elektroindustrie und noch vor der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, dem Maschinenbau, den Erdölkonzernen und der Autoindustrie haben sich die Banken und Versicherungen auf den Platz drei vorgeschoben. Ein weiterer Beweis für die Macht dieser Konzerne.

Die Zahlen stammen aus dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der Schrift „Politik und Partner" von 1978 ist die Zusammenstellung nach Werten von 1977 gemacht, die von Gesamtinvestitionen westdeutscher Konzerne im Ausland in Höhe von 52,1 Milliarden Mark ausgeht. Die konkreten Werte mögen sich verändert haben, die Anteile treffen sicherlich im Groben noch zu.

Westdeutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Branchen



Bericht von einer Bauernversammlung in Albershausen (bei Stuttgart) — (von einer erfolgreichen, na klar)

Im „Bären" brannten die Lichter lang

In den Winterhalbjahren hat die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk die meiste Arbeit. In dieser Zeit können die Bauern bei geringerer Arbeitszeit etwas zur Besinnung kommen, die Arbeitsgemeinschaft trägt dieser Tatsache Rechnung und legt ihre Hauptaktivitäten in das Winterhalbjahr. Auch in diesem Jahr veranstaltet man zahlreiche Bauernversammlungen, über eine, in der Nähe von Stuttgart, wollen wir berichten.

Annähernd 80 Bauern drängen sich in den Versammlungsraum des Gasthofs „Zum Bären" in Albershausen. Die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk hat zu einer Versammlung aufgerufen mit Hilfe von Flugblättern, die vor einer Versammlung des Kreisbauernverbandes verteilt wurden. Auf den Tischen liegt zur Ansicht die Zeitung der Arbeitsgemeinschaft das „Freie Landvolk" aus und erregt die erste Aufmerksamkeit der Bauern. Besonders lebhaft diskutiert man schon vor Beginn der Versammlung einen Artikel über den Bauernverbandspräsidenten Heereman, der über 27 „Ehrenämter" in Berufsstand, Industrie und Banken inne hat.

Ein Vertreter der Gruppe Göppingen der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk, der Bauer Heinz Eberhardt aus Sparwiesen, eröffnet die Versammlung. Mit knappen Sätzen umreißt er die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft in dieser Region und übergibt dann einem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft, dem Bauern Gerd Coldewey, das Wort zum Hauptreferat des Abends.

Gerd Coldewey gibt einen kurzen Überblick über die Lage der Bauern. In den letzten fünf Jahren waren durchschnittliche Einkommensverluste von über 25 Prozent zu beklagen. Während die Großbauern oder Agrarkapitalisten Einkommen von über 80000 Mark pro Arbeitskraft und Jahr erzielen konnten, haben 25 Prozent aller Bauern im Vollerwerb nur ein Einkommen von minus 600 Mark. Auf der anderen Seite bekommt die Landwirtschaft von den Kassen der EG, der Bundesrepublik und den Ländern Zuschüsse, daß jeder Bauer, egal ob er im Vollerwerb, im Zuerwerb oder im Nebenerwerb tätig ist, über 15000 Mark auf die Hand bekommen könnte, ohne auch nur einen Handschlag dafür arbeiten zu müssen.

Die Einkommenssituation zeigt, daß diese Förderungen nur den Großen in der Landwirtschaft zugute kamen, während die bäuerliche Landwirtschaft immer stärker ruiniert wird. Im letzten Jahr hat es schon über 600 Zwangsversteigerungen von Bauernhöfen gegeben. Gerd Coldewey griff hart die Führung des Bauernverbandes an, die die Ruinierung der Bauern nicht ungern sehen würde, weil das Agrarkapital ein starkes Interesse an ruinierten Bauern hat. An dem Großgrundbesitzer und DBV-Präsidenten Freiherrn Heereman wurde dies für alle Anwesenden lebhaft deutlich gemacht. Heereman befindet sich nun als CDU-Kandidat für den nächsten Bundestag auf dem Sprung nach Bonn und könnte gar Landwirtschaftsminister werden. Aus diesem Grunde unterläßt er alle Dinge, die im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft liegen, um später als Minister leichtes Spiel gegen die Bauern zu haben.

gezahlt werden. Gerd Coldewey machte anhand der Bundestagswahl klar, daß eine solche Forderung, die im Interesse der Masse der Bauern ist, nur im Kampf durchgesetzt werden kann. Diesen Kampf will die Arbeitsgemeinschaft fördern.

In der anschließenden Diskussion meldete sich zuerst der Kreisbauernvorsitzende, Otto Müller, zu Wort. Mit scharfen Worten griff er die Arbeitsge-



Bauernverbandschef Heereman — nicht zuletzt um seinen Reichtum ging die Diskussion

Zum Abschluß des Referats zeigte Gerd Coldewey auf, wie sich die Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk eine Agrarpolitik zum Wohle der bäuerlichen Landwirtschaft vorstellt. Nicht die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sollten gestützt werden, weil davon nur der Produzent von großen Mengen profitiert. Darum sollte eine Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft sich nach dem Einkommen richten, direkte Einkommensbeihilfen sollten vom Staat

meinschaft an, bezichtigte einige Ausführungen als glatte Lügen. Überall, wo er hinkomme, sei das Freie Landvolk vertreten und sei für ihn ein Zeichen, daß die Arbeitsgemeinschaft „von der Ostzone finanziert" würde. In seinen Ausführungen zeigte Müller allerdings starke Informationslücken auf und zog sich schon bald den Unwillen der versammelten Bauern zu. Im Laufe der Versammlung merkte der Kreisbauernvorsitzende den Wind von vorne und schlug eine neue Taktik ein: Er gab sich selbst als einen Oppositionellen im Bauernverband aus und freute sich über die Existenz der Arbeitsgemeinschaft. Doch auch diese Schmierenkomödie wurde von den versammelten Bauern entlarvt.

Zahlreiche Bauern ergriffen in der Versammlung das Wort und zeigten an vielen Beispielen die planmäßige Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft auf. Die Konzentration zu immer größeren Schlachthöfen zu ungunsten der kleinen und mittleren Bauern gehörte ebenso zur Diskussion, wie auch Vorschläge, wie der Kampf der bäuerlichen Landwirtschaft eröffnet werden kann.

Einige Bauern interessierten sich für eine Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk oder wollten zumindest die Zeitung regelmäßig lesen. Obwohl die Versammlung kurz nach 23 Uhr offiziell geschlossen wurde, saßen die meisten Bauern noch lange bei lebhaften Diskussionen zusammen. Lange nach Mitternacht brannten im Gasthof „Zum Bären" noch sämtliche Lampen.

Neu erschienen!



„Zwischenruf links" — Zeitung der Kommunistischen Studenten, Nummer 1/83. Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526, Preis: 50 Pfennig.

Wer klagte da eigentlich?

Ein Hüter der Verfassung?

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage von vier Bundestagsabgeordneten gegen die Auflösung des Bundestages und damit gegen die Neuwahl zurückgewiesen. Nicht uninteressant ist dabei die Frage, wer das denn eigentlich war, der da klagte. Mit einem der Kläger befaßt sich die folgende Korrespondenz, der Betreffende wird da etwas näher angeschaut...

Zu den Klägern gehörte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Lagershausen aus dem Landkreis Wesermarsch. Lagershausen gehörte dem Bundestag schon mehrere Wahlperioden an. Zumeist gelangte er über die niedersächsische Landesliste hinein, im letzten Bundestag saß er als Nachrücker für einen verstorbenen Abgeordneten drin. Mit seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht verfolgte Lagershausen keineswegs demokratische, sondern höchst eigennützige Motive. Da er innerhalb der CDU umstritten ist, bemühte er sich vergeblich um seine Nominierung als Direktkandidat. Auch wurde er nicht, wie in früheren Jahren, auf die Landesliste genommen. Erst, als diese Fakten für Lagershausen klar waren, reichte er seine Klage ein und machte der Öffentlichkeit deutlich, daß er gegen die Auflösung des Bundestages war.

Lagershausen ist auf die Diäten als Bundestagsabgeordneter angewiesen. Zwar bekommt er auch jetzt eine dicke Rente, aber die reicht nicht aus, sein höchst aufwendiges Leben zu finanzieren und seinen Schuldenberg abzubauen. Zu seinen Diäten könnte er sicherlich noch manche Mark von der Lobby für bestimmte Dienste kassieren, und dieses Geld braucht er dringend.

Von Beruf ist Lagershausen Bauer und hat seinen Hof in Berne im Landkreis Wesermarsch. Einer seiner Söhne wollte den Hof übernehmen, mußte aber etwa vor einem Jahr erleben, daß sämtliches Land vom Bundestagsabgeordneten in einem Nacht-und-Nebel-Geschäft verkauft wurde. Doch selbst dieser Verkaufserlös von über einer Million Mark konnte die Schulden von Lagershausen nicht abdecken, CDU-Mitglieder sprechen davon, eine weitere halbe Million stände noch offen. Nun hat Lagershausen dieses Geld nicht mit seiner politischen Tätigkeit verbraten, in Bonn galt er immer als Hinterbänkler. Nein, unser CDU-Bundestagsabgeordneter ist dem Glücksspiel verfallen und jede freie Minute hält er sich in den Spielcasinos von Bad Zwischenahn oder Bremen auf.

Die Auflösung des Bundestages bedeutet für Lagershausen das persönliche Aus. Die dicke Rente aus Bonn reicht nicht zur Deckung der Schulden aus, der Besuch im Spielcasino fällt auch flach. Seinen Beruf als Bauer kann er auch nicht mehr ausüben, weil er die Nutzfläche verkauft hat. Nur der Gang nach Karlsruhe könnte für Lagershausen die Wende bringen.

Schlußfolgerung: Das Kapital benutzt nicht nur seine Politiker, sondern auch die Politiker profitieren vom Kapital. Gesetze und Verordnungen werden darum nicht nur im Interesse des Kapitals erlassen, sondern oftmals sind sie mit eigenen Interessen verknüpft. Das sollte man öfters mal aufzeigen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Wessen Staat ist der Staat?

Liebe Genossen,

„kein Bock auf Illusionen" lautete die Parole auf dem zur Illustrierung des Stahlindustrie-Verstaatlichungsartikels abgedruckten Foto. Doch entgegen dieser visuellen Bekräftigung werden in dem Beitrag des Genossen aus einer Stahlbetriebszelle Illusionen geschürt und zwar in den Staat. Ich will das an zwei Zitaten klarmachen:

1.) In dem Artikel heißt es:

„Deshalb scheint auch uns der Kampf um die Verstaatlichung der Stahlindustrie eine richtige Gegenstrategie zu sein. Insbesondere, weil es ein Weg ist, der alle Stahlarbeiter in den Kampf führt, **gegen die Kapitalseite, gegen die Banken.**" (Hervorhebungen — J.)

2.) Gegen Ende des Artikels:

„Die Frage, die sich hier stellt ist doch: Richten sich die Entscheidungen nach der einzelwirtschaftlichen Rentabilität (...) **oder an unseren Interessen an Arbeit und Lohn aus?**"

Der westdeutsche kapitalistische Staat hat — wie in den anderen kapitalistischen Ländern — stärker, hemmungsloser und offener in den letzten Monaten gezeigt, mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten die kapitalistische Krise überwunden werden soll und somit klarer denn je seine Rolle und Aufgabe als „Interessensvertreter des Gesamtkapitals" wahrgenommen.

Unser Kampf als Kommunisten um notwendige ökonomische Tagesfragen und Forderungen darf den politischen Kampf nicht hinten anstellen oder aus dem Spiel lassen.

Der Staat schwebt nicht über den Klassen, wie es in dem Artikel indirekt anklingt („...Kampf gegen die Kapitalseite, die Banken") noch richten sich seine Entscheidungen nach den „Interessen der Werktätigen an Arbeit und Lohn aus". Und doch gibt es graduelle Unterschiede zwischen dem Vorgehen der Einzelkapitalisten und dem Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten". Diese Unterschiede aber gilt es rauszuarbeiten und für den Kampf auszunutzen. Das aber wird in diesem Artikel nicht geleistet.

Was wir übrigens in diesem, wie in vielen anderen Artikeln in den RMs auffiel ist, daß der politische Kampf im Sinne von politischer, ideologischer Erziehung, das sich Stützen auf wichtige Analysen der Klassiker (Lenin hat zur Frage der Verstaatlichung, zur Organisation des kapitalistischen-imperialistischen Systems etliches geschrieben) kurz: Die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus unheimlich vernachlässigt wird.

Was nützt der „ML" im Namen, wenn wir ihn nicht anwenden und verbreiten?

Viele staatsfeindliche, internationalistische Grüße von Jutta

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 8, 25 Şubat 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

Heckel İşçilerinin üç ay süren işyeri işgali sona erdi.

İG Metall işgale karşı hangi tavrı takındı?

Sayfa 2'de



Veri kayıtlarına karşı protesto

Nisan 1983 yapılması öngörülen nüfus sayımı giderek yoğun protestolara yol açıyor. Bireylerin tüm verilerinin kayıt edilmesine karşı olanlar yalnızca solcular değil. Tüm yurttaşların verilerinin kayıt edilmesi, bunları tüm makamların kullanmasına imkân tanınması, şimdi Batı Berlinli bir grup bilim adamını da açık eleştiriye teşvik etti. Onlar yaptıkları bir açıklamada, verilerin kayıt edilmesini tehlikeli bir şey olarak nitelediler. Çünkü bunların "siyasi iktidar ve siyasi düzen tarafından tek yanlı olarak kötüye kullanılabileceğini" belirttiler.

Bilim adamları özellikle verilerin korunmasında önlemlerin tamamen yetersiz olmasını eleştirdiler. Gelecekte bu veri kayıtlarının kimlerin eline geçebileceğinin kesin olarak tahmin etmenin mümkün olmadığını vurguladılar.

Bunun için veri kayıtlarının yapılmasına karşı direniş ve protesto eylemleri daha da gereklidir.

Katil hala iktidarda

Beyrut'taki Sabra ve Shatila Filistin göçmen kamplarında geçen yıl girişilen katliamın sorumlusunun İsrail siyonistlerinin olduğunu vurgulamıştık. Nitekim yapılan araştırmalar bunu doğruladı. Ancak bugün İsrail Savunma Bakanı Sharon'un doğrudan sorumluluğunun ispatlanmasıyla birlikte onun istifa etmek zorunda kalmasından her kimki ciddi sonuçlar çıkarıldığına inanıyorsa, yanılıyordur. Çünkü Sharon hâlâ Begin kabinesinde yer alıyor ve şefi Begin'in Özel İşler Bakanı oldu.

Onun özel isteği üzerine şimdi Sharon'a bazı görevler de verildi. O, savunma kabinesinde, hükümetin savaş planlama komisyonunda ve hükümetin "yönetim komitesinde" yer alıyor. Böylece Sharon İsrail'in Lübnan'a karşı izlediği politikasında doğrudan görev yapmaya devam ediyor.

Şimdiye değin o bu politikayı ateş ve kılıçla sürdürdü. Ve bunun değişeceği söz konusu da değildir. Nitekim onun hükümetten uzaklaştırılmasını talep eden İsrail yurttaşlarının üzerine dostları el bombaları attılar! Begin'in ve Sharon'un politikası hala devam ediyor!

Hamburg ve Mannheim'de kapatma kararı protesto edildi

Dev Sol ve Halk Der'in kapatılması kararı geri alınmalıdır!

Hiç bir tutuklu demokrat sınırdışı edilmemelidir!

Bilindiği gibi 9 Şubat Çarşamba günü Federal İçişleri Bakanı Zimmermann'ın (CSU) kararıyla Federal Almanya'da Dev Sol ve Halk-Der kapatıldı. Dernek lokallerinde ve evlerde yapılan aramalarda polis üye listelerine, bildirilere ve dernek mallarına el koydu. Batı Alman makamlarının bu dehşet yaratıcı kararlarını protesto etmek amacıyla geçen hafta bir çok şehirde yürüyüş düzenlendi.

Bu yasak kararıyla Batı Alman makamları Türkiye'deki faşist cuntaya somut bir katkıda daha bulundular. Ancak bu yasağı sadece Federal Hükümet'in faşist cuntaya karşı protestoları önlemek istediği ile sınırlı olarak değerlendirmek şüphesiz ki yanlış olur. Bu yasak kararıyla Bonn'daki koyu gericiliğin temsilcileri bir bütün olarak Batı Alman sol hareketine saldırıya geçmenin bir sinyalini verdiler. Kuşkusuz ki, bugün bir çırpıda yerli ve yabancı anti-faşist, ilerici ve komünist örgütleri yasaklamak geniş protestolara mal olurdu. Bunun için koyu gericilik bu planını gerçekleştirmede ilk adım olarak hem siyasi hakları sınırlı olan hem de küçük olan bir Türkiyeli örgütü seçti. Koyu gericiliğin temsilcileri attıkları bu adımla bir taşla iki kuşu vurmak istiyorlar: Birincisi ilerici ve anti-faşist örgütleri ve dernekleri yasaklamanın zeminini hazırlamak; ikincisi ise yasak kararına karşı protestoların ve direniş eylemlerinin genişliğinin hangi çapta olduğunu ölçmek.

Nitekim koyu gericiliğin temsilcileri geçen yıl başa gelmelerinin hemen ardından "aşırı" yabancı örgütlerin yasaklanmasını ve bunalara üye olanların derhal sınır dışı edilmesini talep etmişlerdi. Ve bunu gerçekleştirmek için de yabancılar kanununun daha da sertleştirilmesini istemiştiler, istiyorlar. Yabancılar Kanunu'nun daha da sertleştirilmesi amacıyla bir taslak hazırlamak için kurulan komisyon, çalışmalarının sonucunu 1 Mart'ta açıklayacak.



İşte Federal İçişleri Bakanı'nın Dev Sol'u ve Halk Der'i yasaklama kararının ardında yatan bu gerçekleri gören ve bu kararın protesto edilmesi gerektiğini kavrayan anti-faşistler hemen harekete geçtiler. 19 Şubat'ta Hamburg'ta aralarında partimiz KPD'nin de yer aldığı çok sayıda yerli ve yabancı örgütün eylem birliği temelinde çağrı yapılan bir yürüyüşe 1000'i aşkın anti-faşist ve ilerici katıldı. Aynı günü Mannheim'de 14 örgütün eylem birliği temelinde gerçekleşen eyleme 150'ye yakın ilerici katıldı. Polis eylemden önce bir Türkiyeli anti-faşistin evinde arama yaptığı gibi, aynı şekilde yürüyüşün başladığı alanda toplananlara da saldırarak tek tek Türkiyelileri geçici olarak göz altına almaya çalıştı. Ancak bu bir çok durumda önlenebildi. Gözaltına aldıklarını ise kimlik tespiti yaptıktan sonra tekrar serbest bırakmak zorunda kaldılar.

Yapılan her iki yürüyüşte; yasak kararının derhal kaldırılması, tutuklu bulunan örgüt üyelerinin sınırdışı edilmemesi, tüm demokratik örgütler için özgür siyasi faaliyet hakkı talep edildi.

Bu hafta sonunda da yasak kararına karşı eylemlerin yapılması öngörülüyor. Örneğin 26 Şubat'ta Dortmund'da bir yürüyüş yapılacak.

Federal İçişleri Bakanı'nın bu kararına karşı protestoların her tarafta yoğunlaştırılması küçümsenmez bir öneme sahiptir.

Tabiatı Koruma Örgütü protesto eylemi düzenledi

21 Şubat'ta yeni Tabiyatı Koruma Örgütü "Robin Wood"un üyeleri Federal Almanya çapında ormanların çürümesine ve asitli yağmura karşı protesto gösterisi yaptılar.

Kükürt asidinin üretildiği santralların bacalarını işgal eden ve başka eylemler düzenleyen Tabiyat Koruyucuları, bu eylemleri ile doğaya yönelik tehlikeler üzerine dikkatleri çekmek istiyordular. Hamburg'ta, "Mişel"e bir pankart astılar, aynı gösterişli eylemler Bremen, Batı Berlin, Köln ve Kiel'de de yapıldı. "Robin Wood" Gruplarının yaptığı açıklamaya göre, bu eylemler, uzun sürecek bir kampanyanın yalnızca bir başlangıcını oluşturuyor.

Kadınlar, madde 218'e karşı Karlsruhe'de yürüyecekler

Geißler yalan söylüyor!

CDU genel sekreteri Heiner Geisler, bu hafta CDU'nun madde 218'e dokunmak istemediğini iddia etti. O, bununla kadınların Karlsruhe'de düzenlemek istedikleri yürüyüşe karşı bir kaçamak yolu bulmak istiyor. Çünkü aynı anda o, çocuk aldırmanın finanse edilmesi üzerine karar vermenin "Federal Anayasa Mahkemesi'nin bir meselesi" (BVG) olduğunu vurguladı.

Eh, zaten sorunu ilk planda en azından bu oluşturuyor. BVG, çocuk aldırmanın gene zenginlerin bir sınıf imtiyazı olup olmamasını kararlaştıracak. Üstelik bunu, bileşimi ve faaliyeti ile CDU'ya yakın olduğunu ne inkar edebilen ne de inkar etmek isteyen bir mahkeme görüşecek. O, klerikalizmin CDU ile işbirliği temelinde organize ettiği dava hakkında karar verecek.

İşte buda, CDU'nun, bay Blüm'ün "ailenin nezaketli iktidarı" üzerine tezini gerçekleştirmek istemesinde bir dönüm noktası olacak. Bu, kilise mensuplarının, zenginlerin ve siyasi gericiliğin mukaddes şeyi olacaktır. Çünkü onların istediği aile, gerek aile olarak gerekse aile içinde bağımlılığı (ailede yalnızca bir kişinin kazanması ve kadının ise gelirinin olmaması) ve "allahın istediği" sözümona (aile ve devlette) "tabi" otoriteyi kapsıyor.

Bunun için çocuk aldırmaların hastalık sigorta belgesi (Krankenschein) üzerinden finanse edilmesini savunmak yalnızca yerli ve yabancı kadınların değil, aynı şekilde tüm ilericilerin, aydın insanların da bir talebi olmalıdır!



Madde 218'e karşı yürüyüş

Kadının kendi kaderini tayin etme hakkı için!
Madde 218 kaldırılmalıdır!
8 yıl sonra madde 218 tekrar Federal Anayasa Mahkemesi'nin gündeminde. Bu kez de çocuk aldırmanın mansrafının hastalık sigortaları tarafından karşılanmasının yasalara aykırı olup olmadığı kararlaştırılmak isteniyor.
Bunun için talebimiz:
Çocuk aldırma gelecekte de hastalık sigorta belgesi üzerinden finanse edilmelidir!
Madde 218 kaldırılmalı!
Tarih: 26.2., saat 11'de
Yer: Adenauerring (üniversitenin önünde) Karlsruhe

Bremen tersanelerinin birleştirilmesi planı direnişe yol açtı

Tersane işçileri mücadeleye hazırlanıyorlar

Tersane Yönetim Kurulları, ancak Bremen Wulkan-Werft'te 1000 işçinin çıkışının verilmesi ve AG Weser ile derhal bir birleşme Bremen Tersanelerini koruyabilir diyorlar. Basında çıkan çeşitli haberlere göre iki tersanenin birleştirilmesinin hatta 2000 işyerine mal olacağı belirtilmektedir.

İG Metall sendikası görüldüğü kadarıyla 3 Mart'ta bölgesel protesto eylemleri hazırlıyor. Sermaye şimdi uzun zamandan beri hazır olan tersaneleri kapatma planlarını gerçekleştirmek istiyor. Elbette işyerlerini kökünden yok etme planları için bir de kendilerine milyonlarca vergi parası verilmesini talep ediyorlar.

İster Bremen'de, ister Kiel ve Hamburg'ta olsun, tersane işçileri son dönemlerde düzenledikleri protesto eylemleri ve grevleriyle işyerlerini korumak uğruna mücadele etmeye hazır olduklarını ispatladılar. Ancak bu da, tersanelerin en büyük hisse sahibi olan ve izledikleri rotalarında tersane branşından yatırımlarını çekerek, tersaneleri kapatmak, zararını ise devlet kasasından karşılamak isteyen Thyssen/Krupp patronlarının planlarıyla uygunluk içermiyor.

Aşağı yukarı on yıl içinde tersane sahiplerinin kasalarına 5 milyarı aşkın Mark aktı. Hafta başında Almanya Komünist Partisi, KPD'nin Bremen'de dağıttığı bir bildiride bu konuya ilişkin olarak şöyle yazıyor: "Görüldüğü gibi hisse sahiplerinin hedefi tersaneleri 'sağlamlaştırmak' değil. Tekel ve bankalar mümkün olduğunca emeğimizden daha fazla kâr elde etmek ve uzun süreçte tümünü (tersaneleri) kapatmak istiyorlar." Yerli ve yabancı tersane işçileri, banka ve tekellerin bu hesaplarını boşa çıkarmalıdırlar!

Üç ay süren Heckel işgali sona erdi

İG Metall işgale karşı hangi tavrı takındı?

Saarbrücken-Burbach'daki Heckel işçileri tam üç üy süren sansasyonal işyeri işgali eylemini sona erdirdiler. Mücadelelerinin bir sonucu: Hiç bir işçinin çıkışı verilmeyecek. Şimdiye değin aldıkları ücretin 5 yıllık garantisi temelinde Heckel işçileri, ARBED tekeline bağlı çevredeki işletmeler tarafından işe alınacaklar. Kuşkusuz ki, Heckel işçileri esas hedeflerini gerçekleştiremediler. 200 işyerinin olduğu işletmenin 31 Mart'ta karşılıksız olarak kapatılması öngörülüyor.

Daha başından şu gerçeği vurgulamak isteriz: Biz Heckel personelinin mücadelesinin boşuna olmadığından eminiz. İşçi arkadaşlar, takdir edilmesi gereken tavırlarıyla ve dayanıklı olmalarıyla, işyerini korumak uğruna mücadele sürdürmek zorunda olan diğer işçilere bir sinyal verdiler. Eğer Heckel işçilerinin mücadelesi İG Metall tarafından tam olarak desteklenmiş olsaydı, kuşkusuz ki, o zaman belkide bugün işletmenin kapatılması önlenmiş ya da 200 işyeri garanti edilmiş olurdu.

4 Kasım 1982 tarihinde Heckel işçileri yaptıkları bir personel toplantısında oy birliğiyle üretimi sürdürme temelinde işyerini işgal etmeyi kararlaştırdılar. Bu tarihten beri 207 işçi arkadaş gece ve gündüz işyerinde kaldılar. İaşeyi iş günleri işyeri kantininden sağladılar; hafta sonu ise aileleri ve çocukları evden yiyecek getiriyordular.

Techno-ARBED (Georg Heckel GmbH'nın ait olduğu ana şirket) Denetleme Kurulu, işsizlikten ağır bir şekilde etkilenen Saarbrücken'in Burbach semtindeki işletmeyi 31 Mart 1983'te karşılıksız olarak kapatmayı kararlaştırdı. Bunun üzerine işçiler mücadeleye atılarak işyerlerini korumaya koyuldular.

Ayrıca Denetleme Kurulu'nun bu kararı oy birliği ile alındı, yani Denetleme Kurulun'daki "işçi sözcüleri" de bu kararı onayladılar. Denetleme Kurulu bu kararı almakla Temmuz 1982'de personele verdiği şu sözü bozmuş oldu: "Şayet Saarland'ın dışında tel üretiminin yoğunlaştırılması söz konusu olursa, o zaman ARBED yok olan işyerlerini, ağırlık noktası Burbach'ta olması kaydıyla yedek faaliyetlerle karşılayacaktır." Bu sözün verilmesini bile Heckel işçi temsilcileri açlık grevi yaparak sağlamıştılar.

İG Metall'ın mücadeleyi destekleyeceğini ümit etme

Heckel işçileri kasım ayında işyerinin işgalini hep birlikte kararlaştırdıkları gibi, aynı şekilde mücadeleyi sona erdirme kararını da birlikte aldılar. İşçilerin bu kararı almalarının nedenini, Saarland CDU/FDP Eyalet Hükümeti'nin Ocak 1983 sonunda işletmenin kapatılmasına yeşil ışık yakması oluşturuyor. Ancak bunun derin nedeni ise, İG Metall sendikasının Heckel işçilerini pratikte yalnız başına bıraktığı gerçeğinde aranmalıdır.

Yapılan bir çok dayanışma açıklaması ve bağışlar gibi, başka işletmelerin işçilerinin kendiliğinden dayanışma eylemleri yeterli değildi. Tek başına



Heckel işçileri işletmenin kapatılmasını önlemek için işyerini işgal etmiştiler.

bırakılan küçük bir personel-ARBED gibi güçlü bir tekeli mevcut şartlar altında oldukça zor dize getirebilir.

Gerçi Heckel işçileri sokağa atılmamaktalar; onlara çevredeki ARBED işletmelerinde işyeri teklif edilmektedir. İşyeri işgali olmasaydı, bunun gerçekleşip gerçekleşmeyeceği bir sorun teşkil etmektedir. Ancak Saarbrücken'in Burbach semtinde 200 işyerinin karşılıksız olarak yok edilmesi, kararlaştırılmış bir mesele olarak görünüyor. Ve bu üstelik ARBED'in Burbach dökümhanesinde bulunan 8 bin işyerinden 6 binini yok ettiği bir döneme rastlıyor. Daha bugünden bile Saarbrücken'de yüzde 15'in üzerinde olan işsizlik, Burbach semtinde daha da yüksektir.

Böylece Heckel işçileri, işyerlerinin yok edilmesinin artık önüne geçilmesinin gereğini kavramıştılar. Bunun için de onlar kendilerinin bir sosyal planla yemlenmelerine karşıydılar. Onlar küçük bir personel olmalarına, büyük ve güçlü bir tekelle karşı karşıya bulunmalarına rağmen, işyerleri uğruna mücadele sürdürmeyi tercih ettiler. Elbette Heckel işçileri, mücadelelerinde yalnız kalmayacaklarını, eylemlerinin akışında durumun değişeceğini ve İG Metall sendikasının kendilerini destekleyeceğini ümit ediyordular. Çünkü, sorunu yalnızca Heckel oluşturmuyor. ARBED kapitalistleri, Saarland çelik sanayisinde binlerce işyerini daha yok etmek istiyorlar.

Nitekim Heckel işçileri işyeri işgalinin başlamasının ardından çıkardıkları bir bildiride şöyle diyordular: "Biz, bu durumda şimdi her işyeri uğruna mücadele sürdürmenin her hallükârda gerekli olduğu düşüncesindeyiz. Biz bunu yalnızca kendimize değil, aynı şekilde burada Saar'da bir gelecekleri olması gereken çocuklarımıza da borçluyuz!" Heckel işçilerinin, sendikanın kendilerine tam olarak arka çıkacağı ve mücadelelerini diğer tekel bölümlerine de taşıyacağı umudu yerine getirilmedi.

Niçin greve gidilmedi?

İlk planda şu soru gündeme geliyor: Bilindiği gibi Heckel işçileri işgal altında bulundurdukları işletmede üretimi sürdürdüler. Onlar grev silahına başvurmaktan kaçındılar. Niçin? Bir grev, mücadelelerinin başarı gücünü daha da pekiştirmez miydi?

Görüldüğü kadarıyla işçi arkadaşlar, kendilerinin içinde bulundukları durumda, ARBED patronlarının zaten işletmeyi kapatmak istediklerinden dolayı grevle bir şeyin elde edilemeyeceği kanısındaydılar.

Bunun gerçekten Heckel işçilerinin düşüncesi olup olmadığı ya da onların düşüncelerinde ne denli rol oynadığı tarafımızdan bilinmiyor. Ancak biz bu tür bir görüşü doğru görmeyiz. Biz komünistler grevin mücadele aracı olarak işyerinin kapatılması planının önlenmesinde de (ya da ek işyerlerinin yaratılmasının sağlanmasında) etkili ve vaz geçilmez bir araç olduğu düşüncesindeyiz.

Kapitalistler, grevden, yalnızca onun doğrudan yol açtığı ekonomik etkilerinden dolayı (ki kural olarak ilk planda bundan da değil) öcü gibi korkmamaktalar. Bundan ziyade grev, onlar için tehlikeli bir şey. Çünkü bu, işçi sınıfının gücünü gösteriyor. Ve bu yalnızca basit bir şekilde bir tek işverenin kâr hırsını tehdit ettiği anlamını taşımamaktadır. Bundan öte bu, daha ziyade kapitalistleri hakim sınıf olarak da tehdit etmektedir. Özellikle kapitalistlerle ücretliler arasında sınıf zıtlıklarının keskinleştiği derinleşen kriz dönemlerinde bu görüş açısı büyük önem kazanır.

Bunun içinde biz, Heckel'de işyeri işgali ile birlikte **greve de gidilmiş** olsaydı, bu anlamlı olurdu fikrindeyiz. Şüphesiz ki, bu tür bir adım Heckel işçilerinin mücadelesinin kıvılcım saçan etkisini güçlendirmiş olurdu.

Yalnızca Heckel işçilerinin bir sorunu değil!

Fakat şu nokta açık olmalıdır: İster grevle birlikte olsun, isterse grevsiz olsun, yalnız bırakılan 200 Heckel işçisinin ve eşlerinin mücadelesi, ARBED patronlarını rasyonalleştirme planlarından vaz geçirmek için yeterli değildi. Ayrıca bu mücadelede sorunu yalnızca Heckel personelinin bir sorunu olarak görmek, durumun tamamen göz ardı edilmesi demektir.

Bununla ilintili olarak Heckel işçi temsilciliği başkanı Günter Gard'ın, işyeri işgalinin sona erdirilmesi toplantısında yaptığı şu tespit ilgi çekicidir: Heckel olayında, Saarland çelik sanayisinin ARBED'in yönetimi altında "yeniden düzenlenmesi"nin başlamasından bu yana ilk olarak "bir personel bu işyerlerini korumak için harekete geçti."

Soru gündemde pratik olarak şu şekilde duruyor: Ya İG Metall sendikası mali sermayenin çelik krizinde izlediği kâra yönelik "çözüm imkanları" olan kökünden onarma stratejisini kabullenir; ya da o, bu kapitalist stratejiyi reddeder ve işyeryerlerinin korunması için mücadeleyi başlatır. Kökünden onarma stratejisinin yalnızca tek tek personelin ya da personelin bir kısmının kendiliğinden direniş mücadelesiyle durdurulması mümkün değildir.

Heckel'deki mücadele, çelik tekellerinin, işyerlerinin yok edilmesi için yeni bir saldırı başlatıkları bir ortamda başladı. Bunun için de başta Duisburg-Rheinhausen'deki Krupp personeli olmak üzere diğer çelik işletmelerinde işçiler kendiliğinden direniş eylemleri düzenlediler. Bu durumda Heckel işçilerinin işyeri işgali, çelik işçilerinin kökünden onarmalara karşı bir dizi eylem ve mücadeleleri, bir branş hareketi için bir başlangıca dönüştürülebilirdi. Ancak bunun için sendika örgütlerinin gerekli adımı atmaları zorunluydu. Bunun yerine İG Metall'ın yetkili baş yöneticileri her ortamda mücadeleyi saptırma çalışıyordular.

Kâr çıkarlarına anlayış mı göstermek?

İG Metall Yönetimi kapitalistlerin işyerlerini yok etme stratejisini **reddetmiyor.** O, bundan ziyade işyerlerinin korunması için sürdürülen kararlı mücadeleleri reddediyor. Örneğin bunu bugün İGM'nin Denetleme Kurulları'ndaki "söz sahibi olan yöneticilerinin" çelik patronlarının işçi düşmanı onarma planlarını onaylamalarında görmekteyiz.

Heckel işçilerinin, İGM'den bekleyebildikleri en küçük şey, onun en azından Köln'deki Techno-ARBED personelini Burbach'daki işçilerin mücadelesi hakkında aydınlatması ve dayanışmaya çağırmasıydı. Belkide İG Metall'ın bu tür bir faaliyetiyle bile işyeri işgalcilerinin başarı şansları daha olumlu bir şekilde biçimlendirilmiş olurdu.

Ne var ki, İG Metall bunu bile yapmadı! Bundan ziyade, bazı İGM yöneticilerinin Köln ARBED personelini her türlü aydınlatma girişimini bilinçli olarak sabote ettikleri görülmektedir. Örneğin İGM Köln yönetimi, Heckel kadınlarına işyeri işgali üzerine bir bilgi toplantısını yapabilmek için ihtiyaç duydukları bir salonu vermedi.

Üç aylık işyeri işgalinin, personel üyelerinin üç ay ailelerinden ayrı kalmalarının, üç ay aralıksız mücadele sürdürmenin, emin olamamanın, umut ve hasret çekmenin personel için büyük bir yük olduğunu geniş bir şekilde ispatlamamıza gerek yoktur. Heckel işçilerinin eşleri, kocalarını mücadelelerinde aktif bir şekilde desteklemiş, bir çalışma grubunda birleşmemiş ve bizzat kendileri mücadeleye katılmamış olsalardı, o zaman tüm bu zorluklara dayanmak herhalde söz konusu olamazdı.

Ve bugün işçi arkadaşlar, işyerlerinin korunmasını sağlamadan ve garanti etmeden işyeri işgaline son vermek zorunda kaldılarsa, bunun esas sorumluluğu yetkili İGM yönetici organlarının tutumunda yatmaktadır. Çünkü bunlar kararlı bir sendikal desteği önlediler.

Tüm bunlara rağmen, Heckel işçilerinin mücadelesi anlamsız değildi. İşyerlerinin yok edilmesine seyirci kalarak kabullenmekten ziyade, direnerek bir yenilgiye uğramak bundan iyidir! Evvelki cumartesi günü işyeri işgalinin ardından yapılan toplantı da işçi temsilciliği başkanı Günter Gard haklı olarak şunu diyordu: "Eğer başkaları da bu yolu izleyecek olursa, o zaman bizim mücadelemiz boşuna değildir."

Fakat bu işyeri işgalinin tecrübelerinden öğrenmek gereklidir. Bizce bundan çıkarılması gereken önemli derslerden biri, sendikalarımız içinde başka bir çizginin hakim kılınmasıdır. Bizim, işçilerin her mücadelesini kayıtsız şartsız olarak kararlı bir şekilde destekleyen sendikaya ihtiyacımız var. Kapitalistlerin kâr çıkarlarının göz önünde bulundurulması gerektiği görüşünde olan sendika yöneticileri mücadelemizi her zaman arkadan hançerleyeceklerdir.

Güney Almanya metal işçileri ücretlerinin düşürülmesini reddediyorlar

Çok yönlü eylemler ile mücadele azmi güçlendirilmelidir!

STUTTGART. — Baden-Württemberg metal işçileri, çok yönlü eylemler aracılığıyla işyerlerinde ücret turları için seferberliği garantilemek istiyorlar. 10 Şubat'ta Stuttgart İGM örgütünün yaptığı bir yöneticiler konferansında gerekli önlemler ve eylem biçimleri üzerine konuşuldu.

Baden-Württemberg metal işçileri son haftalar içinde de seslerini yükselttiler. Ücret görüşmelerinin sürdüğü bölgelerde yürüyüş yaparak ve görüşme salonlarını işgal ederek, işverenlere, bu yıl gerçek ücretlerinin yeniden düşürülmesini kabullenmek istemedikleri hedeflerinde ciddi olduklarını açıkca gösterdiler. Fellbach ve Ballingen'de yapılan eylemlerden sonra, evvelki hafta perşembe günü de ikinci toplu sözleşme görüşmelerinin başlaması nedeniyle Freiburg'ta metal işçileri işverenlerin prokavatif önerilerini protesto ettiler. Aynı şekilde burada da işçi arkadaşlar görüşmenin yapıldığı salonu işgal ederek, attıkları slogan ve taşıdıkları pankartlarla görüşlerini vurguladılar. İşçilerin bu eylemini bir provakasyon olarak değerlendiren işverenler, görüşmeleri yarıda kestiler. Onlar zaten İG Metall'ın ileri sürdüğü en az 115 DM olmak üzere, yüzde 6,5'lik zam talebinin görüşmelerde temel alınmasını istemiyordular.

İG Metall Stuttgart örgütünün yöneticiler konferansında konuşan birinci vekil Ernst Eisenmann, işverenlerin, ücretlerin üç aylık dondurulmasıyla birlikte önerdikleri yüzde 2,2 ücret zammını "vahşi bir sınıf mücadelesi olarak" niteledi.

Eisenmann "şayet onlar bizi bir kez daha gerçek ücretlerin sınırının altına itebilirlerse, o zaman ben gelecek turlar, çalışma süresinin kısaltılması için seferberliğin ve gücün nereden geleceğini bilmiyorum" dedi.

Toplantıda, çok yönlü eylemlerle personellerin daha şimdiden aktif bir şekilde toplu sözleşme turlarına çekilmesi gerektiği belirtildi. İG Metall vekili buna ilişkin olarak, toplu sözleşme turlarında "barışı koruma yükümlülüğü ile mezar sessizliği karıştırılmamalıdır." Ancak görüldüğü gibi İGM'nin diğer toplu sözleşme bölgelerindeki yönetici organlarının sorumluları bunu karıştırmaktalar. Çünkü bugüne değin Baden-Württemberg hariç, İGM'nin üst organları ne bir eylem düzenlediler ne de seferberliğe giriştiler.

Stuttgartlı işçi arkadaşlar yalnızca toplu sözleşme görüşmeleri döneminde aktif olmak istemiyorlar. Onlar gelecek haftalarda çok yönlü eylemlerle işyerlerinde işçilerin seferber edilmesini ve mücadele azmini güçlü kılmak istiyorlar. Örneğin Schwieberdingen'deki Bosch sendika temsilcileri masa açmayı planlıyorlar. Bu enfermasyon masalarına kadın ve erkek işçi arkadaşların eşlerinin katılması da öngörülüyor. Bunun yanı sıra İG Metall'ın taleplerini kapsayan pankartların 10 nolu kara yoluna asılması planlanıyor.

Ayrıca şu günlerde çeşitli işletmelerde işverenlerin provakatif önerilerine karşı imza toplanmaktadır.

Ücret turlarına yönelik bu eylemlerde de yerli ve yabancı işçilerin tek bir mücadele cephesinde yer alması gereklidir. Bunun için düzenlenen çeşitli eylemlere bizzat biz kendimiz de katılmalı, geniş yığınların katılması için çaba sarfetmeliyiz. Çünkü, ancak yerli ve yabancı işçilerin birleşik, kararlı ve örgütlü gücü, kapitalistlerin saldırılarını geri püskürtebilir.

Cuntanın uzantısı konsoloslukların Türkiyeli demokratlara saldırısı giderek artıyor

STUTTGART. — Türk Başkonsolosluğu, sosyal danışman olan Gönül ve Mustafa Sebibucin'in pasaportlarına el koydu. Faşist cuntanın yurt dışındaki uzantıları bu adımları ile demokratları yıldırmak, yurt dışında cunta aleyhtarlığı kampanyayı önlemek istiyorlar.

Stuttgart'taki Türk başkonsolosluğu'nun bu keyfice uygulamaları yeni değildir. Daha öncede konsolosluğa pasaport uzatmak için giden demokratların, ilericilerin pasaportlarına el konulmuş ve kendileri göz altına alınmıştılar. Faşist cuntanın uzantıları olan konsolosluklar burada cunta aleyhtarı kampanyayı önlemek için demokratlar ve ilericiler üzerindeki baskıları artırmaya çalışmakta ve keyfice uygulamalara gitmekteler. Örneğin daha önce de Frankfurt, Köln ve Hamburg'ta faşist cuntayı rahatsız eden demokratların pasaportlarına el konulmuştu.

Sosyal danışman olan Gönül ve Mustafa Sebibucin de geçerlilik süresi dolan pasaportlarını uzatmak için 3.2.83 tarihinde Stuttgart Türk Başkonsolosluğu'na gittiler. Ancak pasaportları uzatan yetkili memur, pasaporttaki isimleri görür görmez, hemen amirine haber verdi. Bunun üzerine Gönül Sebibucin Başkonsolosluğun ve Güvenlik Güçlerinin bulunduğu kata götürüldü. Konsolosluk kapısının önünde bekleyen ve eşinin dışarı çıkmadığını gören Mustafa Sebibucin hemen tanıdıklarını ve avukatlarını haberdar ederek konsolosluğun önüne gelmelerini sağladı.

Dışarıda bulunan diğer Türkiyelilerin de tüm olayı öğrenmeleri ve Mustafa Sebibucin'in çağırdığı tanıdıklarının da gelmesi üzerine konsolosluk yetkilileri sosyal danışman, Arbeiterwohlfaht'ta ÖTV sendika temsilcisi ve işçi temsilciliği başkanı olan Mustafa Sebibucin'i, aynı şekilde sosyal danışman ve Göppingen ÖTV üyesi olan eşi Gönül'ü serbest bırakmak zorunda kaldılar. Ancak pasaportlarına el konulan ailenin geleceğinin ne olacağı henüz açık değil.

Faşist Türk Başkonsolosluğu'nin bu keyfice uygulamalarına karşı sessiz kalmamalı, protesto eylemleri örgütlemeli, Mustafa ve Gönül Sebibucin'le dayanışmaya girmeliyiz. Ayrıca bu olayla ilgili olarak bir bildiri çıkaran ÖTV Stuttgart Kaza Yönetimi de dayanışmaya çağrı yapıyor. Dayanışma mesajlarınızı M. ve G. Sebibucin, Ziegelstr. 12, 7320 Göppingen'e gönderiniz.

G. ve M. Sebibucin'in pasaportlarının süresi uzatılarak derhal kendilerine geri verilmelidir!



Hoesch işçileri yeniden protesto grevi düzenlediler

DORTMUND. — 18 Şubat Cuma günü Dortmund'daki Hoesch işçileri işi bırakarak çelik uzmanlarının planını protesto ettiler. Çünkü bu plan yoğun bir şekilde işyerlerinin yok edilmesini öngörüyor.

Bu eylemden 14 gün önce yalnızca Hoesch'ün Westfalenhütte işletmesinde işçiler işi bırakmıştılar. Fakat bu kez düzenlenen eyleme Dortmund'daki Hoesch işletmelerinin tümünde, yani Phoenix, Union ve Westfalenhütte'de greve gidildi. Geçen cuma günü öğleden önce işi bırakan 5 bine yakın çelik işçileri iki saat süren bir grev düzenlediler.

Dortmund'da bulunan üç Hoesch işletmesindeki İG Metall sendika temsilcileri kurulu yönetiminin çağrı yaptığı bu protesto grevinde çelik sanayisinin devletleştirilmesi talebi ön planda bir yer alıyordu.

Berrin Demirel sınırdışı edilmemelidir!

BATI BERLİN. — Makamlar, Eğitimciler Meslek Okulunda okuyan Berrin Demirel'i tutuklamak ve sınırdışı etmek istiyorlar. Bunun için kendisinin okul arkadaşları Batı Berlinli makamların bu saldırısına karşı harekete geçtiler. 6-11 Şubat arasında Gedächtniskirche'nin önünde bir ihtar eylemi düzenledi ve olay üzerine kamuoyuna bilgi verdiler.

Olay üzerine KJD'li bir Türkiyeli yoldaş, Berrin Demirel'in okul arkadaşları ile konuştu:

Berrin Demirel 2 yıl önce Batı Berlin'e geldi. Kendisine 18 aylık bir oturma izni verildi ve ismi geçen Meslek Okulu'na kayıt yaptı; ancak buraya Ağustos 1982'de başlayabiliyordu. O'nun şimdi sınırdışı edilmek istenmesine, eğitim için öngörülen hazırlık süresini geçirdiği gerekçesi gösterilmektedir!

Davanın görüşüldüğü her iki İdari Mahkeme sınırdışı kararını onayladı. Şu an sınırdışı kararına yapılan bir itiraz da Berlin Eyalet Hükümeti dilekçe komisyonununda bulunmaktadır.

Ancak İçişleri Bakanı'nın bir sözcüsü "güvenlik hakkı nedeniyle" mamakların sınırdışı etme kararına bağlı kalmaları gerektiğini vurguladı.

Kendisi hala okula gitmesine ve Batı Berlin'de Türkiyeli eğitimcilere çok acilen ihtiyaç duyulmasına rağmen, Berrin Demirel on yıldan beri Batı Berlin'de yaşayan ailesinden koparılarak sınırdışı edilmek isteniyor. Meslek Okulu Öğrenci Temsilciliği bu nedenden ötürü sınırdışı edilme söz konusu olursa, bu "dehşet yaratıcı bir şeydir" dedi. Öğrenci Temsilciliği öğretmenlerin ve müdürlüğün desteğini de sağladı.

Federal Komisyonu'nun "tavsiyesi"

Boyun eğmeyen yabancılar sınırdışı edilmelidir!

1 Mart'ta, yani Federal Parlamento seçimlerinden bir kaç gün önce İçişleri Bakanı Zimmermann, gelecek Federal Hükümet'in yabancılar politikası için "tavsiyeleri" kapsayan Federal ve Eyalet Komisyonlarının raporunu açıklayacak. Dört alt komisyon siyasi cizgiyi tespit ettiler bile. Koyu gericiliğin istediği anlamda hazırlanan bu raporun bazı noktaları basına sızmış durumda. Örneğin, öncelikle istenilmeyen yabancıların sınırdışı edilmesi ve yabancılara karşı Federal Almanya'da takınılması gereken tavır ve tehditler üzerinde duran 4. komisyonun çalışmalarının sonuçlarının özeti yayınlandı. Yapılan "tavsiyelerden" biri, Federal Almanya'nın "güvenini ve düzenini tehlikeye düşüren" yabancı "aşırıların" derhal sınırdışı edilmesidir.

"Kızıl Şafak"ın daha önceki sayılarında da belirttiğimiz gibi, Batı Alman emperyalist burjuvazisi, bizim zaten sınırlı olan haklarımızı daha da sınırlamak, siyasi faaliyet sürdürmemizi geniş çapta yasaklamak ve hakim sınıfların görüşüyle uygunluk içermeyen bir beyanda bulunan yabancıların derhal sınırdışı edilmesini istiyor.

Ancak Batı Alman devletinin saldırıları yalnızca bununlada sınırlı kalmıyor. O, işsizlik parası, sosyal yardım alan yabancıların, hatta küçük çocukların bile ailelerinden koparılarak gönderilmesini amaçlıyor. Sınırlı olarak basına sızan haberlerden bile koyu gericiliğin eyaletlerdeki ve Federal Hükümeti daha da katı, yabancı düşmanı bir politika izlemek istediği ortaya çıkıyor.

Yabancılar politikası için hazırlık yapan Federal ve Eyalet Komisyonlarının bu raporu üzerinde "Kızıl Şafak"ın önümüzdeki sayılarında daha da ayrıntılı bir şekilde duracağız.

İşyerlerinde ücret kısıtlamaları giderek yoğunlaşıyor

Patronların ücretlerimize yönelik saldırılarına karşı mücedele!

Bir çok işyerinde işverenler, personele doğrudan ücret kısıtlamalarını kabul ettirmek istiyorlar. Bu emellerini gerçekleştirmek isteyen işverenler, artan yığınsal işsizlikten dolayı işçilerde gelişen işyerini kaybetme korkusunu kullanmaya çalışıyorlar. Sendika hareketi için bu ücret talanı dalgasına tüm güçle karşı durmak hayati öneme sahiptir.

Ya paranızı ya da işyerinizi verin! Bu, ücret talancılarının soygun metodur. Bu metodla işçilerin ücretlerini kısıtlamak isteyen firmaların bazılarının ismi şöyle:

Dortmund'daki kırtasiye malzemesi üreten Brause und Co. personelin ücretlerini 1 Şubat 1983'ten itibaren yüzde 10 kısıtlamak istiyordu. Brause'de çalışanların çoğunluğunu oluşturan kadın işçilerin, bu kısıtlamalar olmadan bile aç kalmama ücreti aldıklarını gözönünde bulundurursak, işverenlerin bu girişiminin ne denli dizginsiz bir saldırı olduğunu görürüz. Kadın işçilere Brause und Co. şu an 8,38 DM saat ücreti veriyor.

Rendsburg'daki Nobiskrug tersanesi, 1400 işçiden gelecek iki yılda ücretlerinin yüzde 5'ini firmaya "depozit olarak" vermelerini istiyor. Paranın bloke hesaba yatırılması ve faizlendirilmesi öngörülüyor. Tersaneden ayrılma durumunda, paranın tümünün ödeneceği vaadinde bulunuyorlar patronlar.

600 işçinin çalıştığı New York-Hamburger Gummiwarencompagnie'de de aynı tarzda işçilerin ücretinin yüzde 4,5'i kesilmek isteniyor.

Burjuva basının verdiği haberlere gerçekten inanacak olursak, personellerin bu fedakarlığı "gönüllü olarak" yapmaya hazır olduğu ortaya çıkmaktadır. Ancak burjuva basında ücretlerin bu "gönüllü fedakarlığa" katlanmaları için işverenlerin hangi santaj metodlarına başvurdukları hakkında bir kelime dahi olsun bahsedilmiyor. Üretim araçlarına sahip olan işverenlerin "kendi" işçilerinin kaderlerinin de belirlemek istediği gerçeği burjuva basının yazı kurulu bürolarında zerre kadar gözönünde bulundurulmamaktadır. Nitekim burjuva kitlesel iletişim araçları burada kapitalist sistemi teşhir etmek için değil, onu şirin göstermek için var!

Dortmund'daki Brause und Co. olayında bu, dehşet yaratıcı, ücretleri talan etme girişimi önlenebildi. Olayı kamuoyuna açıklayan İG Metall Yerel Yönetimi böylece bu pervasızca saldırıya karşı Dortmund emekçi halkının tepkisinin gelişmesine yol açtı.

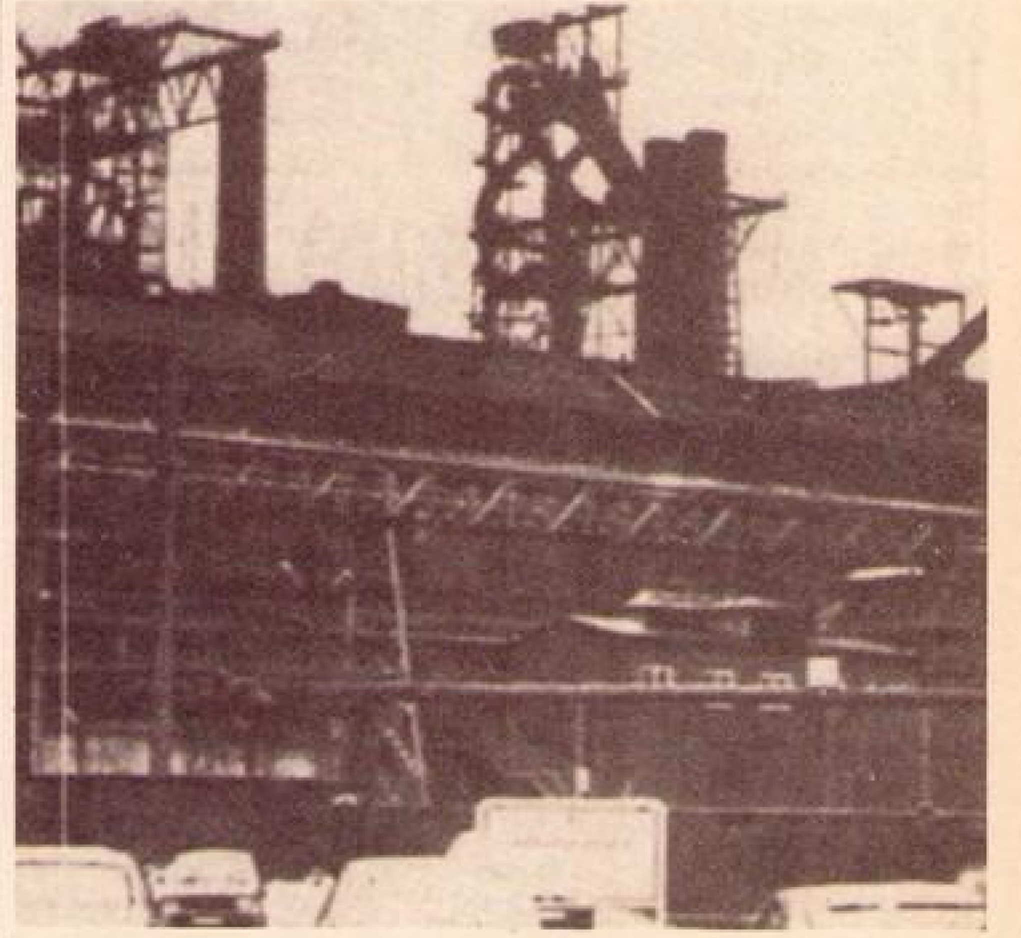
Basında çıkan yazılarda İGM Bölge Yönetimi'nin Rendsburg Nobiskrug tersanesi olayında da ücretlerden vaz geçme modeline sert bir şekilde karşı çıktığı belirtilmektedir.

Öte yandan İG Chemie sendikasının sorumlu yönetici organları için herhalde sendikal direniş gücünün pek bir önemi yoktur. Sözünü ettiğimiz New York-Hamburger Gummiwarencompagnie'de basın haberlerine göre İG Chemie'nin bizzat kendisi bu tür bir işyeri anlaşmasının yapılmasına katılıyor.

Augsburg ÖTV Kaza Yönetiminin 1983 yılı toplu sözleşme turları için tanıt esasları adıyla çıkardığı bir broşürde şöyle deniyor: "İşverenler ve onlara yakın olan çevreler, toplu sözleşme anlaşmalarının bozulması, ücretlerin ve maaşların düşürülmesi talebi ile sendikal ve toplu sözleşmeli korumacılığı çiğnemek, işçileri gene herhangi bir saatte çalıştırılabilen, korunmasız ve yılgınlığa kaptırılmış işgücüne dönüştürmek istiyorlar. Çünkü yeterli bir ücret, hayat standartının ötesinde, aynı şekilde işçilerin buna uygun bilincinin gelişmesi demektir. Bunun sonucunda ulaşılan başarılar ve sendikal hareketin güçlendirilmesi geriye çevrilmek isteniyor."

İşte işin can alıcı noktası tam da budur! Sahte (ama anlaşılır nedenlerden dolayı sık sık etkisiz olmayan) itirazlarla, yani tehlikeye düşen işyerlerini garantileme önsürüsü ile işverenler tek tek işletmeler alanında işçi sınıfının mevzilerini parçalamaya çalışıyorlar. Çünkü onlar sendikal hareketin onlarca yıldan beri mücadele ile gerçekleştirdiği ücret seviyesine genel saldırıyı ancak örgütlü sendikal direnişi tasfiye etmekle ilerletebilirler.

Buna mümkün olan tüm sendikal araç ve gereçlerle karşı durulmalıdır. Sendikalar işçi arkadaşlar arasında yoğun bir aydınlatma kampanyasının sürdürülmesinden tut, ta ki işletmeyi ya da işletmeleri kapsayan mücadele önlemlerinin alınmasını örgütlemelidirler. Çünkü işverenlerin son tahlilde sendikaların mevzilerinin ve gücünü sarsmak ve belkide bir gün tamamen yok etmek istedikleri bir durumla karşı karşıyayız.



Thyssen'deki iş kazasında 6 işçi öldü

DUİSBURG. — August-Thyssen-Hütte'de meydana gelen bir işyeri kazasında 6 işçi öldü, ikisi ise ağır yaralandı. İşçilerin fırında bulundukları esnada geçici olarak kapatılan yüksek fırına gaz giriyor. Meydana gelen bu kaza, güvenlik önlemlerinin gözardı edilmesinin bir ifadesidir.

Evvelki hafta cuma günü demir-çelik fabrikasının 7 nolu fırınına inen 8 işçi, fırının denetlenmesi için kurulan iskeleyi sökmek istiyordular. Ancak işçi arkadaşlar kokusuz yüksek fırın gazlarının etrafa yayıldığının ve fırındaki havanın giderek azaldığının farkına varır varmaz, merdivene doğru koşarak yukarıya çıkmaya çalıştılar.

Bu esnada yüksek fırın gazlarının çok hızlı bir şekilde etrafı sarmasının sonucunda 6 işçi hayatını yitirdi, ikisi de ağır yaralı olarak kurtuldular.

Fırında meydana gelen bu kazaya, aynı anda yapılan iki farklı işin yol açtığı söz konusudur. Örneğin bir yandan fırında çalışmalar sürdürülürken, diğer yandan ise işletme yönetimi, fırını tekrar hızlı bir şekilde çalışabilir hale getirebilmek için fırına giden gaz hatlarını kullanılır şekilde hazırlattırıyor. Bununla ilintili olarak fırından bin metre uzaklıkta bulunan ve fırına giden bir boruya azot dolduruluyor. Şimdi boruda bulunan zehirli yüksek fırın gazlarının, azot doldurulmasının sonucunda fırına bastırılıp bastırılmadığı araştırılıyor. İşletme yönetimi, bu borunun fırınla bağlantısının üç kat emniyet altına alındığını iddia ediyor.

Gerçekten sözünü ettiğimiz tekel grupları ona, Hitler partisini kaynaştırma ve hükümetin içine alma görevini vermiştiler. Kimya ve elektro tekelleri bu tarzda ağır sanayinin NSDAP üzerinde olan etkisini zayıflatmak ve kendi hedefleri için Hitler'e, Papen Hükümeti'nde başbakan yardımcısı olarak hizmet yaptırmak istiyordular. Ne var ki bu emel daha başından boşa çıkmaya mahkumdu. Çünkü, Thyssen ve Kirchdorf etrafında birleşen ağır sanayi grubu ikinci sırada bir yer almak istemiyordu. O, devlet cihazı üzerinde belirleyici etkiyi kazanmak istiyordu; ve bu ise ancak Hitler'in Reich başbakanlığına yükseltilmesiyle mümkündü.

"Ekonomi programında açık olmayan noktalar"

Buna uygun olarak da Nazi başbuğuna, kendisini destekleyen güçler tarafından direktif verildi. Örneğin Kasım 1932'de Reichbank (İmparatorluk Bankası) eski başbakanı Schacht ona şöyle yazıyordu: "Olayların gelişiminin yalnızca bir sonucunun olabileceği ve bunun da sizin başbakanlığınız olduğu konusunda benim hiç bir şüphem yoktur."

Nitekim tekelci burjuvazi içinde de faşist bir program için tabanın genişletilmesi amacıyla aktif bir çaba sarf eden Schacht'tı. 12.4.1932 tarihinde Hitler'e gönderdiği bir yazıda o, "(Almanya'nın, KŞ) batısındaki çok güçlü olan beyleri" henüz tam olarak kazanamadığını, fakat onlar da "çok büyük bir sempati uyandırabildiğini" bildirmişti. Aynı mektupta o, Hitler'i, "dev" tekel yöneticilerinde Nazi partisine karşı hangi kuşkuları tespit ettiği hakkında uyarıyordu. Nitekim, Schacht'ın sözünü ettiği beyler, faşist programın bir parçası olan örgütlü teröre karşı çıkmıyordular ve bundan ötürü de kuşkularını bu nokta oluştur muyordu. Bu beyleri rahatsız eden, daha ziyade içinde mali sermayeye karşı her türden demogojik sloganların ve küçük burjuva tabakalara vaatlerin cirit attığı NSDAP'nin "ekonomi programında berrak olmayan noktalar"dı.

Ancak daha bu gerçekleştirilmeden, Schacht gerekli yardımı yapmıştı. O, yukarıda bahsettiğimiz yazısında Hitler'e, konuştuğu kapitalist tarafların bazılarının, NSDAP'ye—tamamen tekelci sermayenin çıkarlarına yönelik—yeni bir

"Şimdi sistemi değiştirmenin ortamı mevcuttur" **6. BÖLÜM**

Hitler'in nasıl Reich başbakanı yapıldığı üzerine

Dizimizin önceki bölümünde; mayıs 1932'de Brünning Hükümeti'ni destekleyen tekel gruplarının (özellikle elektro ve kimya sanayisi) "başbakanlarını" düşürdüklerini ve Reich Hükümeti'nin başına yeni adamı, Franz von Papen'i getirdiklerini yazmıştık. Papen'in bizzat kendisi, başbakan olarak faaliyetinin esas hedefinin faşist hareketi "devletin içine almak" olduğunu belirtmişti.

ekonomi programını yazması için bir çalışma komisyonunun finanse edilmesine hazır olduklarını bildirdi. Ve Schacht devamla "ben, (Almanya'nın, KŞ) batısındaki dostlarımızın izniyle, planlanmış komisyonun çalışmaları konusunda fikri denetimi kendi üzerime almaya hazır olduğumu açıkladım" diye yazıyor.

Schacht'ın sürdürdüğü bu faaliyetler, Hitler'in arkasında bulunan büyük burjuvazinin kesimlerinin NSDAP'nin politikasını ne denli doğrudan belirlediklerini gün ışığına çıkarıyor. Ve bu kesimler aynı zamanda kaçınılmaz olarak ortaya çıkan "olumsuzlukları" hızlı bir şekilde bertaraf edebilecek durumdaydılar. Örneğin 1932 yazında Gregor Strasser etrafında birleşen NSDAP'nin "sol" kanadı, gene eski sosyal lafazanlıkları ve vaatleri içeren ekonomi politik acil bir programın yayınlanmasını sağladı. Sonuç: Tekelci burjuvazi içerisinde Nazi partisinin rotası hakkında yeniden endişe doğdu.

Gutehoffnungshütte'nin genel müdürü Paul Reusch'un, Alman Sanayi İmparatorluk Birliği (RDI) genel sekreteri Jacob Herle'ye gönderdiği bir mektupta örneğin şöyle yazıyor: "Siz, NSDAP'nin acil programına yönelik eleştirinizde, çarpık fikirlerle dolu bu program hakkında esas söylenmesi gereken noktaların hemen hemen tümüne temas etmişsiniz." Reusch ayrıyeten RDI yöneticisine, bir aracı üzerinden Hitler'e başvurduğunu bildiriyor. Ve bu aracı ise ona—ki, bu da Schacht'tan başkası değil-Reusch'e şu teskin edici açıklamada bulunuyor: "Hitler bana kötü şöhretli 16 nolu (içinde acil programın basılmış olduğu, KŞ) broşürü yok ettirdiğini bildirdi. Bu artık yaygınlaştırılmayacak. Ben gene sohbetimizde, onun hareketini geçmişte olduğu gibi bugün de elinde bulundurduğu ve ikincisi ise, onun ekonomik saçmalık yapmayacağı yatıştırıcı izlenimini edindim."

Schacht ve diğer figürlar, Hitler ve partisinin işe yarayıp yaramadığı yönünde henüz mevcut olan itirazları çok usta bir biçimde bertaraf etmenin ve tekelci sermaye içinde Nazi grubunun tabanını genişletmenin yolunu biliyordular.

SPD'nin çöküşü

1932'de kriz en derin noktasına ulaşmıştı. Emekçi kitlelere yapılan baskılar daha da çekilmez bir hal almıştı. Daha 1929 yılından 1931 yılının yarısına kadar sanayi işçilerinin ortalama ücretleri yüzde 40 düşmüştü ve yeni Papen Hükümeti, işverenlere, geçerli olan toplu sözleşmeleri çiğneyerek ücretleri hemen hemen istedikleri gibi düşürebilme olanağını tanıyan geçici kararnameler çıkardı. Bu dönemde sayıları 6 milyonun üzerinde olan işsizlere zaten altı ay almaya hakları olduğu yardım daha kısıtlandı.

Ancak ne var ki, 1932 yılı aynı zamanda işçi sınıfının uzun bir köşeye sıkışma döneminden sonra ilk defa burjuvazinin saldırılarına karşı gene geniş kapsamlı eylemlere geçtiği yıldı. Bunun en belirgin ifadesi, doruk noktasına Berlin Ulaşım İşçilerinin bir kaç gün süren grevinde ulaştığı sanbahar grev dalgasıdır. Bununla ilintili olarak işçi sınıfı içinde tekelci sermaye için bir bütün olarak alaram haberi vermesi gereken değişiklikler meydana gelmişti. Örneğin sosyal demokrasinin etkisi belirgin bir şekilde giderek yıkılmaya yüz tutmuştu. Bunun nedeni, SPD'nin artık işçi sınıfının geniş tabakalarını ekonomik ve siyasi reformlarla kendisine bağlayacak durumda olmaması gerçeğinde yatıyordu.

Çünkü kriz derinleştiği oranca, bu tür tavizler için hareket alanı da o denli daralıyordu. Mali sermaye—yazı dizimizin 4. bölümünde ortaya koyduğumuz gibi—Reichstag (İmparatorluk Parlamentosu) kulislerinde çevirdiği dolaplarla SPD'yi Reich Hükümeti'nden uzaklaştırmakta ve muhalefete itmekte ve bu durumu hesaba kattı.

Başbakan Papen yönetimi altında Prusya'daki SPD Hükümeti de adi bir hükümet darbesiyle görevden uzaklaştırıldı. Bununla birlikte hiç bir direnme göstermeden kaderine teslim olan sosyal demokrasi, Weimar Cumhuriyeti devlet cihazında sahip olduğu en güçlü kalesini de kaybetti. Gerek SPD yönetimi olsun, gerekse ADGB sendikasının yönetimi olsun, yeni muhalefetlik rollerinde Reich Hükümeti'ne karşı destekleme rotası izleme ve işçi sınıfının tüm direniş eylemlerini boğma tavrı takındılar. Böylece doğal olarak bu rotanın, sosyal demokrasinin etkisi altında bulunan tabanla yönetim arasındaki çelişkilerin daha kızışmasına ve SPD'nin proleter yığınlar üzerindeki etkisini giderek kaybetmesine yol açması kaçınılmazdı.

Bu değişiklikler daha açık bir şekilde Reichstag seçimleri sonucunda görülmektedir. SPD'nin Eylül 1930'da topladığı 8,6 milyon ve Temmuz 1932'de aldığı 8 milyon oy oranı Kasım 1932'de 7,2 milyona düştü. Aynı dönem içerisinde KPD seçmen potansiyelini 1930'da 4,6 milyona, Temmuz 1932'de 5,3 milyonun üzerine ve Kasım 1932'de ise 6 milyona yükseltebildi. Bu rakamlar bile, SPD'nin hayal kırıklığına uğrattığı işçilerin hiç bir şekilde Nazilerin demogojisinin tuzağına düşmediğini ve komünist partisine yöneldiklerini açıkca ortaya koymaktadır.

Görüldüğü gibi bu tür gelişmenin, tekelci sermayenin tüm grupları tarafından bir tehlike olarak görülmesi gerekirdi. Ayrıca Papen Hükümeti'nin diktatörce önlemlerinin etkisi altında sosyal demokrasi destekleme politikasını da terk etmişti. Nihayet ADGB ücretlerin daha da düşürülmesine karşı mücadele şiarını ortaya attı. Aralık 1932'de Reichstag gene bir kez daha fesh edildiğinde ve yeni bir seçimin tarihi belirsiz bir süreye ertelendiğinde SPD yönetimi anayasanın bu tür bir çiğnenmesini artık bir daha kabullenmeyeceği ve bunu tüm legal mücadele araçlarıyla cevaplayacağı tehditini savurdu.

Nitekim sosyal demokrat yöneticilerinin direnişi geniş ölcüde yalnızca sözlerle sınırlıydı; fakat onlar hala KPD ile birlikte atılan her ortak adımı sabote ediyordular. Ancak gerçekte ise gerek destekleme politikası görevi gerekse sonbahar grev dalgasındaki mücadele eylemleri sosyal demokrat işçi yığınları arasında bir proleterya birleşik cephesinin oluşturulmasını isteyen sesleri güçlendirdi. Ve faşizmin ilerleyişine karşı sürekli bu tür bir birleşik cephenin yaratılmasına çalışan KPD ise,—bu sorun üzerine olan ağır sekter hatalarının kısmen düzeltilmesinden sonra—her zamankinden daha da iyi bir şekilde bu tür seslere doğru bir temelde sorumluluk taşıyacak durumdaydı.

Hükümet darbesi planları

Mali sermayenin manevraları ve tek tek tekel grupları arasında devlet cihazı üzerinde belirleyici etkiyi yaratmak için giderek kızışan çatışmalar bu içyüz ışığında değerlendirilmelidir. Buna ilişkin olarak gene bir belgeyi örnek vermek istiyoruz. Bu belge 4 Kasım 1932 tarihli "Deutsche Führerbriefe"de yayınlanan bir makaledir. Kapitalist ekonominin başındakiler için bir iç bilgi organı olan "Führerbriefe"; bu dönemde Papen'i destekleyen; Thyssen ve Kirchdorf etrafında birleşen Nazi Grubu ile rekabet içinde bulunan tekelci sermaye grubuna dahil olan linyit kömürü sanayicisi Paul Silverberg tarafından finanse ediliyordu. Bu makalede şöyle yazıyor:

"Şimdi gerçek 'düzeni', devlet ile ekonominin ilişkisini değiştirmenin ortamı mevcuttur. Ama ekonomide birlik ve istek yoktur. Biz bugün nihayet sosyal demokrasi olmadan yönetecek duruma geldik." Ve devam ediyor: "İşverenler için krizin anlamı, bu 'düzeni" geçici rahatsızlıklardan da arındırmak olmalıdır." Görüldüğü gibi, henüz Hitler'i kendi siyasi temsilcileri olarak görmeyen mali sermayenin grupları da Weimar "düzeni"nin tamamen tasfiye edilmesi, parlamenter demokrasinin yıkılması üzerine görüş oluşturmuştular.

Şüphesiz ki, bu fikir oluşmanın doğrudan somut bir niteliği vardı. Reich başbakanı Papen, Weimar Cumhuriyeti'nin yerine "yeni bir devlet"in, bir nevi sürekli sıkıyönetim diktatörlüğünün geçirilmesini öngören planlar hazırlıyordu. Reichswehr yönetiminde, bu tür bir diktatörlüğün Reichswehr'den beklenilen direnişe karşı askeri olarak sağlama alınabilip alınamayacağının tespit edilmesi için ayrıntılı plan oyunları düzenlendi. Ve bu oyunlarda dikkate değer şu sonuca varıldı: "İncelememizin sonucunda, Reich Savunma Bakanına, örneğin emri verilen bir sıkıyönetimin derhal yerine getirilmesi için tüm hazırlıkların yapıldığını bildirdim. Anc titiz bir tartmada , Reich ve eyaletlerin güvenlik güçlerinin, anayasaya uygun düzeni Nasyonal Sosyalistlere ve komünistlere karşı korumak ve sınırları savunmak için hiç bir şekilde yeterli olmadığı ortaya çıktı. Bunun için Reich Hükümeti'nin askeri sıkıyönetimine başvurmasını önlemek Reich Savunma Bakanının görevidir."

Görüldüğü gibi Papen ve onun arkasında bulunan mali sermayenin güçleri ümitsiz bir durumun içinde bulunuyordular. Bir yandan devrimci işçi hareketine ve Nazilere karşı açık bir bir diktatörlüğün kurulmasının başarı şansının az olduğunu dinlemek zorundaydılar. Diğer yandan ise faşistleri kendi planlarına, bağlamaya hızırdılar; ancak Hitler'e geçmişte olduğu gibi şimdi de sahip olmak yalnızca Nazilerin arkasından bulunan Thyssen/Kirchdorf ağır sanayi grubunun yönetme isteğini desteklemekle mümkündü. Diğer nedenlerin yanı sıra Kasım 1932'de Papen'in istifa etmesine yol açan etkenlerden biri de bu açık ikilemdir.

(Devamı var)

Naziler bir Türkiyeli anti-faşiste saldırdılar

KİEL. — Almanya Milliyetçi Partisi, NPD'den olan faşistler 15/16 Şubat gecesi Kiel-Garden'de bir Türkiyeli anti-faşiste saldırdılar ve üzerine gaz tabancasıyla ateş ettiler.

Yaklaşık 2 aydan beri NPD'li faşistler Kirchweg 20 numarada da örgütlenmekteler. Ve Batı Alman devleti onları "anayasaya uygun" bir parti olarak gördüğünden dolayı, onun legal varlığına olanak tanımaktadır. Bunun için de o Federal Parlamento seçimlerine katılarak yabancı, özellikle biz Türkiyeli işçi ve ailelerimize karşı yoğun bir kışkırtma kampanyası sürdürmektedir. Seçim kampanyası nedeniyle gerek radyo, gerekse televizyonda kendisine bize karşı olan panzehirini dökmesine izin verilmektedir.

Tabi ki, bu seçim propaganda araçlarının yanı sıra üzerinde yabancı düşmanı sloganların bulunduğu afişlerini resmi olarak asabilmektedir. Afişlerde biz yabancılara karşı kışkırtma yapılmasına ve bu ise F. Anayasa'ya göre halkı tahrik etmek olmasına rağmen, makamlar onlara karşı hiç bir önlem olmamaktalar. Kirchweg'ten geçerken rastladığı, üzerine yabancı düşmanı sloganların bulunduğu ve haklı olarak tepki duyduğu bir afişi uzaklaştırmak isteyen Türkiyeli anti-faşist N. 2 Nazinin saldırısına uğradı. N'yi kovalayan faşistlerden biri onu yakaylayabildi, çünkü N. kalp hastası olduğundan dolayı teneffüs yapmak zorundaydı. Bunun üzerine N'nin kafasına tabancayı dayayan NPD'li faşist, telefon etmek için telefon kulubesine girdi. Bu esnada tabanca ateş aldı. Ancak kurşunlar N.'ye isabet etmedi. Aynı anda yoldan geçen N'nin arkadaşı onu buradan alarak uzaklaştırdı. Araba hareket ettiğinde faşist, arabanın arkasından gene ateş etmeye başladı. Tabancanın bir gaz mı yoksa hakiki mermili bir tabanca olup olmadığını N hatırlamıyordu.

Meydanı boş bulan, devletten maddi ve manevi destek gören NPD'li faşistler daha önce de Kamu Düzenini Sağlama Dairesi adına sahte belgeler hazırlayarak MaK ve HDW'de çalışan yabancı işçilere göndermiştiler. Bu yazılarda, yabancı işçilerin çalışma ve oturma izinlerinin derhal iptal edildiği ve Almanya'yı terk etmeleri gerektiği belirtilmektedir. Tüm bunlar Batı Alman makamları tarafından bilinmesine rağmen, faşist NPD'ye karşı hiç bir önlem alınmamaktadır. Önlem alınması şöyle dursun, onlar bizim vergi paralarımızla, bize, yabancı işçilere karşı kışkırtma yapmaları için onları desteklemekteler.

Ayrıca N.'ye saldıran faşistler hakkında ihbaratta bulunuldu.

Kiel'li anti-faşistler de, NPD'li Nazilerin bu saldırısına karşı sessiz kalmadı ve bir bildiri çıkararak olay hakkında kamuoyuna bilgi verdiler. Örneğin *Volksfront'un* çıkardığı bir bildiride şunlar talep edilmektedir: N.'ye saldıranlar derhal cezalandırılmalıdır! NPD ve Federal Almanya'da olan tüm Alman ve yabancı faşist örgütler yasaklanmalıdır!

Her türlü faşist, ırkçı ve savaş kışkırtıcı propaganda yasaklanmalıdır!
Gericiliğe ve Faşizme karşı ortak mücadele!